

autonomes
Blättchen

#17 Mai_Jul 2014



Jetzt neu:

Mit extra Nano-
partikeln zum
Rausnehmen
im Heft

Liebe_r Leser_in,

schön, dass du unsere Zeitung schon wieder oder zum ersten Mal in der Hand hältst. Dass du sie jetzt lesen kannst liegt nur daran, dass wir Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt haben, um das dafür nötige Geld aufzutreiben. Dieses mal hätte es mit der Finanzierung fast nicht geklappt. Aus diesem Anlass werden wir in diesem Vorwort nur in eigener Sache sprechen. Wenn es nicht das erste Mal ist, dass du diese Zeitung liest, wirst du wissen, dass wir chronisch klamm sind. Unser bisheriges Betteln nach Spenden hat leider nur wenig gebracht. Trotzdem sind wir den Menschen, die uns bisher mit Spenden bedacht haben, sehr dankbar.

Wir sind der Meinung, dass wir eine gute Zeitung erstellen, die inzwischen zu einem wichtigen Medium für die autonome Szene in der BRD geworden ist. Wir kriegen regelmäßig positive Rückmeldungen aus verschiedenen Städten, dass die Zeitung sehr schnell vergriffen ist und wir doch bitte mehr Exemplare schicken sollen. Gleichzeitig bekommen wir auch mit, dass die Zeitung bei vielen Leuten gut ankommt und für die Szene von einer gewissen Bedeutung ist. Das freut uns zu hören, aber es ist auch klar, dass ohne genug Geld das Projekt „Autonomes Blättchen“ in seiner jetzigen Form nicht mehr länger existieren wird.

Da unsere bisherigen Spendenaufrufe wenig erfolgreich waren, haben wir uns dazu entschlossen eine Spendenkampagne auszurufen. Die Kampagne läuft unter dem nicht sonderlich spannenden Titel 20 mal 100 Euro. Wir suchen also 20 Einzelpersonen, Gruppen, Kollektive, WG's, Hausprojekte oder, oder, oder die uns zuverlässig alle drei Monate 100 Euro zukommen lassen. Das kann entweder so aussehen, dass dir dieses Projekt genauso wichtig ist wie uns, weswegen du jeden Monat 33,33 Euro zurücklegst und uns immer einen Monat vor Einsendeschluss der Texte die angesparten Hundert Euro zukommen lässt. Oder du tust dich mit deinen Freund_innen Ayse, Ali, Anna und Arthur zusammen und jede_r von euch macht alle drei Monate 20 Euro locker die ihr uns rechtzeitig zuschickt. Oder du sprichst das ganze auf dem nächsten Plenum in eurem Hausprojekt mal an, ob nicht alle 20 Leute 2 Euro Miete mehr im Monat zahlen wollen und ihr davon 100 Euro zu uns schickt und die übrigen 20 Euro in die Spardose für die neue Waschmaschine steckt. Oder ihr quatscht mal in eurer Polit- oder Bezugs-

gruppe, ob ihr nicht den Gruppenbeitrag um ein paar Euros erhöhen wollt, um jeden Monat 33,33 Euro zusammen zu kratzen. Du siehst also, wenn du dich mit ein paar Freund_innen und/oder Genoss_innen zusammen tust, dann sind 100 Euro alle drei Monate für den_die Einzelne gar nicht mehr soviel Kohle. Wir werden euch in jeder Ausgabe an dieser Stelle über den aktuellen Stand der Kampagne informieren.

Wir sind an dem Punkt, dass wir es alleine nicht mehr gestemmt kriegen, das Geld für die hohen Druck- und Versandkosten, sowie für die Aufrechterhaltung unserer kleinen Infrastruktur aufzutreiben. Wenn du und alle anderen Leser_innen nicht tief in sich gehen, die Konsument_innenrolle verlassen und sich als Teil dieses Projekts begreifen, können wir nicht dafür garantieren, dass du in Zukunft noch in den Genuss eines autonomen und kostenlos ausliegenden Blättchens kommst. Wir finden eine gedruckte, linksradikale Zeitung nicht nur politisch wichtig, sondern wir machen diese redaktionelle Arbeit auch gerne und haben meistens Spaß dabei eine spannende Ausgabe zusammenzustellen und die verschiedenen Texte inhaltlich zu diskutieren, leider können wir uns mittlerweile nicht mal mehr den Billo-Sekt für unsere Redaktionssitzungen leisten. Wenn wir keine dauerhafte und verlässliche Finanzierung auf die Beine gestellt kriegen, wird das Blättchen in absehbarer Zeit nicht mehr in seiner bisherigen Form erscheinen. Ob wir das Projekt ganz einstellen, über ganz andere Wege nachdenken oder eine dünnere Zeitung machen müssen, die womöglich auch noch seltener erscheint ist noch längst nicht entschieden und hängt maßgeblich davon ab, wie viel Resonanz wir auf unsere Spendenkampagne bekommen. Wenn ihr also Teil dieses Projekts werden wollt, dann schreibt uns einen Brief. Wie immer am Besten getippt, frei von Fingerabdrücken und nur mit einem Synonym unterschrieben, in dem ihr uns verbindlich zusagt, dass ihr uns rechtzeitig vor Einsendeschluss einer jeden Ausgabe 100 Euro zu kommen lasst.

Wir hoffen auf eine große Resonanz und noch viele Jahre autonomes Blättchen.

Jetzt liegt's auch an dir bzw. euch,

Deine Redaktion.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt:

- 04: Die winzigsten Monstrositäten
Nanotechnologie und soziale Kontrolle
- 06: Interview:
„Nanotechnologie ist nicht das Problem“
- 12: Krieg beginnt hier - wo die Drohnen fliegen
- 14: Aufruf zum dritten War-Starts-Here-Camp
- 15: Ukraine: Rote Hilfe Spendenkonto für Antifa
- 16: Ukraine: Erklärung zu der Vereinigung
„Boro’ba“
- 17: Ukraine: Rote Hilfe?
Wer hilft da eigentlich wem?
- 17: Ukraine: Stellungnahme der Roten Hilfe
- 19: Der gekommene Aufstand
Die Ukraine und die Misere der Linken
- 20: ›Euro-Maidan‹
das laute Schweigen des Antifaschismus
- 33: Ägypten: Der faschistische Staat und die
Verfolgung von politischen Oppositionellen
- 34: Destroika: Europas einstürzende Neubauten
- 36: Update zu Griechenland:
Demoverbote, Razzien, Terrorurteile
- 39: Die griechischen Knäste kochen...
- 40: Als politischer Gefangener
im „Normalvollzug“

20x100 €
Auf zur Spendenkampagne:
autonomes Blättchen
will an dein Sparwein!

- 42: Neue Prozessrunde
gegen Antimilitaristen
- 43: Einige Gedanken zu Knästen und
dazu, was wir gegen sie ausrichten können
- 46: Justizneubau in Hannover
- 47: Vorwärts! Und wieder erinnern,
worin unsere Stärke besteht!
- 51: „Privat ist nicht politisch“
Veranstaltung zu Aussageverweigerung
- 54: *HALIM DENER*
gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen.
- 55: Kartoffeln zu Brei!
Oder: Bismarck ist kein Mineralwasser!
- 58: Squatting Days in Hamburg!
- 59: Beruf und Bewegung
Der Skandal um Aufheben...
- 63: Prozess gegen Antifaschisten
aus Hannover in Berlin reloaded
- 64: Doku: Angriff auf BVG-Zentrale

Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Das blieb draußen:

Der Text „Über die Manipulationsthese“, ist zwar schon 2001 verfasst worden, erreichte uns aber erst nach Einsendeschluss. Da unser Blättchen außerdem sowieso schon voll ist, blieb er draußen. Online lesen: www.contradictio.de/manipulation.html

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Impressum:

Nr. 17 - Mai/Juni/Juli 2014

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@riseup.net

PGP-Key auf Anfrage

Post:

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:

autonomesblaettchen.noblogs.org

Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

alle drei Monate:

1. Februar; 1. Mai; 1. August; 1. November

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Die winzigsten Monstrositäten

Nanotechnologie und soziale Kontrolle

Im Streben nach vollständiger Kontrolle über jeden Aspekt der Existenz hat die herrschende Ordnung damit begonnen, die Entwicklung von Technologien voranzutreiben, die Materie in nanometrischer Grösse manipulieren. Dabei handelt es sich um den Bereich eines millionstel Millimeters. Auf dieser Ebene, der Ebene von Atomen und Molekülen, jener von Proteinen, Kohlenstoffverbindungen, DNA und ähnlichem, kann die Unterscheidung zwischen Lebendem und nicht-Lebendem zu verschwimmen beginnen und viele der Vorschläge in Bezug auf diese Technologie gründen auf dieser Verschwommenheit. Nanotechnologie kreiert neue Produkte durch die Manipulation von Molekülen, Atomen und subatomaren Partikeln. Während Biotechnologie die Struktur der DNA manipuliert, um durch die Rekombinierung von Genen neue Organismen zu erzeugen, geht Nanotechnologie weiter, indem sie die Materie in Atome zerlegt, die dann wieder zusammengefügt werden können, um neue Materialien zu formen, die im wahrsten Sinne des Wortes, Atom für Atom erschaffen wurden. Zur Zeit liegt die Aufmerksamkeit auf dem Kohlenstoffatom, doch die Wissenschaftler hätten gerne die Kontrolle über jedes einzelne Element des Periodensystems, um sie nach Lust und Laune zu verwenden. Dies würde ihnen erlauben, Charakteristiken (wie Farbe, Widerstand, Schmelzpunkt, etc.) auf Art und Weisen zu kombinieren, die zuvor unbekannt waren.

Bei den nanotechnologischen Forschungen ist vieles auch mit biotechnologischen Forschungen verbunden, mit Untersuchungen über die Möglichkeit, Atome auf dem biomolekularen Level zu manipulieren. Dies ist der Ursprung der Nano-Biotechnologie. Die Befürworter solcher Forschungen sprechen öffentlich von einer Myriade von Möglichkeiten, die diese Spielerei mit der Grenzlinie zwischen lebendem und nicht-lebendem Material auf atomarer Ebene bereitstellen könnte: Selbst-reinigender Kunststoff, in dem sich Enzyme vom Schmutz ernähren, Flugzeugtragflächen voller Proteine, die als Klebstoff fungieren, wenn der Flügel beschädigt ist und ihn somit reparieren, Atom-Ansammlungen, die dazu vorgesehen sind, als Essen oder Trinken verwendet zu werden, und auf verschiedenste Arten kombiniert werden können, um das begehrte Essen oder Getränk zu kreieren, ultra schnelle Computer mit Schaltkreisläufen, die auf einem „Gerüst“ aus DNA basieren, elektrische Leiter auf Proteinbasis in

nanometrischen Dimensionen – d.h., „lebendiger Kunststoff“, der auf einem genetisch manipulierten Bakterium aufbaut, das fähig ist, Enzyme zu produzieren, von denen Wissenschaftler behaupten, sie könnten polymerisieren.

Aber das ist nur der wertlose Schnickschnack der der Öffentlichkeit präsentiert wird, um beim Konsumenten infantile Begierden zu erwecken, der dann nach deren Befriedigung verlangt. Diese Gadgets sind wenig mehr als Öffentlichkeitsarbeit. Viel bedeutender sind die miniaturisierten Informationsprozessoren, die in jedem dieser Gadgets gefunden werden können. Diese Miniaturisierung öffnet der Verwendung von intelligenten Mikrochips für jedes x-beliebige Produkt auf dem Markt die Türen. Bestimmte Hersteller haben Mikrochips auf Produkten platziert, die ermöglichen, die Bewegung dieser Produkte zu verfolgen. Durch ihre Miniaturisierung bis auf den Nanobereich ist es dem Konsumenten unmöglich, sie zu entdecken. Wie bei jeder anderen technologischen Entwicklung der letzten Jahre, verkünden auch die Befürworter der Nanotechnologie öffentlich den humanitären Gebrauch dieser Technologie – in der Medizin, in der

Essensproduktion, in der allgemeinen „Verbesserung“ unserer Lebensweise. Doch die wirklichen Interessen der Herrschenden dieser Welt zur Entwicklung dieser Technologie liegen wo anders (wie schon vorher angedeutet).

Nanotechnologie wurde zu einem Grossteil im Rahmen von militärischen Studien entwickelt, sowie

fast alle technologischen Systeme, die in den letzten sechzig Jahren entwickelt wurde. Ein deutliches Beispiel ist das des MEMS (Mikro-Elektrische-Mechanische-Systeme), die erste Generation von Nano-Maschinen. Dabei handelt es sich um miniatur Empfänger und Motoren in der Grösse von einem Staubkorn, Prototypen, die in der Industrie bereits zur Verwendung kommen. Die Verwendung, über die im Moment nachgedacht wird, ist die eines Überwachungsstaubs, der auf ein Schlachtfeld oder in eine unter Beobachtung stehende Gegend versprüht würde, um bestimmte Arten von Informationen zusammenzutragen.

Tatsächlich sieht dies dem „Smart-Dust“ („Intelligenter Staub“) sehr ähnlich, dessen Befürworter ihn als „praktische Sache“ präsentieren, die auf Wände von Gebäuden gesprüht, mit dem Heizungssystem oder der Klimaanlage verbunden werden könnte und die



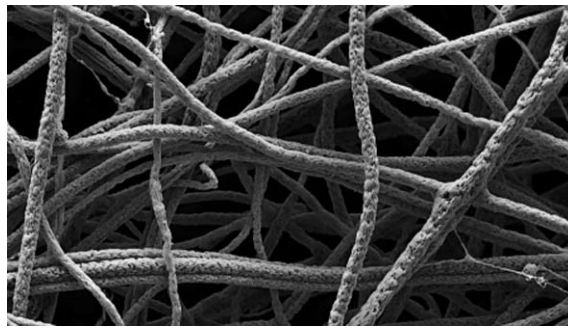
Heizung, Klimaanlage, Licht, usw. je nach Bedarf an- und ausschalten könnte. Doch es wurde auch mit dem möglichen Nutzen des „Smart Dust“ als polizeiliches Überwachungsmittel experimentiert.

Der Roboter-Bulle oder Roboter-Soldat der Zukunft ist wahrscheinlich ein Mikro- oder Nano-Roboter, vielseitig, relativ günstig, beinahe unmöglich zu entdecken und dazu fähig, in beinahe jeden Raum einzudringen.

Nano-Technologie ist ein ideales Mittel, um die soziale Kontrolle erheblich auszuweiten. Denken wir an den Veri-Chip, ein Produkt einer Firma aus Florida, Applied Digital Solutions (Angewandte Digitale Lösungen). Dieser Chip ist ungefähr so gross wie ein Reiskorn und ist dazu vorgesehen, durch Injektion unter die Haut gesetzt zu werden. Er kann so programmiert werden, dass er Informationen über die Person, in die er eingespritzt wurde, beinhaltet und auch mit dem GPS (Global Positioning System) verbunden werden. Seit April 2002 ist er auf dem Markt erhältlich. Die Firma wirbt mit ihm als Mittel, um medizinische Informationen direkt auf dem jeweiligen Körper zu speichern, und auch als eine Art elektronischen Bodyguard für Reiche zum Schutz vor einer eventuellen Entführung. Aber die Möglichkeiten einer viel unheimlicheren Art werden nicht vergessen. Der CEO der Firma schlug vor, dass der Veri-Chip eine grossartige Alternative zur Green-Card darstellen würde und hat auch dessen Verwendung für Kinder, Senioren oder Häftlinge vorgeschlagen. Es ist wahrscheinlich, dass eine Technologie mit so viel Potenzial für soziale Kontrolle auf immer breiterer Ebene Verwendung findet, bis sie schliesslich als normal betrachtet wird. Dann wäre es nur noch ein kleiner Schritt sie verpflichtend zu machen – erst durch eine indirekte Erpressung: „Nein, sie müssen sich das nicht unter ihre Haut einpflanzen lassen, aber wenn sie es nicht tun, dann werden sie keine Arbeit bekommen, Sozialhilfe empfangen, Einkäufe machen können, kein Bankkonto haben können, usw., usw...“. Aber mit grosser Wahrscheinlichkeit wird er eines Tages gesetzlich erforderlich, mit Strafen gegen Verweigerung oder Entfernung der Mikrochips.

Tatsächlich hat die britische Regierung vorgeschlagen, Mikrochips in verurteilte Pädophile zu implantieren. Diese Mikrochips würden nicht nur den Aufenthaltsort des „Trägers“ registrieren, sondern auch den Herzrhythmus und die arterielle Spannung. Mit anderen Worten, nicht die spezifischen Zeichen der sexuellen Erregung, sondern jene von Nervosität und Angst – dieselbe Nervosität und Angst, die ein Dieb oder Saboteur fühlen könnte, während er agiert. Mit der Verwendung der Besorgnis, die von den Medien über die Pädophilie erweckt wurde, wird ein eindeutiger Fall für öffentlichen Konsens geschaffen, der eine erhöhte soziale Kontrolle ermöglicht, im Namen unserer Kinder, die in der Angelegenheit kein sagen haben. So wird das Projekt, die soziale Kontrolle direkt in unsere Körper zu tragen, gerechtfertigt. Und wenn die

Menschen einmal an die Idee gewöhnt sind, dass bestimmte Menschen unter Überwachung stehen sollten, wird diese Überwachung leicht eine Verbreiterung des Rahmens finden.



Die Angst um die Sicherheit von Kindern liefert bereits einen weiteren Bereich zur Ausweitung dieser Überwachung.

Die Experten

und Eltern-Assoziation in Grossbritannien schlug vor, dass alle Kinder Mikrochips erhalten sollten, nachdem im Jahr 2002 zwei Kinder vergewaltigt und ermordet wurden. Auf diese Weise würden alle Kinder auf Lebenszeit zu Mündeln des Staates und dessen technologischem Apparat. So kommt eine andere Frage auf: Wer wird die Kinder von dem eindringenden Blick ihrer Eltern und des Staates schützen? Wer wird sie vor dem unausweichlichen Netzwerk der technologischen Kontrolle schützen?

Die Wichtigkeit der nanotechnologischen Forschung für die Machthaber wird durch die immense Anhäufung von Geldern für diese Forschung offensichtlich. Die US-Regierung investiert 600-700 Millionen Dollar pro Jahr in diesen Sektor. Die Europäische Union investiert auch mehrere hundert Millionen Euros in diese Forschung, an der sich Multinationale wie Philips, Motorola und STMicroelektronik beteiligen. Solche Mikrochips veranschaulichen nur eine der Weisen, auf die die Mikro- und Nanotechnologie die Unterscheidung zwischen lebenden und nicht-lebenden Wesen durch das Eindringen der Maschinen in den lebenden Körper verzerren – der Cyborg der Science Fiction. Aber mit der derzeitigen Kreation von organischen Maschinen, die scheinbar biologische Funktionen ausführen (Befürworter der Nanotechnologie haben von Maschinen gesprochen, die dazu fähig sind, sich selbst unter Verwendung von Methoden zu reproduzieren, die der asexuellen Reproduktion von Zellen ähneln), die die Angst davor erwecken, dass alles zu einem grauen, schleimigen Brei wird, geht die Nanotechnologie noch einen Schritt weiter. Die Angst, dass die mikroskopischen Maschinen, die sich selbst reproduzieren können, schliesslich in alles eindringen könnten, während sie Moleküle zerstören, um deren programmierte Funktionen auszuführen und in diesem Prozess alles zu zerschmelzen.

Natürlich, diese Angst ist von der extremsten und apokalyptischsten Sorte. Aber im Namen des „Fortschritts“ werden selbst die legitimsten Ängste – wie die Angst vor der totalen Überwachung der Existenz, oder die Angst vor einer möglichen Infektion durch nanotechnologische Entwicklungen – beiseite geschoben. Die

Untaten der Techno-Wissenschaft und die Desaster, die sie verursachen, werden immer ihrer "schlechten Verwendung" zugeschrieben, denn die Technologie ist natürlich neutral. Dass diese Desaster eines nach dem anderen zu folgen scheinen, scheint keinerlei Fragen über diese angebliche Neutralität aufzuwerfen, darüber, ob eine „gute Verwendung“ überhaupt möglich ist.

Die Experten haben immer die Rolle übernommen, das technologische System zu rechtfertigen, die laufende Parade von Disastern als schlichte Zwischenfälle zu erklären, als Abweichungen die nicht im Geringsten das System selbst widerspiegeln. Wir können sie nicht länger diejenigen sein lassen, die in diesen Angelegenheiten Entscheidungen treffen. Und die Fähigkeit, in dieser Angelegenheit für uns selbst zu entscheiden, kann nur einen Weg einschlagen, den Weg des Angriffs gegen das System der Herrschaft und Ausbeutung, in all seinen Facetten. Zu dem Zeitpunkt, an dem uns die wissenschaftlichen Experten über diese Technologien Bescheid geben, lassen sie uns eine Entscheidung erfahren, die bereits über unseren Köpfen getroffen wurde. Es ist völlige Zeit- und Energieverschwendung zu diesem Zeitpunkt irgendeinen Dialog mit den herrschenden Mächten, denen sie dienen, zu suchen. Wir müssen diese Entwicklungen als das erkennen, was sie sind – ein weiterer Diebstahl unserer Leben, ein Angriff auf jedwede Fähigkeit zur Selbstbestimmung, die uns noch geblieben ist.

Die Opposition gegen diese jüngsten technologischen Entwicklungen kann nicht den Weg von so vielen vergangenen Oppositionsbewegungen einschlagen, sie kann nicht der Versuch sein, mit den Herren dieser Welt in Dialog zu treten. In einem solchen Dialog werden die Herren immer gewinnen. An einigen Orten müssen die Monstrositäten, die von diesen Technologien produziert werden, vielleicht mit einem Stempel versehen werden, sodass wir eine „Wahl“ haben. Doch so werden die Monstrositäten dennoch zu einem normalen Teil unserer Existenz.

Nanotechnologie erschafft die winzigsten Monstrositäten, die der grössten Gräuel mächtig sind, denn sie sind dazu fähig, die Systeme der sozialen Kontrolle direkt in unsere Körper hineinzutragen. Wir können nicht einmal mehr so tun, als gäbe es hier noch irgendeinen Platz für Dialog. Dies ist eine offene zur Schau Stellung der Herren dieser Welt, davon, dass die Beibehaltung des sozialen Friedens ein Kriegsakt gegen alle Ausgebeuteten und Enteigneten ist. Für diejenigen von uns mit der Begierde, unsere Leben nach unseren Vorstellungen zu erschaffen und diejenigen, die das Verlangen haben, menschliche Individuen zu bleiben, mit der Fähigkeit zu jeder Art von autonomer Handlung, ist es notwendig, zerstörerisch gegen das gesamte System der sozialen Kontrolle und die Gesamtheit dieser Zivilisation vorzugehen, in der Maschinen Menschen reiten und Menschen sich langsam in Maschinen verwandeln. Hier und Jetzt.

Wolfi Landstreicher

„Nanotechnologie ist nicht das Problem“

Ein Interview mit Camille* (Name geändert), Grenoble, über Nanotechnologie, anti-industrielle Bewegungen und Widerstand.

ab: Hallo. Kannst du vielleicht zuallererst kurz erklären, was Nanotechnologie überhaupt ist?

Camille: Nano ist einfach ein Maßstab wie Meter, Zentimeter, Millimeter. Nano ist eine ganz kleine Ebene, die Ebene der Atome. Alle Nanotechnologien arbeiten auf dieser Ebene. Es gibt zwei Systeme, um die Materie zu bearbeiten: Die „Top-Down-Technik“ und die „Bottom-Up-Technik“. Die „Top-Down-Technik“ zerschneidet die Materie in immer kleinere Atomstücke, um diese zu isolieren. Bei der „Bottom-Up-Technik“ werden zuerst Atome isoliert und dann wieder zusammengebaut um daraus größere Dinge herzustellen. Eines der bekannteren Werkzeuge, um die Atome zu isolieren und zu verschieben, um sie neu zusammenzusetzen, ist das Tunnelmikroskop. Ein Bild, das oft zur Erklärung verwendet wird, ist Lego: Die Atome sind die Bausteine, mit denen etwas gebaut werden kann. Die Nanotechnologie eröffnet viele so genannte neue Möglichkeiten für Physik und Technologie, weil es auf dieser Ebene zwischen Lebendem und Bewegungslosem, zwischen biologisch-organischen Dingen und Mineralen oder Steinen keinen Unterschied gibt. Auf dieser Ebene sind es die gleichen Atome. Deswegen

kannst du Mischungen zwischen organischen und anorganischen Dingen machen, zum Beispiel kannst du ein Protein mit einem mechanischen System mischen, um die Proteine im Körper zu steuern.

ab: Ist Gentechnik dann eine Nanotechnologie?

Camille: Nicht unbedingt. Es kann eine Nanotechnologie sein, aber du kannst auch ein paar Dinge auf der Ebene der Moleküle machen, also mit biologischen Techniken, die keine Nanotechnologie sind.

ab: Also eigentlich kann Nanotechnologie in allen Technologien angewendet werden, es ist nur eine andere Ebene?

Camille: Ja. Und ein ganz besonderer Schritt ist, die Mischung zwischen lebender und unbelebter Materie. Ein anderer Punkt ist: Natürlich, du kannst ein Legospiel machen, um kleine Moleküle zu bauen, aber die sagen, dass sie damit zum Beispiel ganze Bäume bauen wollen. Wenn du nur dieses Mikroskop dafür hast und jedes Atom einzeln mit dem nächsten zusammenfügst, dauert das wirklich lange. Um diesen Prozess also schneller zu machen, studieren sie die Biologie

und haben gelernt, kleine Moleküle autonom zu machen. Das heißt auf französisch „Auto-Replication“, Selbst-Reproduzierung; die Idee ist, Moleküle zu schaffen, die fähig sind, sich selbst zu reproduzieren. Damit können sie viel schneller Dinge produzieren. Das wird „Auto-Replikation der Materie“ genannt. Die Idee dabei ist wieder, diese Mischung zwischen Technik, Biologie und Mechanik zu nutzen.

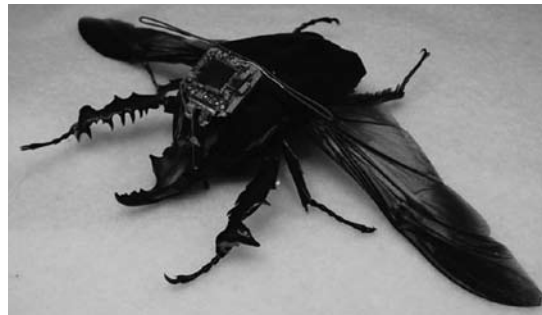
Das große Interesse dahinter ist, dass sich ganz kleine Dinge bauen lassen, die besser und schneller funktionieren, mit mehr Informationen. Also zum Beispiel kleinere Chips für Computer, die schneller kalkulieren können, aber zum Beispiel auch Farbe, die fähig ist, das Licht direkt in Wärme zu verwandeln. Oder Dinge, die ihre Farbe durch Licht, Temperatur, durch Ton oder was weiß ich ändern können. Oder es lässt sich Kleidung herstellen, die besser warm hält, aber nie nass oder schmutzig wird und so weiter. Du kannst dir viel damit vorstellen und es gibt natürlich viele Firmen, die das machen. Also zum Beispiel können die auch intelligenten Matsch herstellen; wenn ein „böser Terrorist“ oder eine andere Armee durch diesen Matsch läuft, haben sie diesen Matsch an den Schuhen und damit kannst du die Leute verfolgen. Weil sie Nanotechnologie in den Matsch gebaut haben, die Informationen senden kann... Auch in der Neurobiologie gibt es viele Möglichkeiten, Nanotechnologie einzusetzen. In Grenoble gibt es zum Beispiel ein Labor, in dem viel mit Neurowissenschaften gearbeitet wird. Die Leute, die dort arbeiten, haben gesagt, sie könnten vielleicht Nano-Nebel schaffen, um Emotionen zu kontrollieren. Am Anfang haben sie gesagt: „Das ist gegen Essstörungen. Mit Nanotechnologie und Neurobiologie können wir die Behandlungsmethoden ändern. Oder wenn Leute zu aufgeregt oder panisch sind, können wir einfach ein Spray entwickeln, von dem sie wieder ruhig werden.“ Also wie Psychotropfen, die durch die Luft und nicht mehr durch Tabletten aufgenommen werden... das ist nicht nur Nanotechnologie, das ist auch Chemie und vieles andere. Die Idee ist, dass die Nanotechnologie die Ebene ist, auf der alle Wissenschaften zu einer werden: Chemie, Biologie, Physik - auf der Nanoebene ist das alles das gleiche. Es gibt Leute, die sagen: „Das ist eine wissenschaftliche Revolution, weil wir endlich eine Synthese oder Symbiose machen können auf der Wirtschaftsebene.“

ab: Werden diese Sachen schon angewendet?

Camille: Schon lange. Am Anfang war das die Atomphysik und die haben schon in den 50er, 70er Jahren angefangen, daran zu forschen. Seit den 90ern haben sie große Fortschritte gemacht.

ab: Mir kommt es neu vor, dass darüber gesprochen und geschrieben wird. Aber vielleicht hat das nicht so viel damit zu tun.

Camille: In Grenoble zum Beispiel ist das unsere besondere Geschichte. In Grenoble gibt es seit Ende des 19. Jahrhunderts eine ganz tiefe Verbindung zwischen Militär, Industrie und öffentlicher Forschung, also dem wirtschaftlichen Standort. In unserer Region wurden und werden neue Technologien besonders stark und schnell entwickelt. Immer tief verbunden mit Krieg und Militär. Ich glaube seit 1945 gibt es in Grenoble das zweite Atom-Forschungszentrum in Frankreich. Grenoble hatte immer dieses Image, dass sie die besten sind, was Innovation angeht. Seit den 80ern haben die gesagt: „Okay, Atomkraft ist nicht unser Hauptthema, jetzt müssen wir zu Nanotechnologie arbeiten, weil das noch besser für unseren Standort ist.“ Natürlich haben sie immer noch auch einen Reaktor und arbeiten zu Atomkraft und so. Aber sie haben ihre eigene Reputation, die sich über die Innovation konstruiert. In dieser lokalen Tradition gibt es mehr Verbindungen zwischen Stadt, Wirtschaft und Industrie und Militär als in anderen Regionen. Weil das wie ein Herstellerzeichen ist. Sie haben auch die öffentlichen Forscher_innen dazu ermutigt, ihre eigenen Unternehmen zu gründen, das heißt Start-Up-Unternehmen. Sie haben diese Unterscheidung gemacht zwischen Start-Up, privat Start-Up, aber direkt verbunden mit städtischen Laboren.



Wie im Silicon Valley. Normalerweise ist das in Frankreich nicht so eng verbunden. Also - immer ein bißchen, aber nicht so eng. Und deshalb haben sie auch große Firmen neben der Stadt angelegt...

ab: Heißt das, die privaten Firmen kaufen das Wissen von den städtischen Laboren?

Camille: Nicht wirklich, weil es sind teilweise die Forscher_innen, die die Start-Ups gründen. Also ist nicht ganz klar, wer was kauft. Und sie investieren viel in den Aufbau der Firmen - öffentliche Gelder, viele Investitionen, die indirekt in die Industrie fließen. Aufgrund dieses Kontextes gibt es auch mehr Protest und Kritik. Die Anti-Atom-Bewegung war teilweise wichtig in dieser Region, und es gibt viele Initiativen, die hier entstanden sind, weil hier das Zentrum für Atomenergie war und es mehr militante Aktivist_innen gab, die dagegen waren. Und es war auch ein Teil der militanten Bewegung gegen die Atomenergie, die sich später gegen die Gentechnik richtete, gegen die industrielle Agrarwirtschaft, gegen chemische Verschmutzung in der industriellen Agrarwirtschaft. Diese Leute waren auch die Ersten, die Ende der 90er sagten: „Ah, es gibt auch Nanotechnologie!“ Wir haben Anfang der 2000er viel mit diesen Leuten gearbeitet, um dieses Thema öffentlich zu machen. Wir haben viel, viel geschrieben und Demos gemacht und öffentliche Momente geschaffen, um das Thema Nanotechnologie öffentlich zu machen.

ab: Weil es zwar diese große Industrie gab, aber gar keine Öffentlichkeit?

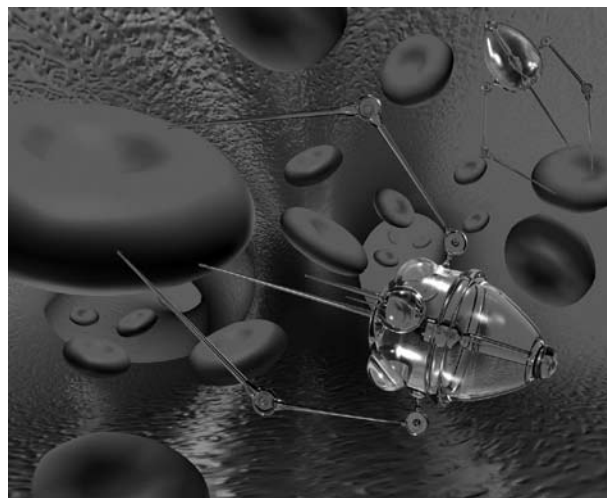
Camille: Ja, gar keine. Also im Jahr 2000, wenn du da mit Leuten auf der Straße gesprochen hast, wussten die gar nicht, was Nanotechnologie ist. Und fünf Jahre später wussten sie, was das ist und auch, dass die Mietensteigerungen in Grenoble damit verbunden waren. Unsere Arbeit war nicht nur zu sagen: „Okay, Nanotechnologie ist schlecht, weil das Verschmutzung verursacht und so weiter“, sondern auch zu sagen: „Das ändert unsere ganze Organisation um zu leben.“ Zum Beispiel braucht diese Industrie viele Ingenieur_innen und Techniker_innen und so - viele Leute, die einen hohen Gehalt verdienen. Und deswegen ist es nicht mehr möglich, eine billige Wohnung in Grenoble zu finden. Das ist total miteinander verbunden. Die ganze Stadt arbeitet dafür, diese Leute hier her zu bringen. Zum Beispiel auch - wir sind in den Alpen - diese ganze Politik mit den Skistationen und Kulturevents... alles ist für diese Leute gemacht. Und auch die Verdrängung der armen Leute aus der Stadt - das passiert, um eine Stadt zu schaffen, in der die Ingenieur_innen leben wollen. Dafür haben wir auch viele Untersuchungen, viele Interviews gemacht, auch mit den Leuten, die dafür verantwortlich waren, um zu verstehen, an welchem Punkt das wirklich gezielte Politik war, um nicht nur zu sagen: „Das ist ein Prozess, der von ganz alleine funktioniert, sondern das ist wirklich gezielte Politik.“

Zum Beispiel sind in Grenoble alle Bürgermeister_innen auch Ingenieur_innen, haben Start-Ups gegründet, ein Teil von ihnen ist mit der Armee verbunden und ein anderer Teil hat mit öffentlichen Untersuchungen zu tun. Wir hatten besetzte Häuser in Grenoble - und wenn du ein Konzert in so einem besetzten Haus gemacht hast, mit einer Punkband, konntest du sicher sein, dass mindestens eine von fünf Personen Physikstudent_in oder Informatikstudent_in ist. Es gibt einfach viele, viele Leute, die dafür arbeiten. In Grenoble wohnen 400 000 Menschen und etwa 100 000 Leute arbeiten direkt in dieser Branche, das heißt ein Viertel der Stadt ist direkt damit verbunden oder arbeitet in Start-Up-Firmen oder an der Uni, oder... Das ist kein Komplott, aber das ist eine massive Realität.

ab: Ich habe den Eindruck, dass mich manches, was du erzählt hast, an den Anfang der Atomforschung erinnert hat, dass gesagt wird: „Ja, wir machen das, um die Umwelt zu schützen, um weniger Verschmutzung zu verursachen...“. Und mit diesen Nanotechnologien sagen Leute: „Ja, wir können eine neue Welt schaffen,

wir können Ressourcen sparen, das ist gut für alle, wir können das dezentral machen, allen geht es besser.“

Camille: Ja, aber es gibt verschiedene Ebenen, auf denen diese Industrielwelt, diese Technologien, High-technologies, Nanotechnologie kritisiert werden kann. Es gibt die erste Ebene, rein ökologisch zu kritisieren: „Nanotechnologie verursacht auch Verschmutzung oder zumindest wissen wir das nicht.“ Zum Beispiel sind wir nicht sicher, ob diese Technologie nicht giftig für den Körper ist. Oder diese Idee der Selbst-Reproduktion: wenn du die nicht kontrollierst, kannst du alles zerstören. Also wenn es zum Beispiel einen Prozess gibt, der zu schnell verläuft und zu viel Hydrogen verschlingt, um sich zu entwickeln, kann man den Prozess nicht mehr kontrollieren und das kann alles zerstören. Es gibt Leute, die befürchten das. Und es gibt niemand, der das beantworten kann.



Die zweite Ebene der Kritik ist, zu sagen: „Okay, jede Technologie wird entwickelt, um die Probleme der letzten Technologie zu lösen und produziert neue Probleme. Wir versuchen, immer schneller und weiter zu rennen, aber das löst nichts, sondern produziert immer mehr Probleme. Und das auf einer Ebene, auf der die Leute immer weniger kontrollieren können, was passiert. Wir können immer weniger verstehen, was passiert und es gibt immer weniger Expert_innen, die alles kontrollieren können.“

Es gibt auch Leute, die sagen: „Das ist je nach Technologie unterschiedlich. Alle können heute einen Computer haben oder einen 3-D-Drucker und das schafft wieder Räume, in denen du Kontrolle hast.“

Also das ist die zweite Ebene, zu sagen: Nicht die Nanotechnologie, Atomkraft oder Genmanipulation sind speziell das Problem, sondern das Erschaffen immer neuer Technologien, um Probleme zu lösen. Wir haben uns darin total verlaufen.

Dann gibt es noch das Argument des „Point of no return“, das heißt, wenn du ein paar Schritte in eine Richtung gemacht hast, kannst du das nicht wieder rückgängig machen. Zum Beispiel mit Atomkraft - das geht nicht. Wir haben jetzt diese Atomprobleme und selbst wenn wir morgen die Atomkraft stoppen, würden wir noch eine Armee brauchen, um diesen Atommüll über viele, viele Jahre zu kontrollieren. Eine Idee ist, jetzt zu stoppen und nicht immer schneller zu gehen, um erst zu verstehen, was passiert. Denn sonst wird es zu spät sein.

Dann gibt es noch eine andere Ebene der Kritik. Es gibt viele Leute, die sagen: „Okay, es gibt Technik, eine Technologie, und es gibt gute Nutzung und schlechte Nutzung.“ Also in anderen anti-industriellen

iBewegungen in Frankreich gibt es viele Leute, die denken, dass Technologie und Technik nicht neutral sind, dass das nicht nur eine Frage der guten oder schlechten Nutzung ist. Diese Kritik sagt: Es gibt Technologien, die führen die Welt in eine bestimmte Richtung. Zum Beispiel kann man nicht sagen: „Okay, es gibt Atomkraft und damit können wir gute oder schlechte Dinge machen.“ Es ist schon eine schlechte Entscheidung, Atomkraft zu erschaffen. Die Kritik geht dahin, zu sagen: „Wir können diese Technologien nicht ohne Kapitalismus und ohne Militärkraft schaffen.“ Deshalb ist es auch wichtig, alles zusammen zu kritisieren und sich nicht nur auf eine einzelne Sache zu fokussieren, das hat keinen Sinn. Wir müssen die Genealogie zwischen Militärkraft und Wissenschaft wieder machen, um zu verstehen: Wo ist das Geld? Wofür? Und was ist die Propaganda?

Ich habe aber auch viel Kritik an der anti-industriellen Bewegung in Frankreich. Ich glaube sie ist nicht eng genug verbunden mit anderen Thematiken, besonders mit materialistischen Thematiken; also das heißt mit sozialen und Klassenfragen, mit Feminismus, materialistischem Feminismus und Antirassismus und so. Deshalb hat die anti-industrielle Bewegung ganz oft nicht genug Pragmatismus. Oder sie sieht den anti-industriellen Kampf als prioritär, wie andere Leute Antikapitalismus als total prioritär sehen. Ich denke, es ist interessanter diese ganzen Bewegungen zusammen zu sehen, das heißt auch, das Paradoxe zu denken. Ganz oft sagen Leute, dass Feminist_innen oder Antispeziesist_innen oder was weiß ich nicht anti-industriell sein können, Punkt. Da gibt es einen Antagonismus und das ist nicht so interessant.

ab: Gab es nur in der Gegend von Grenoble oder in ganz Frankreich Proteste?

Camille: Also es gibt unterschiedliche Tendenzen. Es gibt Leute in vielen unterschiedlichen Regionen, die sich anti-industriell nennen. Und dann gibt es jeweils Besonderheiten. In Grenoble gibt es diese Untersuchungs-Kultur der Aktivist_innen, die wirklich eine besondere Arbeit gemacht haben, um sagen zu können: Wer arbeitet wo, wer ist auf welche Schule gegangen, wer ist mit wem verbunden; ja, um alles zu benennen. Wie journalistische Untersuchungen. In anderen Regionen haben Leute mehr auf einem philosophischen, auf einem theoretischen Niveau dazu gearbeitet und über die Industrie-Gesellschaft gesprochen und das mit Technologien verknüpft, mit Biotechnologie, Videoüberwachung und RFID-Chips für Tiere oder Menschen. Aber das waren weniger lokale Untersuchungen, um Leuten wirklich zu sagen: „Okay, sie arbeiten hier und sie sind verantwortlich und jeden Tag, wenn ihr in dieser

Straße seid, seht ihr das Gebäude dieser Firma und dieses Labor.“ Was für mich in diesen zehn Jahren an dieser Untersuchungspraxis interessant war, ist, dass wir nicht moralisch oder essentialistisch waren und gesagt haben: „Wir sind gegen Wissen“ oder „Wir sind für Natur und was ihr macht zerstört unsere Idee der Natur“ oder so. Wir waren mehr pragmatisch und konkret. Und weil wir so tief in diese Untersuchungen involviert waren, konnte niemand sagen, dass wir über etwas reden, von dem wir keine Ahnung haben. Niemand konnte sagen, dass wir nicht in der Lage sind, präzise über das Thema zu sprechen, niemand konnte sagen, wir hätten keine Lust, alles zu verstehen und ja, es war klar, dass wir Wissen mögen. Es ist kompliziert, weil ein Teil der Leute, die dazu gearbeitet haben, in den letzten Jahren Positionen bezogen haben, die ich problematischer finde.

ab: Theoretische Positionen?

Camille: Politische. Das sind bestimmte Personen, aber es ist schwierig, die Trennung zu machen, zwischen einer Bewegung und den Momenten, in denen Ideen produziert werden; es gibt Personen, die in dieser Dynamik nationalistischere, naturalistischere, homphobe und anti-feministische Positionen eingenommen haben. Aber das sind bestimmte Personen und das ist eine bestimmte Periode. Ich denke, es gibt gleichzeitig auch interessante Ideen. Aber diese anti-industrielle Position schafft auch Platz für reaktionäre Theorien. Das ist kompliziert. Ich denke, das ist genauso, wie in Bezug auf die Umweltbewegung, die schafft auch Platz für reaktionäre Positionen.

ab: Ich denke, das was du gesagt hast, stimmt. Es geht nicht nur um ein Thema, sondern um ganz viele. Ich frage mich manchmal: Wie den Ansatzpunkt wählen für eine größere Kritik? Denkst du, Nanotechnologie ist ein guter Punkt, von dem man ausgehen kann, um mit Leuten auch über andere Dinge zu reden?

Camille: Ich glaube das ist eine Frage des Kontextes. Bei uns in Grenoble ist es ein guter Punkt, weil die Leute so tief darin involviert sind. In einer andere



Region hätten wir vielleicht einen anderen Punkt gewählt. Für mich ist das nicht das Wichtigste auf der Welt. Aber in meiner Region ist das ein guter Ansatzpunkt, das ist schon eine Strategie.

Und was ich gar nicht mag an dieser anti-industriellen Bewegung, sind Leute die sagen: „Das ist unsere Priorität“, mit dem moralischen Standpunkt: „Ihr seid uninteressant, weil ihr Feministinnen seid und das gar

nichts mit der anti-industriellen Bewegung zu tun hat.“ Ja, das ist wirklich eine innere, persönliche und kollektive Strategie im Kontext. Ich finde es immer interessant, alle Themen zu thematisieren. Und das heißt auch, wenn zum Beispiel Leute in Lausanne denken, das wäre nicht ihr Thema, weil das nicht ihre eigene lokale aktivistische Kultur ist - plötzlich, wenn wir das thematisieren, merken sie, dass es Firmen gibt, die damit zu tun haben. Ich will nicht, dass Leute in Lausanne dieses Thema unbedingt als erstes Thema wählen, aber ich finde es einfach cool, das zu sehen. Und ich würde sagen, es ist immer auch eine Frage, wo du als Person stehst. Ich bin jetzt tiefer in andere soziale Bewegungen involviert; als Feministin und in Bezug auf Wohnungsfragen und so, weil: meine Allianzen sind da. Und nicht mit Ingenieur_innen oder coolen Student_innen oder was weiß ich...

ab: Gibt es noch viele Feministinnen, die sich damit beschäftigen?

Camille: Ich würde sagen, dass dieses Thema, Technologie, Hightechnologie, in Grenoble so wichtig war, dass es ein besonders großes feministisches Milieu in gibt. Aber allgemein in der radikalen feministischen Szene glaube ich, gibt es nicht so viel Kritik an Technologie und Industrie und das

ist schon problematisch. Weil das auch bedeutet, dass dieser industrielle Kapitalismus Feminismus instrumentalisiert, um zum Beispiel zu sagen: „Ah ja, Technologie ist gut für die Emanzipation der Frauen. Damit sie ihre Körper besser kontrollieren können und so weiter“ - und das ist auch wahr. Wie zum Beispiel: Arbeit ist gut für die Emanzipation der Frauen. Und - ich bin dafür, aber ich bin auch gegen Arbeit. Das ist immer dieser komplizierte Standpunkt, zu sagen: „Ja, natürlich, ich bin dafür, dass die Frauen und alle Leute ihre eigenen Körper mehr kontrollieren können, aber -“. Und dann gibt es Leute in der anti-industriellen Bewegung, die sagen: „Ah, die Feministinnen sind schrecklich, die wollen alles kontrollieren und das ist die Ideologie der Industrie, die Welt zu kontrollieren. Und wir sind als Menschen so klein und wir wollen nicht vergessen, dass die Natur so groß ist und dass diese Ideologie der Kontrolle gemein ist, das ist Kapitalismus, industrieller Kapitalismus, bäh.“ Und ich sage: „Nein. Wir sind so klein und alles, was wir kontrollieren können ist nur ein kleiner Teil und ich bin dafür.“ Und das ist keine Industrie-Ideologie, das ist feministische Ideologie, wie du aktiv in deinem Leben sein kannst.

ab: Und du sagst ja auch nicht, dass du dafür bist, dass alles kontrolliert wird, überall Kameras angebracht werden...

Camille: Ja. Aber ich will auch nicht, dass andere, Männer, mich kontrollieren. Das ist auch eine Problematik. Ich habe manchmal in Deutschland probiert, diese anti-industrielle Bewegung zu erklären und habe ganz deutlich gemerkt, dass die Leute das nicht verstanden haben... Ich habe versucht, zu erklären, warum die anti-industrielle Bewegung ganz oft gegen Ökologie ist und denkt, dass Ökologie als Ideologie Teil des kapitalistischen Systems ist. Weil diese Ökologie keine Verbindung hat zu anderen Themen. Zum Beispiel gibt es dann dieses Green-Washing; diese ganzen Firmen, die sagen: „Wir sind ökologisch.“ Und wenn du diese Analyse hast, kannst du auch sagen, dass alle Politik Green-Washing betreibt. Und diese Sorge vor Verschmutzung und Krankheit und so - das macht nur Angst. Dahinter steht diese Ideologie der

Co-Verantwortlichkeit für die Katastrophe. In Frankreich haben wir auch diesen Begriff des „Citoyenisme“, das kommt von „citoyen“, das heißt „Bürger“ und der Begriff beschreibt dieses legale Engagement, sich als Bürger_in verantwortlich zu fühlen für die Gesellschaft, aber immer im legalen



Rahmen. Und ich oder wir als Anarchist_innen oder Autonome haben schon eine grundsätzliche Kritik an diesem Citoyenisme. Es gibt auch einen Ökologismus, der sagt, dass du auch als Bürger_in verantwortlich bist für Verschmutzung und, dass wenn du deinen Müll trennst und als Bürger_in ganz sauber bist, ist das okay oder genug. Und wenn es eine Katastrophe gibt, zum Beispiel eine Atomkatastrophe oder eine industrielle, bist du auch mitverantwortlich und sollst die Folgen mittragen. Und daran gibt es eine radikale Kritik, um zu sagen: „Nein, wir sind nicht dafür verantwortlich, weil wir damit nicht einverstanden sind, wir haben uns nie dafür entschieden.“ Also dahinter steht der Gedanke, dass die Leute passiv bleiben, weil sie mitverantwortlich sind oder weil sie Angst haben.

ab: Das ist interessant, in Deutschland gibt es das so wirklich nicht, diese Anti-Industrie-Bewegung.

Camille: Ja, diese Anti-Industrie-Bewegung macht auch ganz schlimme Dinge. Gerade gibt es neue Verbindungen zwischen anti-industrieller Bewegung und Bewegungen, die sich gegen Großbauprojekte richten, zum Beispiel gegen den Bau des Flughafens in

Nantes, la ZAD, und gegen den Hochgeschwindigkeitszug, le TAV. Es gibt auch eine neue Bewegung in Avignon, um Land zu besetzen, Bäuer_innenbewegung, und die sind ziemlich eng verbunden mit der anti-industriellen Bewegung. Und alle diese Bewegungen sind einerseits sehr interessant, aber andererseits schon sehr naturalistisch, für eine Erneuerung der Natur-Idee, was schon reaktionär sein kann. Und viele junge Leute, die nicht wollen, dass Bäume gefällt werden oder so, begeistern sich sehr für diese Bewegungen. Einerseits ist es ganz interessant und andererseits ist es schon krass.

Ich glaube, es gibt eine Verantwortlichkeit der Radikalfeministinnen, was damit zu machen, was Intelligenteres. Nicht nur in Richtung Primitivismus und... Ja, eins der größeren Themen der anti-industriellen Bewegung ist, gegen Fortschritt zu sein, gegen die Idee des Fortschritts als Ideologie. Und zu zeigen - es gibt viele, viele Argumente für die Akzeptanz des Fortschritts: Er bringt Arbeit, Medizin: wir werden überleben, er bringt Validismus; also: es gibt Leute, die heute leben können, die vor 200 Jahren nicht hätten leben können. Der Fortschritt bringt alle diese so genannten falschen Lösungen für die Probleme, die die letzte Technologie geschaffen hat. Das ist interessant und wie oft: kompliziert. Das ist die Spezialität der Feministinnen, dass alles zusammen immer kompliziert ist.

ab: Ich finde diesen Punkt wirklich interessant, Industrie-Kritik mit Feminismus zusammen zu denken, weil da diese Ambivalenz wirklich bearbeitet werden muss.

Camille: Ja, um einfach über Emanzipation nachzudenken. Ja - zum Beispiel: als Anarchist_innen sind wir gegen Staat, aber ich bin in der Wohnraum-Bewegung mit Leuten, die sagen, sie wollen eine bessere staatliche Politik für Wohnraum. Wir haben immer diese Paradoxe. Oder wir sind gegen Papiere für Migrant_innen, aber wir sind dafür, dass der Staat bessere Bedingungen für Flüchtlinge schafft.

ab: Das ist ja aber auch die Frage, ob du in solchen konkreten Kämpfen überhaupt die Möglichkeit hast, Leute zu treffen und anzufangen über generellere Themen zu reden.

Camille: Ja. Und was ich daran interessant finde, ist die Mischung aus lokalen, konkreten und pragmatischen Dingen und inneren Bedürfnissen und trotzdem immer noch in unseren Bewegungen, globale Strategien und Standpunkte zu haben, Fragen der Taktik und der Allianzen. Ich finde zum Beispiel bei uns, Feministinnen, da gibt es Radikalfeministinnen, die nur das machen und - wir haben so viel zu tun, dass

es uns nicht mehr möglich ist, einen offenen Blick zu haben, weil es schon zuviel zu tun gibt.

ab: Ja, ich glaube, das fehlt total oft, einen Schritt zurück zu gehen und zu schauen: Wo sind wir überhaupt?

Camille: Ja. Aber nicht das Gefühl der Regression zu haben: Ich bin Feministin in einem radikal-feministischen Milieu und wir sind in dieser Richtung ganz weit - also das ist nicht genug, aber wir sind schon ziemlich weit - und wenn ich in die anti-industrielle Bewegung gehe, will ich nicht das Gefühl haben, ich verliere alles, was ich in dieser feministischen Auseinandersetzung entwickelt habe.



ab: Ja. Ich kenne das, dass es sich gut anfühlt, zusammen mit mehreren Feministinnen eigenes Wissen oder eigene Ideen irgendwo reinzubringen - also klar, muss ich Leute finden, mit denen ich auch noch Lust habe, zu reden. Es geht mir aber auch öfter so, dass ich mich frage: „Ah, wo sind die Feministinnen, die dazu was sagen?“

Camille: Ja, das ist so ein Ding in der anti-industriellen Bewegung, dass es meistens Männer gibt, Weiße mit hohem Bildungsabschluss und Frauen, die kochen und die tägliche Arbeit machen, weil ihre Männer interessantere Kämpfe haben gegen Industrie und Kapitalismus. Das ist nicht so schön... Oder auch viele Leute, die für andere Leute sprechen. Die nicht diese Kultur haben, zu denken, dass man nicht für andere Leute sprechen kann. Und deshalb sind sie so moralisch. Nicht unbedingt dogmatisch, aber moralisch. Ja, vielleicht weil; wenn du keine Frau bist, kannst du ohne Probleme gegen Arbeit, Auto und Medizin sein und sagen: „Ja, ich kann ohne das leben, kein Problem.“

ab: Würdest du sagen, dass sich konkret Sachen geändert haben, durch diese jahrelange Arbeit, also außer den Verbindungen zwischen Leuten?



Camille: Ja, die Tatsache, dass Leute wissen, was Nanotechnologie ist und auch, dass alle Leute wissen, dass es Widerstand dagegen gibt. Ich glaube, wir haben ihnen geholfen, noch besser in der Kommunikation zu werden - wir haben bemerkt, dass besondere interdisziplinäre Laboratorien geschaffen wurden mit Ingenieur_innen und Wissenschaftler_innen,

aber auch Soziolog_innen und Psycholog_innen, die an der Akzeptanz der Nanotechnologie arbeiten und Strategien dafür entwickeln.

ab: Danke für das Gespräch

Krieg beginnt hier - wo die Drohnen fliegen

Die Kampagne ‚Krieg beginnt hier‘, hat eine erfreulich breite Resonanz mit vielfältigen Aktionen gefunden. Wir schlagen vor, Drohnentechnologie und deren Datenlieferanten in diese Kampagne einzubeziehen und verstärkt in den Fokus zu nehmen.

Krieg beginnt hier...

Die Kampagne ‚Krieg beginnt hier‘, hat eine erfreulich breite Resonanz mit vielfältigen Aktionen gefunden. Wir schlagen vor, Drohnentechnologie und deren Datenlieferanten in diese Kampagne einzubeziehen und verstärkt in den Fokus zu nehmen.

...wo die Drohnen fliegen

Als Spielzeug für den Mann erobern Drohnen und Minihubschrauber die Kleingärten und Liegewiesen, die Wohnblöcke und Garageneinfahrten. Vom sogenannten Smartphone, Tablet-Computer oder einem anderen tragbaren Multifunktionskommunikator gesteuert, mit einer Kamera ausgestattet, gelingt endlich der Blick über den Gartenzaun bis zum Tellerrand. Diese Drohne kommt als harmloses Vollstreckungsinstrument männlicher Allmachtsphantasie daher. Sie ist ja nur ein Spielzeug.

Als Lebensretter für Feuerwehr und Rettungsdienst schweben Drohnen über Katastrophengebieten, Brandruinen und Massenkarambolagen. Mit Wärmebildkamera und CO²-Messgerät ausgestattet, gelingt es endlich, einen Überblick zu erhalten, wo vorher keiner war. Diese Drohne tut nur Gutes, oder? Sie ist ein Lebensretter.

Als Elendsüberflieger für die Medien erheischen die fliegenden Wunderdinge Einblicke in von Monsterwellen überflutete Gegenden. Sie sind noch direkter dabei, wenn Amokläufer und Prominente gejagt werden. Kameras für den Live-Kick sind selbstverständlich. Diese Drohne dient der Informationsvielfalt und der Pressefreiheit. Sie ist ja nur ein fliegendes Kamerastativ.

Als Diebstahlsicherung, Graffityschutz und Arbeitsüberwachung nutzen ganz normale Firmen Drohnen. Die Bahn nutzt sie, die Stromnetzbetreiber, der Wachtschutz... Alles zu unserer Sicherheit. Der Chef muss über alles Bescheid wissen, denn es geht um Arbeitsplätze. So dient die Drohne letztendlich nur dem Arbeitsplatzerhalt. Es ist ja nur zu unserem Besten.

Über der Castorstrecke, über dem Fußballstadion, über dieser und jener Demonstration, über der Partymeile, über der viel befahrenen Kreuzung, über dem Protestcamp, über den Katastrophengebieten, Bahngeländen, ‚Problemvierteln‘, den Dieb_innen und denen, die was zu verbergen haben, schweben die Drohnen der Polizei - freundlich helfend. Sie dienen ja nur unserer Sicherheit.

Militär und Geheimdienste einiger Staaten können aus 15 Kilometern Höhe ganze Kleinstädte mit einer einzigen Drohne überwachen, alle Bewegungen verfolgen, speichern und auswerten, heranzoomen, Menschen identifizieren, Nacht und Tag, die Wohnblöcke und Kleingärten, die Brandruinen, die Katastrophengebiete, die Bahngelände, den Problemmenschen auf dem Markt im Problemviertel der Problemstadt. Kein Problem. Mit Raketen bestücken ist kein Problem. Mit ihnen zu töten - kein Problem.

Die zivile und militärische Nutzbarkeit von Drohnen verwischt. Die spielerische, die tötende, die beobachtende und die helfende Funktion von Drohnen verweht das schlechte Image, das sie dereinst hatten. Durch die allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz wird so auch der Kriegeinsatz von Drohnen problemlos möglich. Kriegsdrohnen sind Waffen, gleichgültig ob sie bewaffnet fliegen oder nicht. Diese Drohnen, teilweise in der Größe von Verkehrsflugzeugen, operieren in kaum erreichbaren Höhen, unsichtbar für die am Boden Gebliebenen und kaum zu hören. Sie werden von Täter_innen gesteuert, die tausende Kilometer entfernt in ihren Büros sitzen, die hinter dem Schutzschild der Technologie und der nicht spürbaren Entfernung zu ihren Opfern keine Empathie entwickeln können. Moralische und politische Verantwortung wird ins Nichts delegiert.

Von Drohnen abgefeuerte Raketen treffen schon jetzt Hochzeitsgesellschaften in Afghanistan, Marktplätze in Pakistan, Wohnhäuser in Somalia. In den letzten Jahren wurden über 3000 Menschen durch Drohneneinsätze ermordet. Viele Menschen sind traumatisiert von der Angst aus dem Nichts getroffen zu werden. Sie vermeiden Kontakte zu Nachbar_innen und Freund_innen, gehen kaum mehr auf die Straße, in die Gärten und auf die Felder. Sie isolieren sich in der hilflosen Hoffnung, so besser geschützt zu sein.

...wo die Drohnen entwickelt werden

Die Industrie zur Herstellung von Drohnen boomt. Nicht nur in den USA oder Israel, wo die deutsche Regierung ihre kauft. Bisher. Denn auch die hiesige Industrie will an dem auf lange Zukunft sicheren Drohnenhype mitverdienen. So entwickelt zum Beispiel die Firma Thielert Aircraft Engines (TAE) Dieselmotoren für Drohnen, die besonders geräuscharm sind. Damit die Nachbar_innen nicht gestört werden? Oder damit ihnen niemand entkommen kann? Das Penzberger Unternehmen EMT fertigt Klein-Drohnen für die Bundeswehr. An der TU München werden Navigationsverfahren, Raketen und Drohnen erforscht. Denn Bundeswehr und Polizei rüsten auf, um Drohnen in Städten gegen Unruhen einsetzen zu können. Denn wer die Städte kontrolliert, „wird die Richtung zukünftiger Ereignisse in der Welt diktieren“, wie der Kriegsforscher Dickson zu wissen glaubt.



... wo mit Drohnen geübt wird

Genau dies wird auf dem Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Altmark bei Magdeburg geübt. Ab 2016 in der neuen Übungsstadt Schnöggerburg. In über 500 Gebäuden, einer U-Bahn, einem Flughafen, und allem was sonst noch zu einer Stadt gehört, trainieren die Soldat_innen Aufstandsbekämpfung. Dort werden in Zukunft Minidrohnen eingesetzt, die, klein wie Insekten, im Schwarm auch noch die letzte Ecke eines Hauses erfassen können.

Die bewaffneten Drohnen werden jedoch nicht nur von Mini-Drohnen mit Informationen versorgt.

...wo die Drohnen gefüttert werden

Drohnen werden mit dem Extrakt aller Informationen versorgt, die anfallen. Alle Informationen, die gesammelt, erspäht, erschnüffelt, und bereitwillig hergegeben werden, landen im Zweifelsfall am Ende, zum Tötungsbefehl transformiert, im Bordcomputer. Alle Daten? Alle Daten. Drohnen können sich auch selbst füttern, indem sie SIM-Karten und W-LAN Zugänge selbsttätig auslesen.

Deutsche Universitäten arbeiten an Programmen, die das Ziel haben, Datenspuren der Nutzer_innen von z.B. Google und Facebook zu erfassen, sie mit ‚normalem‘ Verhalten zu vergleichen und aus den Abweichungen den/die ‚Feind_in‘ zu extrahieren. Mit dem Ergebnis dieser Algorithmen arbeiten dann auch Drohnen. Die USA haben bereits per Drohne einen Menschen getötet, der aufgrund von statistischer Computeranalyse als verdächtig galt. Seine Handy-nutzungsgewohnheiten waren nicht ‚normal‘. Er hatte öfter als üblich die SIM-Karte und das Handy gewechselt. Wer die getötete Person tatsächlich war, ist zum Zeitpunkt ihrer Ermordung nicht bekannt gewesen. Oft wird vermutet, dass die Rechner nicht in der Lage seien, den gigantischen Datenwust der millionenfach mitgeschnittenen ‚sozialen‘ Medien, Emails, Browser- und Mobilfunkdaten zu verarbeiten. Seit den Enthüllungen des Edward Snowden erübrigt sich diese Vermutung. Das Gegenteil ist der Fall: je mehr Daten erfasst werden, desto sicherer kann die Abweichung bestimmt werden. Keith Alexander, der Chef der NSA, hat es auf den Punkt gebracht: „Wir brauchen den Heuhaufen, um die Nadel zu finden“. Eines ist klar: Wir alle sind ein Teil dieses Heuhaufens und somit der Überwachungs- und Mordmaschinerie. Wer glaubt, nichts zu verbergen zu haben, macht sich zum/r aktiven Unterstützer_in, weil genau dieser Haufen an Informationen nötig ist, um überhaupt erst die Nadel, den/die Feind_in, zu konstruieren, zu definieren, zu finden und auszuschalten.

Zudem geht hier der Zwang zur ökonomischen Selbstoptimierung nahtlos in die repressive Datenerfassung über. Denn wir leisten mit jedem Halm, den wir auf den Heuhaufen legen, unbezahlte Arbeit für Regierung, Geheimdienste, Militärs und monopolistische Konzerne.

Die ungeheure Datenmenge, die zudem von den Drohnen selbst gesammelt wird, kann nahezu in Echtzeit auf Rastermerkmale durchforstet werden. Die Analyseergebnisse aus den angefallenen Daten sind in der Regel von Menschen nicht zu verifizieren und damit auch nicht zu korrigieren. Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird eine Rechenmaschine selbstständig den Befehl zum Töten geben – leidenschaftslos, ohne Exzesse oder Skrupel. Die Drohne ist Teil einer digitalen Maschinerie, die zugleich Ermittler, Richter und Henker ist.

...let's stop it here!

Markieren, blockieren, sabotieren – auch gegen den Komplex der Datenerfassungs- Überwachungs- und Drohnentechnologie gibt es viele Handlungsmöglichkeiten.

Eine weitere liegt auf der Hand: keine – eigenen – Spuren im Netz hinterlassen! In einer Zeit, da elektronische Maschinen beginnen, Beziehungen zu Menschen zu ersetzen, scheint das nicht leicht. Alle neuen Fernseher verbinden sich zum Beispiel, von den Zuschauenden unbemerkt, mit dem Netz und melden, was gerade geguckt wird. Viele deutsche Sender lassen diese Daten von Google auswerten. Spielekonsolen vermelden alle Aktivitäten in die Konzernzentralen – und damit an Regierungen, Geheimdienste und Militärs. Mit einer Kamera am Gerät wird der Mensch als Daten-Ressource identifiziert und ausgeplündert. Kaum vorstellbar, das hier noch ein Ort ist, an dem sich Widerstand entwickeln kann. Kaum vorstellbar, dass sich Menschen dem verweigern können. Aber Widerstand entwickelt sich über soziale, persönliche Beziehungen. Es macht lebendig, nicht bis ans Lebensende zum Halm im Heuhaufen degradiert zu sein. Es macht lebendig, unerfasst und unberechenbar zu sein und sich der digitalen Kolonisierung unserer Körper zu widersetzen. Es gibt viel auszuprobieren. Dass wir im Raster auffallen, wenn wir versuchen aus dem Raster zu fallen? Das lässt sich leider schwer vermeiden. Aber wir werden einen Umgang damit erlernen, damit wir Krieg hier markieren, blockieren und sabotieren können. Krieg beginnt hier – hier wollen wir ihn stoppen.

**Drohneneinsatzzentralen,
Drohnenproduktion und Drohnentechnologie
markieren, blockieren, sabotieren!**

**Gib deine Daten
nicht den Konzernen und Regierungen!**

**Smartphones, Tablets und andere Spionagegeräte
in die Mülltonne!**

**Mach dich nicht selbst zu einem
vertrockneten Grashalm!**

Ein Graswurzelaufen

**Aufruf der warstartshere-kampagne:
nowar.blogspot.de/2011/10/05/kampagne-gegen-die-kriegerische-normalitaet/**

Aufruf zum dritten War-Starts-Here-Camp

*** 17. bis 25. August 2014 Internationales Diskussions- und Aktionscamp ***

*** GÜZ Markieren, Blockieren, Sabotieren ***

Krieg beginnt hier. Klar und offen formulieren Politiker_innen mittlerweile, dass von deutschem Boden keine Zurückhaltung mehr ausgehen dürfe. Nie wieder Krieg – eine der zentralen Lehren der Vergangenheit – ist überholt; Deutschland verteidigt seine Machtansprüche und sichert seinen Wohlstand mit allen Mitteln.

Die Militarisierung der Gesellschaft schreitet auf allen Ebenen voran. Eine offen-aggressive Außenpolitik geht einher mit steigenden Rüstungsexporten und offensiv angelegten NATO-Einsätzen. Nach Innen arbeitet die Bundeswehr bewusst am Image ihrer Soldat_innen als "Bürger_in in Uniform". Dazu gehören Werbekampagnen, massive Rekrutierungsbemühungen in Schulen, Universitäten und auf Arbeitsmessen, sowie Päckchen zu Weihnachten für "unsere Soldat_innen" an der Front. Auch der medial in Szene gesetzte Einsatz der Bundeswehr bei Überflutungen führt zur weiteren Normalisierung des Militärischen und soll die Grenzen zur Zivilbevölkerung weiter auflösen.

Jenseits der Öffentlichkeit proben insbesondere westliche Armeen derweil Aufstandsbekämpfung als Grundrezept zur Bewältigung von Krisen und Protesten in den Städten und Megacitys der Welt. Vor der Massenüberwachung schreckt kaum eine Regierung heute noch zurück, wenn es darum geht, die Bevölkerung im Vorhinein zu durchleuchten, um die Idee der "vernetzten Sicherheit" zu verwirklichen.

Die scheinbare Normalität dieser herrschenden Verhältnisse widert uns an und macht uns wütend. Unversöhnlich und entschlossen wollen wir uns dieser in den Weg stellen. Wir rufen Euch auf, Euch unserem Camp gegen Militarisierung und Neokolonialismus im August 2014 anzuschließen. Krieg beginnt hier – Widerstand auch!

***Klappe, die Dritte**

Vom 17. bis 25. August werden wir das dritte Jahr in Folge ein antimilitaristisches Camp in der Nähe des "Gefechtsübungszenentrum des Heeres" (GÜZ) bei Magdeburg aufbauen. Das GÜZ ist ein zentraler Ort der deutschen und internationalen Kriegsführung, der alle Facetten der Militarisierung beinhaltet. Dem wollen wir ein Camp entgegenstellen, das den Rahmen für Workshops, Vorträge, Diskussionsrunden und Ausflüge sowie vielfältige Aktionen bietet; das Camp scheint uns in vielerlei Hinsicht der geeignete Ort zu sein, an dem wir mit dem Ziel zusammen kommen, ihn anschließend handlungsfähiger und motivierter wieder zu verlassen. Mit den War-Starts-Here-Camps haben wir die militärische Normalität in der Altmark angekratzt und in gegenseitiger Unterstützung mit der langjährig

arbeitenden lokalen Bürger_inneninitiative stärker zu einem Thema in der Region gemacht. Auch überregional wird das Camp und die artikulierte Kritik immer breiter wahrgenommen.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir zahlreiche Erfahrungen gemacht und ausgetauscht. Darauf wollen wir aufbauen. Wir wissen, dass wir auch hier im vermeintlich friedlichen Westeuropa in die kriegsrische Normalität eingreifen können. Militarisierung, (bewaffnete) Unterdrückung, Neokolonialismus und die daraus resultierenden Konsequenzen betreffen viele Menschen, und der Widerstand dagegen erfasst viele Teilbereichskämpfe. Wir wollen diese zusammenführen, aufeinander beziehen und weiterentwickeln! Die Diskussionen über die verschiedenen Aspekte von Krieg und Militarisierung sowie antimilitaristische Widerstandsstrategien wollen wir dieses Jahr vertiefen – und vor allem wollen wir sie möglichst breit und international führen. Das Gefühl kollektiver Widerständigkeit kann zu einem verbindenden Element werden. Am Aktionstag werden wir den Normalbetrieb des Gefechtsübungszenentrums mit vielen verschiedenen Ak-

tionsformen stören und in kollektiver Widerständigkeit unsere Praxis erproben. In dem Zusammenkommen auf dem Camp, in dem Kampf gegen die Normalität des Militärischen und des GÜZ sehen wir die Chance für einen Kristallisationspunkt einer breiter werdenden antimilitaristischen Bewegung.

***Become part of the Camp**

Militarisierung, "vernetzte Sicherheit", Aufstandsbekämpfung und letztlich Krieg sind immer auch ein Angriff auf alle sozialen und emanzipatorischen Bewegungen. Und somit gegen alle Menschen, die für eine befreite Gesellschaft kämpfen. So vielfältig die Strömungen in emanzipatorischen Bewegungen sind, so vielfältig sind auch die individuellen Perspektiven auf Krieg und Militär. In Anbetracht dessen wollen wir eine Gemeinsamkeit des Widerstands weiterentwickeln und dabei unsere Unterschiede diskutieren und respektieren. Dies ist eines der zentralen Anliegen in diesem Jahr. Konkret wünschen wir uns, dass die Atmosphäre und politische Wirkung des Camps von möglichst vielen verschiedenen Spektren mitgestaltet wird, und dass diese in Diskussionen und Aktionen eigene Schwerpunkte setzen. Wichtig ist uns aber auch, dass dies ohne faule Kompromisse, ohne gemeinsamen Aktionskonsens und ohne inhaltliche politische Weichspülung geschieht. Wir wollen eine Diskussion auf Augenhöhe mit allen, die das Gleiche antreibt: die Abneigung gegen die zerstörerischen Verhältnisse weltweit. Wir wollen unser Wissen teilen, uns kontrollierten Fragen stellen und solidarisch streiten.



In Vorbereitung des Camps werden regelmäßig antimilitaristische "Ratschläge" stattfinden – bundesweite öffentliche Treffen, um möglichst vielen Gruppen und Initiativen eine Plattform für Vernetzung und inhaltlichen Austausch im Vorfeld des Camps zu bieten. Bereits 2013 gab es mehrere Mobilisierungen mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten. Wir möchten Euch erneut dazu ermutigen, auch für das War-Starts-Here-Camp 2014 eigene Aufrufe mit euren Analysen zu Krieg und Antimilitarismus zu formulieren. Mit Euren Veranstaltungen und Aktionen

könnt ihr dazu beitragen, dass ein spektrenübergreifender Widerstand gegen Militarisierung und Krieg Wirklichkeit wird.

**Antimilitaristisch Campen!
Krieg beginnt hier –
Unser Widerstand auch!**



Camp-Orga

- www.warstartsherecamp.org

Unsere Solidarität gegen anhaltenden rechten Terror in der Ukraine!

Rote Hilfe e.V. richtet Spendenkonto für verfolgte Antifaschist*innen ein

Im Zuge der breiten Protestbewegung der ukrainischen Bevölkerung gegen die ehemalige Regierung konnten sich faschistische Gruppierungen in den vergangenen Monaten in dieser verankern und ihre Mitgliederstärke vervielfachen.

Sowohl auf dem Maidan-Platz in Kiew selbst als auch während der Auseinandersetzungen waren Gruppierungen wie „Der Rechte Sektor“ stets präsent und traten paramilitärisch auf. Nationalistische und rassistische Symbole und Parolen waren unübersehbar. Faschistische Parteien wie „Swoboda“ (Freiheit) warben um Akzeptanz auch im Ausland und gaben sich ungestört - im Verbund mit anderen, sich als „oppositionell“ bezeichnenden Parteien - als Vertreter*innen der „unzufriedenen Bevölkerung“ aus.

War es bereits in den Monaten zuvor riskant und gefährlich für linke Organisationen und Aktivist*innen, sich politisch zu betätigen, so hat der Terror rechter Gruppierungen seit dem bürgerlich-reaktionären Putsch ungeahnte Ausmaße angenommen. Büros der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) sowie weitere Projekte der linken Bewegung wurden gestürmt und verwüstet; es kursieren so genannte Todeslisten, die sich gegen antifaschistische Aktivist*innen richten. Protestaktionen gegen die sich nach dem Machtwechsel neu konstituierende Regierung sind aktuell lebensgefährlich, während diese laut über ein Verbot der KPU nachdenkt.

Hierzu erklärt H. Lange, Mitglied des Bundesvorstands der Roten Hilfe e.V.: „Unsere Solidarität gilt den Antifaschist*innen in der Ukraine, die aktuell massiver Verfolgung ausgesetzt sind. Durch die Zusammensetzung einer neuen Regierung unter Einbeziehung der faschistischen Swoboda -Partei steht zu befürchten, dass sich die staatliche Repression weiter verschärfen wird. Die Rolle der deutschen Bundesregierung, die an dieser Entwicklung offensiv beteiligt war, ohne auch nur ein Wort über die aktive Beteiligung faschistischer Gruppierungen zu verlieren, ist auf das Schärfste zu kritisieren.“

Die Rote Hilfe e.V. hat ein Spendenkonto eingerichtet, um verfolgte Antifaschist*innen im Kampf gegen die Repression zu unterstützen:

Kontonummer: 56036239

BLZ: 260 500 01

bei der Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39

BIC: NOLADE21GOE

Stichwort: „Antifa Ukraine“

Die Spenden werden linken Zusammenschlüssen in der Ukraine für Gefangenenhilfe, Unterbringung, Rechtsbeistand, medizinische Versorgung sowie Kampagnen gegen die Repression zur Verfügung gestellt. Wir rufen dazu auf, unsere Genoss*innen in der Ukraine in ihrem Kampf gegen die staatliche Repression und den rechten Terror politisch und materiell zu unterstützen.

**H. Lange für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.
Göttingen, den 01.03.2014**

Wer ist die Rote Hilfe?

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation mit zurzeit mehr als 6600 Mitgliedern. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter*innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch verfolgten in allen Ländern der Erde. www.rote-hilfe.de

Erklärung linker und anarchistischer Organisationen zu der Vereinigung „Borot’ba“

Wir, die Mitglieder der ukrainischen linken und anarchistischen Organisationen, erklären, dass die Vereinigung Borot’ba nicht zu unserer Bewegung gehört. Während der ganzen Dauer der Existenz dieses politischen Projektes hat sich die Zuneigung seiner Mitglieder zu den am meisten diskreditierten, konservativen und autoritären „linken“ Regimen und Ideologien gezeigt, die in keiner Weise die Interessen der Arbeiterklasse vertreten.

„Borot’ba“ hat sich als eine Organisation mit undurchsichtiger Finanzierung und Prinzipienlosigkeit in der politischen Zusammenarbeit erwiesen. Sie hat Mitarbeiter mit Gehalt, die in der Organisation arbeiten und nicht zu den sogenannten „freiwillige Mitglieder“ gehören. Teile von Borot’ba haben an gemeinsamen Aktionen mit der PSPU (Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine – einer antisemitischen, rassistischen, klerikalischen Partei, die in keinem Zusammenhang mit der sozialistischen Bewegung steht) teilgenommen sowie an Aktionen der Charkiver „Oplot“, einer regierungsfreundlichen antisemitischen und homophoben Gruppe; außerdem sind Kontakte mit dem berüchtigten Journalisten O.Chalenko, der offen für die Positionen eines russischen Großmacht-Chauvinismus eintritt, bekannt.

Die jüngsten Ereignisse zeigen, dass die Leitung dieser Vereinigung dem Beispiel der „Kommunistischen“ Partei der Ukraine gefolgt sind und offen die Interessen von Janukowitsch verteidigt, den Einsatz von Waffen durch die Sicherheitskräfte gerechtfertigt und die Akte ungerechtfertigter Gewalt und Grausamkeit, die Anwendung von Folter und anderer Formen von politischem Terror geleugnet haben. Die Vertreter von „Borot’ba“ nehmen auf den von ihnen kontrollierten Ressourcen und in ihren Medienkommentaren eine einseitige Position im Hinblick auf die Zusammensetzung der Protestbewegung ein. Nach ihren Angaben werden die Protestierenden auf dem Maidan ausschließlich von Nationalisten und radikalen Rechten unterstützt und zielen auf einen Staatsstreich (einen „faschistischen Putsch“) ab.

Wir vertreten antifaschistische Positionen und unsere Aktivisten waren häufig Opfer von Angriffen radikaler Rechter. Wir unterstützen nicht alle Ideen des Maidans und sind gegen die bourgeoise Opposition. Wir verurteilen ebenso konservative, nationalistische und radikal rechte Einstellungen, die in den Kreisen der Protestbewegung toleriert werden. Allerdings betonen wir, dass die Etikettierung aller aktiven Bürger als „Faschisten“ nicht nur falsch, sondern auch schädlich ist. Eine derartige Einseitigkeit schürt die chauvinistische Hysterie und teilt die Gesellschaft in einer Weise, die der herrschenden Klasse nutzt.

Am 24. Januar hat Oleksj Albu, Bezirksabgeordneter und Vertreter von „Borot’ba“ am Schutz des regionalen Verwaltungsgebäudes in Odessa vor „Nazis“ teilgenommen, gemeinsam mit russischen Kosaken und Nationalisten („Slawische Einheit“) sowie Mitgliedern der Partei der Regionen und der kommunistischen Partei. In einem späteren Interview gab er die Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsdienst der Ukraine zu. Am 1. März haben „Borot’ba“-Aktivisten gemeinsam mit Pro-Putin-Organisationen an dem Angriff auf die Charkiver Bezirksverwaltung teilgenommen, die im Hissen einer russischen Flagge und schweren Schlägen für viele Charkiver Maidan-Aktivisten gipfelte, unter den Opfern war der linke Schrifsteller Serhiy Zhadan. Die Mitglieder von „Borot’ba“ nennen all‘ das antifaschistische Aktionen und behaupten, dass diese gewaltvollen Übergriffe gegen radikale Rechte gerichtet gewesen seien.

Daraus schließen wir, dass die Anführer von „Borot’ba“ nicht nur die autoritäre sowjetische Vergangenheit unterstützen sondern auch bewusst die öffentliche Meinung manipulieren und als „Taschenrevolutionäre“ für die herrschende Klasse fungieren. Ihr aktuelles Verhalten hat nichts gemein mit linker Politik und Klassenkampf und ist ausgerichtet auf die Unterstützung von Pro-Putin-Kräften unter dem Deckmantel von „Antifaschismus“ und „Kommunismus“. Die Handlungen dieser Organisation diskreditieren sowohl ihren Namen (der von den revolutionären „Borotbisten“ [Kämpfern] zu Beginn des 20. Jahrhunderts kommt) als auch die moderne ukrainische Linke insgesamt. Zudem scheut Borot’ba sich nicht, offen zu lügen und Tatsachen zu manipulieren um dadurch ausländische Linke und Antifaschisten zu täuschen.

Wir rufen alle bewussten Revolutionäre, die noch Mitglieder bei „Borot’ba“ sind, dazu auf, diese rücksichtlose und pro-bourgeoise Vereinigung zu verlassen und alle politischen Beziehungen mit ihrer Führung einzustellen. Wir hoffen auch, dass die Europäischen und russischen Linken ihre Haltung zu „Borot’ba“ überdenken werden. Eine derartige Organisation muss isoliert werden.

**Keine Götter, keine Herren, keine Nationen,
keine Grenzen!**

Arbeiter aller Länder – vereinigt euch!

Autonome Union der Arbeiter, Unabhängige Studentengewerkschaft „Direkte Aktion“, Journal of literature and social critique ProStory, Tovaryshka.info, Anarchist Black Cross – Ukraine, Anarcha-feminist collective Good Night Macho Pride, Anti-Fascist Action Ukraine, Visual Culture Research Centre, Linke Opposition, Ivan Shmatko, Ostap Kuchma, Oleksandr Bogachenko-Mishevsky, Andriy Rosdolsky, Sviatoslav Stetskovych, Andriy Zdorov, Myroslav Chaikovsky, Serhii Ischenko, Pavlo Myronov, Vadym Gudyma (Left Opposition), Olga Papash

Rote Hilfe? Wer hilft da eigentlich wem?

Kritik an einem Spendenaufruf für Aktivist*innen in der Ukraine

Einige Wochen ist es schon her, dass die Rote Hilfe (RH) einen Aufruf veröffentlicht hat, hat Spenden für die Antifaschist*innen und Linke in der Ukraine zu sammeln. Wem will die RH konkret unterstützen? Sie selbst nennen zwei Organisationen, die sie als links und antifaschistisch bezeichnen: KPU und Borotba. KPU ist die ukrainische Nachfolgerin von KPdSU und benutzt gerne die Selbstbezeichnung „kommunistisch“. In der Tat vertritt die Partei die Einstellungen, die sich viel besser als rechts bis extrem rechts sich beschreiben lassen. In der Frage des Arbeiter*innenkampfes steht die KPU kontinuierlich an der Seite des Kapitals. So zum Beispiel mit ihrer Abstimmung für die Einschränkungen der Arbeiter*innenrechte im Parlament oder ihrer Reaktion auf den Aufstand in Zhanaozen (Kasachstan), wo ein Streik im Blut erstickt und mehrere Arbeiter*innen von der Regierungstruppen erschossen wurden. Diesbezüglich wurde ein Jubelartikel in der Parteizeitung der KPU veröffentlicht, in dem sie Nazarbajew für Stärke und Konsequenz gelobt haben. Da sie auch mit Stalinismus kein Problem haben, ist das nicht überraschend. Die KPU tritt auch für klerikale und „traditionelle“ Werte ein. So reichten sie im ukrainischen Parlament einen Gesetzesentwurf ein, nach dem „LGBT-Propaganda“ mit 2-5 Jahren Haft bestraft werden würde. Die KPU war gemeinsam mit der Partei der Regionen Hauptverbündete von Janukowitsch im Parlament. KPU-Abgeordnete haben auch für das Gesetz-Paket von 16. Januar 2014 gestimmt, welches das Land schlagartig in eine Diktatur verwandelt hat. Genau diese Gesetze ließen die zu diesem Zeitpunkt etwas abgekühlte Proteste eskalieren - kein Wunder, dass die KPU von der absoluten Mehrheit der Protestierenden gehasst wird.

Borotba ist eine viel kleinere, mehr medial als real existierende Organisation. Sie arbeiten offiziell zusammen mit unterschiedlichen Rechten. Seien es solche, die gerne SU-Symbolik benutzen, wie die KPU und die PSPU (antisemitische und rassistische Partei) oder mit traditionelleren pro-russischen extrem Rechten wie „Russkij Wostok“, „Welikaja Rus“, „Rus Trijedinaja“,

„Slawjanskoje Edinstwo“, „Oplot“ etc. Heute vereint diese Organisationen pro-Putin und pro-Kriegs Positionierung. Vorher haben sie auch Janukowitsch unterstützt. Ein Abgeordneter von Borotba aus Odessa hat sogar selbst in einem Interview bestätigt mit dem SBU (ukrainische Sicherheitsdienst) zusammen gearbeitet zu haben.

Diese Organisationen, wie auch pro-Putins Propaganda, reden gerne und viel von Antifaschismus. Darunter verstehen sie allerdings einen großrussischen Nationalismus und die Bestrebung einen möglichst starken, großen russischen Staat wiederaufzubauen. So ist es naheliegend, dass an der Seite dieser „Antifaschist*innen“ auch extrem Rechte direkt aus Russland kämpfen. Gleichzeitig wird die tatsächliche Beteiligung ukrainischer Rechter instrumentalisiert, um alle, die sich an der Maidan-Bewegung beteiligen, pauschal „Faschisten“ zu nennen. Dann sieht ein „antifaschistischer“ Kampf oft so aus wie Anfang März in Charkiv. Dort hat Borotba zusammen mit bezahlten pro-Regierung-Schläger*innen und pro-russischen Rechten ein von Protestierenden (darunter auch bekannte Linke) besetztes Lokalparlament geräumt haben. Dabei haben sie die Leute schwer verletzt, öffentlich gefoltert und erniedrigt.

Jetzt sammelt die RH Geld für diese „Antifaschist*innen“. Aus der Kommunikation, die einige Genoss*innen diesbezüglich mit dessen Bundesvorstand geführt haben, ergab sich bis jetzt keine klare Stellungnahme. Die RH versucht unsere Meldungen einfach zu ignorieren. Wir werden in der nächsten Zeit eine ausführliche Erklärung zu dem Fall vorbereiten und wahrscheinlich zum Boykott der Roten Hilfe aufrufen. Wir können nicht tatenlos zusehen, dass die Menschen, die sich selbst als links bezeichnen, die extreme Rechte in der Ukraine und Russland unterstützen. Dieses Verhalten seitens der RH zeigt nochmal die Notwendigkeit einer Antirepressionsstruktur, die frei von stalinistischen und generell autoritär linken Dominanz auskommt.

*einige Anarchist*innen aus der Ukraine
und Ex-Sowjet-Union*

Stellungnahme der Roten Hilfe e.V.

Nachdem in den letzten Wochen, vor allem aus anarchistischen Zusammenhängen, massiv Stimmen laut geworden waren, die sich kritisch bis ablehnend zur Rote Hilfe-Spendenkampagne für verfolgte Antifaschist*innen in der Ukraine geäußert hatten, sehen wir uns dazu veranlasst, eine klärende Stellungnahme zu veröffentlichen. Mit ihr soll, unter nachgereichtem Ausräumen aufgetretener Missverständnisse, den teilweise heftigen Verleumdungen und Boykottaufrufen gegen unsere Antirepressionsorganisation der Wind aus den Segeln genommen werden - in der Hoffnung, unsere diesbezüglichen Positionen nochmals klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Zunächst gilt festzuhalten: Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation mit zurzeit mehr als 6700 Mitgliedern. Die Ansprüche „parteiunabhängig“ und „strömungsübergreifend“ sind dabei weder ins Leere laufender politischer Selbstzweck noch hohle Phrasendrescherei, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Diskussionen inner- und außerhalb dieser Struktur. Diese politischen Kennzeichnungen bilden das leitmotivische Fundament, auf dem die gesamte Solidaritätsarbeit der Roten Hilfe e.V. beruht. Unterstützung und Solidarität durch die Rote Hilfe e.V. erfahren

dann „alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der BRD aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden“ (aus der Satzung). Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe e.V. aber auch „den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde“ (ebd.).

Dieser zuletzt angeführte Passus tritt nun bei der Spendenkampagne für die Genoss*innen in und aus der Ukraine in Kraft. Diese offiziell am 01.03.2014 eingeläutete Spendenkampagne für verfolgte Antifaschist*innen in und aus der Ukraine ist im klassischen Sinne das von der Roten Hilfe e.V. in die konkrete Tat umgesetzte Produkt internationaler Solidarität mit politisch Verfolgten in einem anderen Land dieser Welt. Überzeugte Antifaschist*innen aus der Ukraine, bei denen wir - analog zum Vorgehen hier in der BRD - weder nachprüfen, ob sie Mitglieder einer bestimmten Partei noch Sympathisant*innen einer gewissen Weltanschauung sind, haben sich in höchster Not, also in einer spezifischen historischen Situation extremer staatlicher Repressionsmaßnahmen gegen alles als „links“ Stigmatisierte, direkt an Genoss*innen aus einer Ortsgruppe der Roten Hilfe e.V. gewandt und sie um politische Unterstützung gebeten. Das hat also bereits an diesem ursprünglichen Aktivierungs- und Aufbereitungsgrund weder etwas mit einer Kommunistischen Partei noch mit „pro-russischem Chauvinismus“ zu tun.

Der Grund ist schlicht und einfach jener, der in einer anarchistischen Stellungnahme vom 21.03.2014 treffend zusammengefasst wird und in ähnlicher Form ja bereits Eingang in den Rote Hilfe-Spendenaufdrucktext gefunden hatte: „In zahlreichen Regionen [der Ukraine] gab es militante Aktionen von Rechtsradikalen. So wurde im westukrainischen Berehowe, wo die Hälfte der Bevölkerung zur ungarischen Minderheit gehört, eine Stadtratssitzung vom »Rechten Sektor« [faschistische Straßenmiliz] gestürmt. Rechtsradikale veröffentlichten eine Liste von Journalist*innen, die künftig besser nichts mehr veröffentlichen, und auch Schwarze Listen über Linke, Antifas und Anarchist*innen wurden erstellt. Eine ganze Reihe von ihnen musste untertauchen oder ins Ausland fliehen.“ (Quelle von indy.de)

Diese unter der Rubrik „Material und Neuigkeiten zu Anarchismus in Osteuropa und jenseits“ edierte Situationsbeschreibung von „a3yo“ ist eine aus Sicht der Roten Hilfe e.V. perfekt geeignete Präsentation, weil sie zum einen auf durchaus ernstzunehmende Art und Weise den Versuch unternimmt, eine „Zusammenfassung und Erklärung der Ereignisse in den letzten drei Wochen, mit einem Blick auf Russland“ abzuliefern, aber zum anderen in dasselbe Fahrwasser der RH-Diskreditierung gerät, wie wir es - nass erwischt - in den letzten fünf Wochen auch von anderen anarchistischen Gruppierungen erleben durften. An späterer Stelle heißt es in diesem Text, dessen soeben zitierte Stelle sich analytisch komplett mit den Erkenntnissen deckt, die letztendlich zur RH-Kampagne geführt haben: Borotba [das ist jene Partei, von der sich anscheinend zahlreiche linke Organisationen wie AnarchistBlackCross, die Direkte Aktion oder das anarchafeministische

„Kollektiv Good Night Macho Pride“ distanziert haben] habe „gute Verbindungen in den Westen. Ihre Sicht der Dinge wird von spanischen Stalinos ebenso weiterverbreitet wie von der jungen Welt, selbst wenn es sich um dreiste Propagandalügen handelt, und die Rote Hilfe e.V. sammelt für sie (und die Kommunistische Partei der Ukraine [KPU], die genauso rechtskonservativ und russisch-chauvinistisch ist)“ (ebd.).

Diese beiden a3yo-Zitate können wir, hier stellvertretend, nur als verbale Affronts verstehen. Denn sollte die Rote Hilfe e.V. solche „Gewerkschaften“ und Parteien aktiv supporten, dann ist dies laut Kritiker*innen ja bereits in unserer eigenen fundamentalen politischen Ausrichtung angelegt, also logisch-konsequentes Agieren auf der Basis der Unterstützung aller linken Strömungen. Die politische Lage in der Ukraine ist auch für die Rote Hilfe nicht eindeutig. Einerseits ist dies einer (immer noch) chaotischen Informationslage in der (radikalen) Linken der BRD geschuldet, andererseits eine Frage der (linken) Perspektive.

Es ist ausgeschlossen, dass linke allgemeinpolitisch tätige Organisationen pauschal von uns Spendengelder überwiesen bekommen. Diese Behauptung, die in den letzten Wochen vermehrt zur Verunglimpfung der Arbeit der Roten Hilfe e.V. benutzt wurde, wird auch durch häufige Wiederholungen nicht wahrer. Vielmehr solidarisieren wir uns vor allem mit einzelnen Aktivist*innen, die aufgrund ihres linken politischen Engagements kriminalisiert werden. Dabei ist für uns deren individuelle politische Weltanschauung nicht von Bedeutung: Ebenso wenig wie die Rote Hilfe e.V. bei Unterstützungsfällen in der BRD die Gruppen- oder Parteizugehörigkeit oder die ideologische Ausrichtung der betroffenen Aktivist*innen überprüft, so wenig ist für uns eine Kontrolle der Organisationsmitgliedschaft von verfolgten Linken in der Ukraine mit den Grundsätzen strömungsübergreifender Solidaritätsarbeit vereinbar. Denkbar sind aber Spenden an Vereine oder Bündnisse, um Antirepressionsprojekte im Kampf gegen die Angriffe des Staates zu unterstützen, wie Konferenzen, internationale Delegationen und vieles mehr. Dass sich sowohl die von uns unterstützten Gruppen als auch die politischen Aktionen und Projekte im Rahmen unserer Satzung bewegen müssen, versteht sich dabei von selbst.

Wir unterstützen alle verfolgten Linken in der Ukraine, unabhängig davon, ob sie sich in Parteien, Syndikaten, Gewerkschaften, Räten oder autonom organisieren. Deshalb freuen wir uns über die breite Solidarität, die uns bisher fast 7.000Euro an Spenden eingebracht hat.

In der Hoffnung, dass der derzeitigen staatlichen Repression in der Ukraine etwas Substanzielles entgegengesetzt werden kann. Solidarität mit allen von staatlicher Repression und faschistischem Terror Betroffenen in der Ukraine und überall!

**H. Lange für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.
Göttingen, den 15.04.2014**

Die Ukraine und die Misere der Linken

Der Traum davon, dass eine empörte Bevölkerung die Regierung zum Teufel jagen kann, ist der Traum aller radikalen Linken. Dieser Traum ist in der Ukraine in Erfüllung gegangen, wie es im Buche steht -- mit Selbstorganisation, Basisentscheidungen, Solidarität und so weiter. Es gibt nur einen Haken: die Revolution wurde von der falschen Seite gemacht. Die Verschwörungstheorien à la „junge Welt“ sollten niemanden täuschen. Welche Geheimdienste auch bei solchen Ereignissen mitwirken – sie können niemals so einfach Massenbewegung aus dem Boden stampfen, sie können diese lediglich unterstützen. Es ist wirklich so, wie es aussieht. Es ist eine Revolution – eine zutiefst antilinke Revolution. Die Empörung über unübersehbares Verwachsen von privaten Geschäftsinteressen und Regierungspolitik unter Janukowitsch führte zum Widerstand, aber keineswegs zu Hinterfragen von Staat und Marktwirtschaft. Ganz im Gegenteil – die Ziele der zweiten „orangenen Revolution“ sind diametral allem Linken entgegengesetzt. Mehr Nationalismus, gereinigt von jeglichem positiven Bezug auf die sowjetische Vergangenheit, Zollvertrag mit EU, IWF-Sparprogramm, NATO-Annäherung – so sieht die Agenda der neuen Regierung aus. Gründe dem Alten nachzuweinen gibt es allerdings nicht. Der von westlichen Medien hartnäckig als „pro-russisch“ titulierte Präsident Wiktor Janukowitsch hat sich lediglich die Frechheit erlaubt zwischen dem Angebot Russlands und dem der EU für den Beitritt zu der jeweiligen Zollunion abzuwägen. Das reichte schon, damit seine gewaltsame Entfernung aus dem Amt von Politik und Medien des „freien Westens“ tatkräftig unterstützt und bejubelt wird.

Auf einmal galten für die Ukraine die Regeln jeden noch so demokratischen Staates nicht mehr, wonach Bürger alles kritisieren dürfen, aber nichts durch Handlung verhindern, was ihre gewählten Repräsentanten beschlossen haben. Als die Protestierer Ministerien besetzten und der Moment kam, wo in jedem freiheitlich-demokratischen Ordnung Truppeneinsatz im Inneren oder gar Notstandsgesetze fällig wären, da hat sich herausgestellt, dass die Autoren von „Der kommende Aufstand“ zumindest in einem Punkt recht hatten. „Die Armee in den Straßen ist eine aufständische Situation. Die Armee im Einsatz ist das sich beschleunigende Ende.“¹ Ausnahmezustand ist das letzte Mittel eines jeden Staates, zu dem man nur greifen kann, wenn der Gewaltapparat loyal bleibt. Genau an dem Punkt konnte es für Präsidenten Janukowitsch keine Zuversicht geben. Alles deutete darauf hin, dass der ganze Gewaltapparat genauso gespalten war, wie das Land selbst. Ein Einsatzbefehl

1 Unsichtbares Komitee. Der kommende Aufstand. o.O., 2011. S. 87.



würde auf einen Bürgerkrieg hinauslaufen. Die grundsätzliche Spaltung der Bevölkerung führt auch alle Appelle an wirklich faire Wahlen ad absurdum. Denn demokratische Wahlen setzen voraus, dass die Verlierer bereit sind die Ergebnisse zu akzeptieren und genau das ist in der Ukraine nicht gegeben. Die neue Regierung aus Liberalen und sich radikaldemokratisch gebenden Faschisten hat dasselbe Problem, wie die Alte. Sie kann sich nicht auf die Streitkräfte verlassen und das machen sich ihre Feinde von Innen und Außen zu Nutzen. Als die in die Ostukraine zu „antiterroristische Operation“ gesandte Soldaten sich weigerten auf die „Separatisten“ zu schießen, wirkte selbe Mechanismus, wie davor, bloß diesmal gegen neue Machthaber. Nicht militärische Siege der Opposition stützen Regime, sondern die Weigerung des Gewaltapparates das Regime zu verteidigen. Jetzt sieht die Übergangsregierung in allen Protesten „lange Hand aus Moskau“, so wie davor die Medien von Putin und Janukowitsch Maidanproteste nur durch Machenschaften von CIA und Konsortien erklären konnten.

Die Linken in Russland und Ukraine haben in ihrer Hilflosigkeit meist doch noch irgendwie das kleinere Übel gesucht. Anarchisten, die ihre Leben auf der Seite der Maidan-Opposition gelassen haben, und die durch linke Medien geisternden MLer von „Borotba“, die im Osten „antifaschistischen Widerstand“ zusammen mit russischen Rechten organisieren, sind traurige Ergebnisse dieser Suche. Auch im Hinterland der interessierten Großmächte sieht es nicht besser aus. In Russland lassen sich viele Linke auf die „antifaschistische“

Rhetorik der Regierung ein – dass die oppositionelle Nationalbolschewistische Partei eilig Burgfrieden geschlossen hat und ihre Mitglieder als Freiwillige auf Krim geschickt hat, scheint nicht aufzufallen. In Deutschland trommeln Grüne zu Verteidigung der zarten Pflanze der ukrainischen Demokratie mit aller Wucht der NATO und Aufrufe von „euromaidanberlin“² geistern

durch linke Verteiler.

Ja, Maidan war für viele Linke sympathisch. Weil Linke im Allgemeinen und Anarchisten im Besonderen jede Auflehnung gegen staatliche Macht anziehend finden und nach den Inhalten nicht unbedingt fragen. „Protest ist gut – weil ist ja von unten“. Aber aus Maidan lässt sich viel lernen. Die rechte „Swoboda“-Partei und später der „Rechte Sektor“ hat das vorgemacht, wovon linke Organisationen immer nur träumen. Die haben mit basisdemokratischer Begründung jeden Kompromiss mit der Janukowitsch-Regierung torpediert, vollendete Tatsachen geschaffen, gemäßigte Fraktionen vor sich her getrieben. Mit basisdemo-

kratischen Argumenten haben sie verhindert, dass im Namen der Protestierenden Politiker reden, haben auf Abstimmungen gepocht. Die Jagd nach den Polizei-provokateuren wurde nicht nur von rechten Schläger-trupps geführt, sondern es bildeten sich – ähnlich, wie während „arabischen Frühlings“ -- Einwohnermilizen, die ihre Stadtteile von Provokateuren, aber auch von Plünderern (Polizei war nicht mehr präsent) schützten.

Ja, Selbstermächtigung der Bevölkerung und Selbstorganisation sind mächtige Mittel – aber das muss nicht mit Anarchie oder überhaupt mit etwas Linkem zu tun haben. Die Einwohner, die ohne Polizei für Ordnung sorgen, wollen irgendwann zurück zu ihrer Arbeit – rund um die Uhr patrouillieren soll wieder die Polizei.

Die aufständischen wollten Regierung stürzen und eine neue einsetzen. Die neue Regierung verspricht nicht viel mehr, als die Bereitschaft „nötige, aber lange verschobene“ Reformen in Angriff zu nehmen. Dass dies konkret bedeutet, dass für viele Ukrainer eine beheizte Wohnung im Winter unerschwinglich wird, das sagen inzwischen selbst die Maidan-Fans in westlichen Redaktionen offen. Die Oligarchen des Ostens, die man vor dem Machtwechsel als das Böse in Person darstellte, werden jetzt von der neuen Regierung offiziell in die politischen Ämter gehievt. Sehnsüchtigster Wunsch dieser angeblich auch so „prussischen“ Herren ist die Bewahrung der ukrainischen Souveränität und Einheit. Oligarchen sind sie schließlich geworden, indem sie eben den unabhängigen

Staat für die Vermehrung ihres Kapitals benutzen. Der Anschluss der Ostukraine an Russland wäre nicht in ihrem Interesse. Es sind Politiker von Janukowitschs „Partei der Regionen“ und berüchtigte Oligarchen, die bei Protesten im Osten auf die territoriale Integrität der Ukraine pochen. Die Theorien darüber, dass hinter jede größeren Bewegung Geheimdienste und fremde Mächte stecken, versagt dann, wenn die Bewegungen sich offensichtlich verselbstständigen. „Rechter Sektor“ weigert sich die erbeuteten Waffen abzugeben, „Separatisten“ im Osten weigern sich Vereinbarungen zwischen Russland und dem Westen als für sich bindend zu akzeptieren. Solche „verselbstständigte Faktoren“ werden sowohl EU, als auch Russland noch Sorgen bereiten, aber auch den versprengten Linken, die sich gegen „revolutionären“ und „konterrevolutionären“ Nationalismus wehren müssen.

Währenddessen rollt über die Ukraine eine Welle von Entlassungen im staatlichen Sektor und auf der in die Russische Föderation wiederaufgenommene Krim streiken vergeblich die Fahrer der Oberleitungsbusse, die seit drei Monaten kein Lohn mehr bekommen. Die „Unabhängige Gewerkschaft der Bergleute von Donbass“ fordert die Regierung zum härteren Durchgreifen gegen die Separatisten. Die eigentlichen Härten stehen noch bevor – wenn Ukraine vom Staatsbankrott gerettet werden muss.

Alexander Amethystow, 17-18.04.2014

›Euro-Maidan‹ – das laute Schweigen des Antifaschismus

Die Besetzung des Maidan Platzes in Kiew, Hauptstadt der Ukraine, fand in den staatsnahen Medien in Deutschland großen Zuspruch. Was in diesem Land, in Deutschland zu einem Staatsnotstand geführt hätte, wurde dort mit jeder nur denkbaren Sympathie bedacht: Besetzung öffentlicher Plätze und Gebäude, Barrikaden, Molotow-Cocktails. Bewaffnete Verteidigung, Angriffe auf die ›Staatsmacht‹ bis hin zum Aufruf, die gewählte Regierung zu stürzen. Alles war gut und legitim ...

Auch die (außer-)parlamentarische Linke in Deutschland fand freundliche Worte für den ›Aufstand‹. Schließlich ging es um den Kampf gegen eine korrupte Regierung, die den Reichtum ganz Weniger gegen die Armut ganz Vieler zementierte und forcierte. Warum wurde aus der anfänglichen Sympathie für einen ›Aufstand‹ verlegenes Schweigen, als sich herausstellte, daß sich Erwartungen und Projektionen nicht einlösten, sondern das genaue Gegenteil eintrat? Warum schweigt die antifaschistische Bewegung heute und hier zu der inzwischen allgemein bekannten Tatsache, daß der Erfolg des ›Aufstands‹ ganz wesentlich durch faschistische Kräfte getragen und von der deutschen Regierung offensiv unterstützt wurde?

Wiederholt sich hier ein Muster, das sich auf ähnliche Weise bei der Betrachtung der Unruhen in den Banlieues (Frankreich) oder England (Aufstand in Tottenham 2011) und an vielen Orten des ›arabischen Frühlings‹ gezeigt hat?

1. Vorbemerkung: Warum dieser Text?

Vom späten Herbst 2013 bis heute war unseres Erachtens in der Ukraine eine Auseinandersetzung von beispielhafter Bedeutung zu erleben. Abgesehen von den dramatischen Folgen, die die Ereignisse dort für die Bewohnerinnen und Bewohner der Ukraine hatten und haben, sehen wir in der Art und Weise, wie die Linke hierzulande darauf reagiert oder eher: überwiegend nicht reagiert hat, einen Anlaß, um grundsätzlich über diese Form der Reaktion nachzudenken.

Die folgenden Zeilen sollen also nicht eine bei uns beiden etwa vorhandene Expertise zu Fragen der Ukraine suggerieren. Wir informieren uns aus allgemein zugänglichen Quellen. Unsere Blickrichtung geht nicht nach außen, sondern nach innen. Sie fragt: wieso ist die deutsche Linke – und damit meinen wir vor allem die außerparlamentarische Linke – erneut nicht in der Lage, vielleicht strittig aber dann doch mehr oder

weniger gemeinsam auf ein Ereignis einzugehen, das wir aus den unten zu benennenden Gründen für mehr halten, als nur einen weiteren Putsch irgendwo, eine weitere farbige oder blumige „Revolution“, wie es deren in den vergangenen Jahren ja viele gab. Erneut stellen wir hauptsächlich Schweigen fest, in dieser Hinsicht ähnlich, wie das auch schon im Zusammenhang mit dem NSU und der Überwachung durch die NSA galt. Nicht, daß es nicht viele Verlautbarungen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen gegeben hätte. Aber wir vertreten die These, daß in allen drei Fällen überwiegend keine der Heftigkeit des Anlasses angemessene grundsätzliche Diskussion in der Linken stattgefunden, letztlich keine adäquate inhaltliche Positionierung gefunden werden konnte und darum den Herrschenden auch keine glaubwürdige praktische Antwort erteilt wurde.

Zur Frage des NSU hat Wolf Wetzel minutiöse Arbeit geleistet, publiziert sowie seine Thesen dazu in einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen vertreten.

Zur Frage der globalen Überwachung ganzer Staaten durch NSA und GCHQ (in Zusammenarbeit mit dem BND) gab es keine Versuche, diesen Vorgang aus außerparlamentarischer, linker, autonomer oder antifaschistischer Perspektive zu analysieren, um dann eine gemeinsame Praxis zu entwickeln.

Noch schlechter sah das in den Wochen von Mitte Februar bis Mitte März in der Ukraine-Frage aus. Hierzu gab es zB. in der Region Frankfurt lediglich eine Reihe von Blogtexten, die, beginnend mit dem 23. Februar, zunächst in der Form von Mails in antifaschistischen und linken Mailverteilern weitgehend erfolglos eine Diskussion, irgendeine Form von Selbstverständigungsprozess in der Linken der Rhein-Main-Region in Gang bringen wollten, ferner zwei immerhin recht gut besuchte Diskussionsveranstaltungen, die aber über eine eher deskriptive Beleuchtung der aktuellen Sachverhalte in der Ukraine kaum hinaus kamen und zur Frage des genannten Schweigens dazu hier kaum kamen. Das in allen drei genannten Themenfeldern zu registrierende, sicher von Fall zu Fall unterschiedliche Schweigen verstehen zu wollen ist unsere Perspektive auf die Ereignisse in der Ukraine. Wir sehen dabei an dieser Stelle von einem vermutlich uferlose Vorarbeiten erfordernden strukturellen Vergleich zwischen Reaktionen der Linken auf die drei genannten Komplexe ab, verweisen allenfalls von Punkt zu Punkt darauf und äußern Vermutungen zu den Gründen dafür.

Diese Sicht der Dinge aus unserer Perspektive zur Diskussion stellen zu wollen ist der Grund für den folgenden Text. Kritik, Zustimmung oder beides wäre uns sehr willkommen.

2. Öffentlich-rechtliche Sympathie für einen ›Aufstand‹

Selten hat man in Deutschland die Gelegenheit, mit dem Staatsfernsehen und den private-state-Medien zusammen so nah, so sympathisierend an einer Revolte teilzunehmen. Zur Primetime senden sie wochenlang live vom Maidanplatz in Kiew, wo Tausende den Platz besetzt halten, mit dem erklärten Ziel, die gewählte Regierung zu stürzen.

Bis zum Sturz der Regierung und der Ernennung einer Übergangsregierung, die kurz darauf vom herbeigeeilten französischen, polnischen und deutschen Außenminister de facto anerkannt wurde, wiederholte sich ein eingeübtes Spiel: nachdem man kurz auf das



Laufende gebracht wurde, was bisher passiert ist, wird live nach Kiew geschaltet. Die Reporterin berichtet vom friedlichen Protest der Menschen auf dem Maidan-Platz, hier schon gerne ›Euromaidan‹ genannt, berichtet von ihrem unerschütterlichen Willen, die gewählte Regierung zu stürzen, vom Mut der Menschen, sich keiner Repression zu

beugen. Man sieht Junge, man sieht Alte, man sieht traurige, man sieht entschlossene Menschen. Während die Reporterin das Bild vom friedlichen Protest und dem brutalen Regime ausmalt, laufen hinter ihr Männer mit (Gas-)Masken, mit Helmen, mit Schutzschilden und Molotowcocktails vorbei. Dann schwenkt die Kamera Richtung Barrikaden. Sie sind meterhoch aufgetürmt. Rauschwaden von brennenden Autoreifen steigen auf. Weit davon entfernt sieht man Polizeiketten, die sich hinter ihren Schildern verschanzen. Immer wieder werden von den Barrikaden aus Molotow-Cocktails Richtung Polizeikette geworfen.

All das, was wir als Zuschauer sehen, sieht die Reporterin auch und hält sie nicht davon ab, vom friedlichen Protest zu reden, der von einem brutalen Regime verfolgt wird.

Eigentlich müßte alleine das mißtrauisch machen: ein militanter Protest, der über Wochen ein Regierungsviertel lahmlegt, öffentliche Gebäude besetzt, Polizeieinheiten zurückschlägt/angreift und zum Sturz einer gewählten Regierung aufruft, genießt das Vertrauen und die Sympathie aller staatsnahen Medien in Deutschland.

Haben jetzt endlich staatliche Medien und die politische Klasse in Deutschland das Recht der Unterdrückten entdeckt, sich auch gewaltsam gegen ihre Unterdrücker zu wehren – selbst dann, wenn diese ›demokratisch gewählt‹ sind? Werden jetzt endlich

Gründe anerkannt, sich gewaltsam zu wehren, eine Regierung zum Teufel zu jagen, die dies ermöglicht bzw. aufrechterhält?

Ganz sicher nicht. Man möge sich vorstellen, was in Frankfurt, in Paris oder Madrid passieren würde, wenn sich dort Ähnliches ereignen würde.

Ganz sicher haben die hiesigen Medien nicht die geringste Sympathie für Unruhen. Aber sie helfen, eine Regierung aus dem Amt zu jagen, die den europäischen und westlichen Interessen nicht dient, die das Angebot, sich in die EU-Fight-Zone einzureihen, zurückgestellt hatte und dabei war, sich dem Konkurrenten der EU, der Russischen Föderation, anzudienen. Das ist keine leichtfertige Behauptung.

Beispiel: das ZDF hat jüngst zugegeben, mit der Übernahme zahlreicher »Fakten« in die eigene Berichterstattung gute Erfahrungen gemacht zu haben, die direkt vom »Ukrainian Crisis Media Center« übernommen wurden. Das hat es sich zum Ziel gesetzt hatte, nur ganz bestimmte politische Positionen zur Lage in der Ukraine weiterzugeben und alle anderlautenden Nachrichten als »russische Propaganda« zu verunglimpfen. »Finanziert wird die PR-Kampagne u.a. von George Soros, der ukrainischen Übergangsregierung und einer ukrainischen Tochtergesellschaft von Weber Shandwick, dem weltweit führenden PR-Unternehmen«. Eine seiner führenden Mitarbeiterinnen erklärt, sie sei stolz, eine Verehrerin des ukrainischen Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera zu sein.

So wenig es den EU-Ländern um die Beseitigung von Hunger, Ausbeutung und Korruption geht, weder im eigenen Land noch woanders, so sehr geht es darum, die Ukraine, (also deren Ressourcen, deren Wirtschaftsraum und geostrategische Lage) unter das EU-Diktat zu bekommen.

Daß die Unterstützer dieser Proteste aus den Reihen der EU und der US-Regierung dabei die Proteste auf dem Maidan-Platz vereinnahmten oder instrumentalisierten, kann inzwischen als belegt gelten (s.u.). Ob sie die Wünsche der Rebellierenden erfüllen werden oder ob ihnen diese so etwas von am Arsch vorbeigehen, soll hier erst einmal zurückgestellt werden. Die Antwort liegt auf der Hand.

Die geradezu mitreißende Sympathie derer, die in ihren eigenen Ländern selbst eine Sitzblockade mit allen Mitteln zu verhindern suchen, die Sonnenbrillen und aufgespannte Regenschirme für »passive Bewaffnung« halten und deshalb einen ganzen Demonstrationsblock einkesseln und festnehmen (wie anlässlich von Blockupy 2013), sollte also mißtrauisch machen.

3. Linke Reaktionen in Deutschland

Umso mehr verwundern die anfangs doch durchaus vorhandenen vorsichtigen Sympathiebekundungen aus dem linken, außerparlamentarischen Spektrum. Das ging so weit, daß im Koordinationskreis für Blockupy, dem Anti-Troika-Bündnis mit deutlich

antikapitalistischer Perspektive, Mitte Februar 2013 zur Diskussion gestellt worden sein soll, ob man sich den »Euro-Maidan-Protesten« gegenüber nicht solidarisch verhalten müsse. Es schien also für einen Moment antikapitalistischen No-Troika-AktivistInnen denkbar, die freiwillige, ja militant erkämpfte Unterordnung von Millionen UkrainerInnen unter das Diktat der Troika solidarisch (mit wem?) zu befördern. Liegt das an persönlichen Erfahrungen oder Berichten von für glaubwürdig gehaltenen Personen und Gruppen vor Ort, die, so hieß es zum Beispiel damals, Mitte Februar, »mit dem Aufstand fiebern«?

Liegt es an den Bildern von den vielen Mollies, die auf Polizeiketten geworfen wurden? Liegt es an den militanten Kämpfen, die dort tatsächlich ausgetragen wurden? Liegt es an der Entschlossenheit, dafür zu sorgen, dass das, was man nicht will, auch nicht länger geschieht? Sieht man dort alles, was hier so bitter fehlt?

Wussten wir, die verschiedenen Spektren der Linken, wofür die Leute auf dem Maidan-Platz kämpfen, wofür sie ihr Leben riskieren? Wussten wir mehr als das, was die Medien jeden Tag und jede Nacht als Motiv verkündeten: Die Menschen wollen einen Beitritt zur EU, wollen eine Regierung, die das EU-Assoziierungsabkommen unterschreibt?

Es gab vereinzelte Kontakte zu Menschen und Gruppierungen auf dem Maidan Platz. Was wollten sie tatsächlich, was wollen sie heute? Wollten sie mehr als eine neue, nun eine EU-konforme Gefängnisführung? Oder wollen sie weder eine russische, noch eine EU-Gefängnisleitung? Aber was dann? Nationale Unabhängigkeit? Einen ukrainischen Kapitalismus?

Erstaunlich in der Debatte, ob man sich mit den Protesten auf dem Maidan Platz solidarisieren müsse, war und ist unsere überwiegende Unkenntnis der realen Vorgänge vor Ort. Es geht nicht darum, ob ich zwei oder drei kennen, die auch auf dem Maidan-Platz gekämpft haben. Es geht darum, ob es nachvollziehbare Analysen und Einschätzungen gibt, was auf dem Maidan-Platz, mit den Kämpfen zum Sturz der Regierung mehrheitlich gewollt wurde und wird. Und natürlich vor allem darum, was dann für uns daraus praktisch folgt.

4. Ziele der Maidan-Bewegung

Wenn also das Wissen darüber, was die Mehrheit der Menschen mit dem Sturz der Regierung erreichen wollen, sehr marginal ist, hilft eine zweite Annäherung. Welche »Führer« hatte und hat die Bewegung? Was ist das Programm der »drei« auf dem Maidan besonders in den Vordergrund rückenden Führer Jazeniuk, Klitschko, Tjagnibok? Und aus der Perspektive von heute, zum Zeitpunkt, da wir diesen Text schreiben: was ist tatsächlich daraus geworden?

Sicherlich werden viele darin übereinstimmen, dass man eine Bewegung, eine emanzipatorische Revolte

nicht an ihren Mitteln erkennt, sondern an ihren inneren Strukturen, an der Weise, wie Entscheidungen zustande kommen, an den Zielen, die sie sich setzt. Wenn sie mehr als eine andere Regierung, also eine andere Form der Unterdrückung will, dann muß sich die Bewegung andere Formen der Repräsentation, andere Formen der Willensbildung, andere Mechanismen, Macht zu kontrollieren, zulegen.

Bisher ist eine solche ›neue‹ demokratische Struktur weder öffentlich vorgestellt noch als gemeinsame Agenda formuliert worden.

Das Gegenteil scheint doch offensichtlich der Fall zu sein. Zehntausende kämpften ›unten‹ auf der Straße und oben auf der Bühne (der Macht) gerierten sich drei Führer, die die Kämpfe auf der Straße als Kulisse für machtpolitische Entscheidungen nutzten, die mit den Wünschen der Kämpfenden (am Ende) sehr wenig zu tun haben werden. Zudem wird im Prozeß der Proteste überdeutlich, daß auch diese drei nicht uneingeschränkt selbst die Handelnden sind. Spätestens durch das geleakte Telefonat des US-Botschafters in Kiew mit der US-Außenpolitikerin Victoria (»Fuck the EU«) Nuland wurde ja Allgemeinwissen: die USA und die EU, genauer gesagt, deren deutsche Dominanzmacht BRD, präferieren auf dem Maidan unterschiedliche Protagonisten. Um es in der Sprache des Telefonats zu sagen: »Klitsch« ist der Mann der Deutschen (und der EU), »Yatz« ist der guy der USA. »I don't think, Klitsch should go into the government«, legte die US-Vertreterin am 6.2. 2014 fest, also zwei Wochen vor der Machtübernahme der ›Übergangsregierung‹ – und setzte sich durch. »Yatz« wurde der neue Chef.

Auch wenn diese ›Führer‹ zum Zeitpunkt des Telefonats (und danach) nicht gewählt sind, so genießen sie in unterschiedlicher Gewichtung die Sympathie derer, die auf der Straße kämpfen. Diese ›Führer‹ leben nicht alleine von der voluntativen Sympathie der Straße, sie werfen auch unterschiedliches Kapital ins Rennen. Auch das dürften jene ›unten‹ wissen, die die ›Führer‹ machen lassen, die diese Strukturen, diese Repräsentanz mehrheitlich anerkennen.

5. Wer mit wem gegen wen – zur Funktion des speziellen ukrainischen Nationalismus und zur Herausbildung der faschistischen Aktionsdominanz auf dem Maidan

Kennzeichnend für die innere Situation der postsowjetischen Ukraine ist der außerordentlich hohe Konzentrationsgrad von Vermögen und Macht in der Hand einiger weniger strikt kapitalistisch agierender Oligarchen (womit wir nicht behaupten, daß dies hierzulande grundsätzlich anders wäre, siehe unten). Wie Jörg Kronauer (german-foreign-policy.com) Anfang März in einer Frankfurter Veranstaltung darlegte, befindet sich etwa 40% des ukrainischen Vermögens direkt in der Hand von etwa einhundert Oligarchenfamilien. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen liegt offiziell bei 180 Euro pro Monat – die Oligarchen und ihren

Reichtum mit eingerechnet. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist bekanntlich extrem ungleichmäßig: im Westen eher Landwirtschaft, im Osten der Kohle-Stahl-Komplex des Donbass, dessen ökonomische Verflechtung mit der russischen Industrie dominiert. In dieser Situation agieren die Oligarchen der Ukraine in all ihren widersprüchlichen Interessen tendenziell am erfolgreichsten, wenn sie sich weder auf eine allzugroße Abhängigkeit von der Russischen Föderation, noch auf eine Vereinnahmung durch die EU einlassen. Sie leben von den Geschäften mit und zwischen beiden. Eine zu enge Anbindung an Russland scheint vielen von ihnen ebenso gefährlich wie eine zu starke Anlehnung an die EU. Die Gefahr bei letzterer wird ihnen in Südeuropa gerade an vergleichsweise erheblich stärkeren Volkswirtschaften vorgeführt: Troika-oktroyierte Austeritätspolitik mit dem Ziel der Schaffung einer weiteren Billiglohnzone in der EU, Abwicklung der vorhandenen

Industrie, weitere Verarmung der Bevölkerung.

Als es im Herbst 2013 zu antioligarchischen Protesten gegen die Regierung Janukowitsch kam, an de-



nen anfänglich auch linke Gruppen teilnahmen, kam es aufgrund der Tatsache, daß zeitgleich das EU-Assoziierungsabkommen verhandelt werden sollte, zu einer sofortigen geopolitischen Überlagerung des innerukrainischen Protests gegen die ›antieuropäische‹, die Fraktion des Russland-orientierten Donbass-Kapitals und Janukowitsch.

Wir gehen davon aus, daß diese Proteste im Verlauf der Zeit Dezember 2013/Januar 2014 einen anderen Charakter annahmen, als immer mehr Aktivisten offenbar vorwiegend aus den westukrainischen Städten in die Auseinandersetzung eingriffen: ›pro-europäisch‹ einerseits, extrem nationalistisch und in Teilen explizit faschistisch andererseits. Das geschah nicht nur spontan, sondern wurde aus dem Kreis der drei zu ›Oppositionsführern‹ sich herauskristallisierenden Personen Klitschko, Jazeniuk und Tjagnibok explizit mit dem Ziel der Eskalation orchestriert und belegbar alle paar Tage mit mindestens der Spitze eines EU-Staats, Litauen, minutiös abgesprochen, wie der geleakte Mailwechsel Klitschkos mit einem Mitarbeiter der litauischen Ministerpräsidentin zeigt. Das ebenfalls geleakte telefonische Eingeständnis Victoria Nulands (s.u. Anm. 19), die US-Regierung habe in den Umsturz in der Ukraine fünf Milliarden Dollar investiert, wird sich sicherlich auch nicht nur auf die Brötchen beziehen, die jene Politikerin medienträftig auf dem Maidanplatz verteilte (man stelle sich die gleiche Situation einmal mit einem hochrangigen russischen Aussen-

politiker während militanter und bewaffneter Proteste in einer US-Großstadt vor...).

Ob es eine irgendwie besondere Funktion des ukrainischen Nationalismus gab oder gibt, können wir an dieser Stelle nicht beurteilen. Klar ist aber: in der oben geschilderten Interessenlage der ukrainischen Oligarchie, die sicher in sich auch noch einmal widersprüchlich ist, wirkt eine Ideologie, die Staat und Gesellschaft weder an Russland noch an die EU angliedern möchte, im Interesse der Herrschenden. Hier bietet sich der ukrainische Nationalismus als gesellschaftlicher Kitt und als wirksame, weil populäre Ausdrucksform oligarchischer Interessen mit historischer Kontinuität an. Er allein vermag es in dieser Situation, Massen gegen deren eigene objektive Ziele auf die Straße und in den Kampf für den Sieg einer oligarchischen Elite-Fraktion zu führen, ohne daß sie etwa auf die Idee kämen, grundsätzliche Fragen ganz anderer Art, etwa die nach dem Sinn oligarchischen Eigentums überhaupt, zu stellen. Er hat, insbesondere in der Westukraine, also im jahrzehntelang durch immer wiederkehrende Grenzverschiebungen charakterisierten Gebiet, einen besonders militanten und reaktionären Charakter angenommen. Das hat eine lange, mindestens bis in die Zeit des 1. Weltkriegs zurückreichende Vorgeschichte. Diese Form des Nationalismus, organisatorisch mit den verschiedenen Fraktionen der ›Organisation Ukrainischer Nationalisten‹ (OUN) verbunden, war/ist in seiner Grundhaltung antisowjetisch/antirussisch, zugleich in besonderer Weise von der Überzeugung durchdrungen, daß eine unabhängige ukrainische Nation nur ›von oben‹ gegründet werden könne. Dieser autoritär und tief katholisch geprägte, bis zur Kollaboration mit dem Nazifaschismus bereite ukrainische Nationalismus dient als ideologischer Kitt im Interesse der wirtschaftlich am besten zwischen den imperialistischen Machtblöcken EU und Russland operierenden Oligarchie. Die zusehends von ihm mindestens aktionspraktisch dominierte Bewegung des Euro-Maidan wurde so zu einer chauvinistischen, antirussisch dominierten Militanz, deren weithin akzeptierte Vorbilder Stepan Bandera, OUN, die ›Geheime Aufstandarmee der Ukrainet‹ (UPA) und sogar die in der Zeit der Nazi-Okkupation aktive ›SS-Freiwilligen-Division Galizien‹ umfasste.

Kerstin S. Jobst weist zudem darauf hin, daß bis heute in der Ukraine weitere, bequem antisowjetisch bzw. antirussisch zu interpretierende nationale ›Mythen‹ tief verwurzelt sind: die Katastrophen des als ›Holodomor‹ bezeichneten Hungers in der Sowjetukraine von 1932/33 und die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986. Nationalismus geht in dieser Konstellation wie von selbst einher mit heftigen Haßausbrüchen gegen den russischen Außenfeind, innerer Zusammenhalt soll durch Abgrenzung gegen ihn konstituiert werden. Stepan Bandera und sein Bild, Standbilder für den

Mitbegründer und Führer des militanten Flügels der OUN, sind in der Westukraine von Stadtplätzen bis zu Fußballstadien allgegenwärtig. Sie waren es zunehmend auch auf dem Maidan, ebenso wie die schwarz-roten Fahnen der UPA, die noch nach 1945 bis Mitte der 1950er Jahre vor allem im Westen des Landes die Sowjetmacht bewaffnet bekämpfte, militärisch verdeckt unterstützt von der CIA. Bandera und die OUN kämpften nach dem ›Fall Barabarossa‹ an der Seite der Naziwehrmacht, von ihr finanziert, bewaffnet und geführt gegen die Sowjetunion, vulgo ›Russland‹, sie waren an antikommunistischen und antisemitischen Massakern wie dem von Lemberg im Juni 1941



nicht nur beteiligt, sondern führten sie durch: 7.000 Tote. Das ist allgemein bekannt, niemand bestreitet das ernsthaft. Ebenso sind es Fakten, daß die aktuelle Mit-Regierungspartei Swoboda sich ausdrücklich positiv auf Ban-

dera und die OUN bezieht, wie auch auf die ukrainischen Freiwilligen in der faschistischen Waffen-SS, die sie zu ehren pflegt. Folgerichtig ist sie Partnerpartei der deutschen NPD. Ihr zentraler Think-Tank trägt, wie im Bundestag aktenkundig gemacht wurde, den Namen des ehemaligen Reichspropagandaministers Josef Goebbels. Man tritt dieser Partei mithin nicht zu nah, wenn man sie als faschistische Organisation bezeichnet, auch wenn die deutsche Regierung das in voller Kenntnis der genannten Fakten bezeichnenderweise ausdrücklich anders sieht. Swoboda blieb nicht allein: mit und neben ihr agierte auf dem Maidan der bewaffnete ›Rechte Sektor mit seinen der UPA-Tradition entstammenden Fahnen, in seinen Reihen viele militärisch gut ausgebildete Männer aus den Zeiten der Sowjet-Armee oder anderer bewaffneten Gruppen. Sie waren keineswegs marginal, wie auf von westlichen JournalistInnen auf in Artikeln, Sendungen und über Twitter, den öffentlichen Medien, der Politik bis Ende Februar immer wieder behauptet wurde. Über die Rolle des rechten Sektors äußerte vielmehr Alexander Rahr, Leiter des ›Berthold Beitz-Zentrums – Kompetenzzentrum für Russland, Ukraine, Belarus und Zentralasien‹ bei der Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik:

»Der rechte Sektor war aus meiner Sicht entscheidend für den Umsturz, weil er eine Organisation ist, die auch bereit war, in Kampfhandlungen mit den Polizisten, mit den Sicherheitskräften einzutreten. Sie waren gut organisiert, sie hatten auch immer wieder einen Plan, wie sie angriffen, wie sie sich verteidigten, so dass sie einen großen Anteil am Erfolg des Maidans gehabt haben.«

Daß für Aktivisten aus diesem politischen Bereich regelrecht Sold gezahlt wurde, ist seit Victoria Nulands Telefongeplauder bekannt: Fünf Milliarden Dollar waren den USA ›Freiheit‹, ›Demokratie‹, ›Menschenrechte‹ sowie deren Durchsetzung mithilfe offener Faschisten wert; die EU wird sich zB. in Gestalt der Konrad-Adenauer-Stiftung und ähnlichen Einrichtungen nicht haben lumpen lassen. Behauptet wird auch, daß nicht zuletzt der heute als nächster Präsident des Landes in Aussicht genommene milliarden schwere Oligarch und Ex-Aussenminister der Ukraine, Petro A. Poroschenko, für die von allen westlichen Medien erstaunt vorgefundene perfekte Infrastruktur der Massenproteste auf dem ›Euro-Maidan‹ gezahlt haben soll.

Die Selbststilisierung von Sprechern des Rechten Sektors, sie seien »die Selbstverteidigungskräfte des Maidan«, lange Zeit von deutschen Medien und ›Ukraine-Experten‹ wie etwa Marina Weisband (Piraten) mitverbreitet, waren spätestens widerlegt, als von genau diesen Gruppen noch am Abend seiner Unterzeichnung am 20.2.2014 das von Klitschko (Konrad-Adenauer-Stiftung, UDAR), Jazeniuk (Vaterlandspartei) und dem Faschisten Tjagnibok (Swoboda) mit Steinmeier und seinen beiden französischen bzw. polnischen Amtskollegen plus Vertretern der Regierung Janukowitsch ausgehandelte Abkommen auf dem Maidan für nicht bindend erklärt wurde. Zugleich wurde für den kommenden 21.2.2014 vormittags der bewaffnete Sturm auf alle Regierungsgebäude angekündigt. Welche Rolle dabei die am Vortag erfolgten Angriffe von auf den Dächern postierten Scharfschützen, die offenbar auf beide Seiten, Berkut-Einheiten und Demonstranten, geschossen hatten, ist bis heute nicht abschließend geklärt. Daß es nicht zu einer von der ›Übergangsregierung‹ angeordneten Untersuchung der Verantwortlichkeit für bei dieser Gelegenheit etwa 80 getötete Menschen kam, veranlaßte den linker Sympathien sicher unverdächtigen estnischen Außenminister Paet in einem später wiederum geleakten Telefongespräch mit der EU-Außenkommissarin Ashton davon zu spekulieren, dies sei äußerst verdächtig und ein mögliches Indiz auf eine Verwicklung der hinter der ›Übergangsregierung‹ stehenden Kräfte selbst (›snipergate‹ – ein nicht unbekanntes Szenario). Da es eher im Interesse der heutigen Machthaber der Ukraine läge, diese Frage in ihrem Sinn zu klären, hat die Vermutung des estnischen Außenministers eine hohe Plausibilität. Wie aber kamen die rechten Kräfte, die ganz offen mit Wolfsangeln, Keltenkreuzen, Thor-Steinar-Jacken, SS-Runen, 14/18/88 – Codes usw. auftraten, in die Rolle, den Umsturz als seine aktivste militante Kraft prägen zu können?

Wir gehen davon aus, daß es nicht im Interesse der gesamten ukrainischen Oligarchie liegt, sich entweder Russland oder der EU zu unterwerfen, durchaus aber einzelne ihrer Protagonisten eine Ablösung der Regierung Janukowitsch betrieben. Hier gab es nun von langer Hand vorbereitet eine eher EU-orientierte und eine eher US-orientierte Fraktion (Klitschko vs. Jaze-

niuk), die allerdings beide weder als einzelne noch im taktischen Bündnis miteinander über genügend zivilgesellschaftliche Durchsetzungskraft verfügten, den dafür erforderlichen Sturz des Russland-orientierten Janukowitsch zu bewerkstelligen. Das ging nur im Dreierbündnis mit Swoboda, in dessen Gefolge dann auch der ›Rechte Sektor‹ agierte, offenbar aber relativ autonom – so sehr, daß nach einer vorläufigen Konsolidierung der Macht der Übergangsregierung einer ihrer populärsten Söldner, Oleksander Muzychko, durch ukrainische Polizisten regelrecht hingerichtet werden ›musste‹ – ob als ausser Kontrolle geratener Söldner oder unbequemer Zeuge, ist bislang unbekannt. Jazeniuk und Klitschko, dieses Bündnis der unterschiedlichen Fraktionen einer ›westlichen Wertegemeinschaft‹, genauer: der beiden imperialistischen Mächte USA und EU, bedienten sich also nicht nur bedenkenlos der Swoboda-Faschisten und seines ›Josef-Goebbels-Zentrums‹, sondern sie hätten, wie Osteuropa-Experte Rahr ausdrücklich bestätigte, selbst dann keine Chance ohne die militante Kompetenz des Rechten Sektors dazu gehabt. »Steinmeier demonstrierte mit seinem Kotau vor den Oligarchen und den Faschistenführern die Interessenidentität zwischen westlichen Kolonisatoren, ukrainischen Machthabern und deren nazistischen Fußtruppen«, faßt A. Schölzel das treffend zusammen, auch wenn sicher stimmt, daß es sich, wie er fortfährt, um ein Bündnis auf Zeit handelt.

6. Vom Schweigen der Lämmer: es gibt keinen Antifaschismus ohne Antiimperialismus

Das Ergebnis dieses Vorgangs seitens der deutschen Regierung als dominierende Macht in der EU feierlich abzusegnen, ist ein Novum und bisher in dieser Form nicht dagewesener Tabubruch. Trotz der reichlich erstatteten Hilfe aller bisherigen deutschen Regierungen seit 1949 für Militärdiktaturen und faschistoiden Regime blieb es dem Außenminister der Zweiten Großen Koalition der Berliner Republik vorbehalten, das Ergebnis eines als Pro-EU-Parteinahme gemeinten neoliberalen Putsches unter entscheidender Beteiligung offen auf den Nazifaschismus Bezug nehmender Kräfte salonfähig zu machen und auf die europäische Bühne der hohen Politik zu hieven, sowie ohne jede demokratische Legitimation mit dieser Übergangsregierung völkerrechtlich verbindlich gemeinte Verträge mit ihr abzuschließen. Völlig zu Recht spricht eine der wenigen sprachfähig gebliebenen antifaschistischen Organisationen der Ukraine, die Gruppe Borotba, von der aktuellen Regierung als der eines »neoliberal-faschistischen Blocks«. Diesen Block mit an die Macht gebracht zu haben und ihn mit dem Mittel der internationalen Politik den Rücken ›gegen Russland‹ zu stärken, ist nicht zuletzt das Verdienst des deutschen Imperialismus und seiner jahrzehntealten Tradition, die Ukraine seiner Machtsphäre einordnen zu wollen. Daß dies nach den beiden Fehlschlägen 1914-1918 und 1939-1945 nun als dominierende Kraft des Friedensnobelpreisträgers Europäische Union gelang, ist ein historischer Erfolg einer Politik, die man zu Recht als

»neuen Wilhelminismus« bezeichnen kann – exakt 100 Jahre nach 1914. In diesem Sinne hatte bereits 2007 der damalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Günther Gloser (SPD), die entsprechenden Versuche des deutschen Imperialismus während des Ersten und Zweiten Weltkriegs sowie mit dem Mittel der Europäischen Integration »kritisch« verglichen und war zu dem Schluß gelangt: »Wir haben in der jüngeren Geschichte dreimal sehr viel Geld investiert, und nur einmal ist eine positive Dividende dabei herausgekommen.«

Feind war damals wie heute immer wieder Russland, sei es als Zarenreich, als sowjetischer Systemgegner, oder, heute, als imperialistischer Konkurrent und Geschäftspartner zugleich. Läßt man die schäumende antirussische Propaganda nicht nur Julia Timoschenkos auf sich wirken, die aus der Berliner Charité heraus vom Atomkrieg bis zur persönlichen Exekution Putins ihren Vernichtungsphantasien folgenlos freien Lauf lassen durfte, sondern auch die fast täglichen Verachtungs- und Haßgesänge gegen den russischen Präsidenten als personifiziertes Böses und (nach Milosevic, Saddam Hussein, Ahmadinedschad, Ghaddafi und Assad) Widergänger Hitlers, oder Rußland als »gas station masquerading as a country« (US-Senator McCain), der ahnt, aus welchen Tiefen der antibolschewistischen Feindschaftspflege die Propagandamaschine hier schöpfen kann.

Es ist eine alte Wahrheit der radikalen Linken, daß ihr Platz in inter-imperialistischen Auseinandersetzungen nicht auf einer der beiden Seiten zu finden ist. Gerade die Geschichte des Ersten Weltkriegs zeigt das deutlich. Er wurde nur möglich dank der historischen Fehlentscheidung des gesellschaftlich dominierenden Teils der Sozialdemokratie Europas, für die jeweils eigene Bourgeoisie in den Krieg zu ziehen. In Deutschland wurde das bereits 1914 ausdrücklich mit dem Verweis auf den barbarischen, rückständigen, unzivilisierten und autokratisch regierten russischen Feind begründet.

Wir wollen anmerken: es gab damals auch ein keineswegs erfolgloses Gegenmodell. Von seinen Chancen sind wir heute Lichtjahre entfernt, wie der historische Vergleich besonders schmerzhaft deutlich macht: die Zimmerwalder Linke, Keimzelle der späteren Kommunistischen Internationale, griff 1915 eine Forderung der russischen SDAPR(B) vom Herbst 1914 auf und rief dazu auf, in jedem Land Europas den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zum Sturz der je »eigenen« Bourgeoisie umzuwandeln. Damit setzte sie, partiell und später zeitweilig erfolgreich, der nationalistischen Haltung der Parteien der II. Internationale eine internationalistische und klassenbezogene Position entgegen. In Rußland wurde diese Forderung 1917 erfolgreich einem Praxistest unterzogen.

Kräfte, die in der gegenwärtigen Situation Europas und der EU analoge revolutionäre Positionen vertreten, sind derzeit auf die EU als ganzes bezogen marginalisiert, wenn auch vorhanden. In der deut-

schen Linken aber, von der LINKEN über Blockupy bis zur Antifa in ihrer aktuellen Schwundstufe als Antifa 2.0, herrschen heute objektiv eher EU-„patriotische“ Illusionen und Stimmungen vor, nicht selten „antinational“ oder „antinationalstaatlich“ begründet, meist mit dem Ziel, die EU als irgendwie doch zivilisatorisches „Friedensbündnis“ nicht grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern auf reformistischem Weg zu „transformieren“, zu zähmen oder „neu gründen“ zu wollen, was, ohne die Existenz der EU als imperialistisches Staatenbündnis auf der Ebene seiner kapitalistischen Eigentumsverhältnisse aufzuheben, mit Sicherheit ein hoffnungsloses Unternehmen ist.

Das sind zwar scheinbar sehr viel weiterführende Fragen, doch gehen wir davon aus, daß hier einer der Gründe für das weitgehende Schweigen der deutschen Linken zu den Vorgängen in der Ukraine zu finden ist. Wir wollen angesichts der Ukraine-Krise festhalten und betonen: es war diese nicht zuletzt von Deutschland dominierte EU, ohne die es eine Regierung des »neoliberal-faschistischen Blocks« in der Ukraine niemals hätte geben können. Als Linke haben wir hierzu keine gemeinsame Sprache, schon gar nicht irgendwelche Formen adäquater Reaktionen den Herrschenden unseres Landes und ihrer nazitoleranten Ukrainepolitik gegenüber gefunden – nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß zum imperialistischen Staatenbündnis EU eine klar ablehnende Haltung derzeit nicht konsensfähig ist. Das lähmt uns empfindlich.

7. Wieviel Faschismus ist zum Sturz einer Regierung akzeptabel?

In den deutschen Medien hat es sehr lange gedauert, bis diese auf dem Maidan-Platz nicht nur freiheitsliebende und nach Europa drängende Menschen gesehen haben, sondern auch organisierte Faschisten. Irgendwann ließ sich diese Tatsache nicht mehr leugnen. In der zweiten Märzwoche brachte das TV-Magazin Kulturzeit von 3 SAT dieses wissentliche Unterschlagen zur Sprache. Die Moderatorin erwähnte die »sozialen Medien«, in denen immer öfters und hinreichend belegt der Einfluß und die Bedeutung nationalistischer und faschistischer Kräfte auf dem Maidan-Platz benannt und kritisiert wird. Sie fügte hinzu, dass man den (Staats-)Medien, also auch ihrer Sendung, bewußte Einseitigkeit und einen manipulativen Umgang mit den Fakten vorgeworfen hat.

Der anschließende Versuch, diese Vorwürfe zu entkräften, ist selbst wieder ein gutes Beispiel für fortgesetzte Desinformation. Natürlich habe man von »rechts-nationalistischen« und faschistischen Kräften gewußt (ohne zu sagen, dass sie in keinem Bericht vorkamen), deren Einfluß und deren Bedeutung werde aber bei Weitem übertrieben.

Einen knappen Monat später bekam man dann aber auch in offiziellen deutschen Medien Bilder und Szenen rund um den Maidan Platz zu sehen, die wochenlang aus den Filmberichten herausgeschnitten worden waren.

Nachdem man also ausdrücklich wochenlang sehr wohl um den wachsenden Einfluss paramilitärischer faschistischer Kräfte wußte und dies genau so lange unterschlug, versuchte man nun, deren Bedeutung auf die Größe eines Zwerges herunter zu reden.

Dass der Umgang von EU-Staaten mit faschistischen Organisationen und Parteien zwischen Sympathie, Nützlichkeit und Opportunität hin und her changiert, ist nicht besonders neu, wird aber selbst in antifaschistischen Kreisen nicht gern diskutiert, sondern selbst dort nicht selten als verschwörungstheoretischer Unsinn abgetan (Gladio, Oktoberfestanschlag, NSU). Dass genau dieser Umgang auch mit Blick auf die Rolle faschistischer Kräfte beim Sturz der Regierung gepflegt wird, ist also nur konsequent.

Nicht besonders erstaunlich ist darum ein ähnlicher Umgang der außerparlamentarischen Linken (Globalisierungsgegner, Blockupy-AktivistInnen usw.) mit der veröffentlichten Meinung zu den Vorgängen in Kiew. Dass sich Linke zu Beginn der Proteste gegen das autoritäre Regime in der Ukraine auf die Seite der Protestierende gestellt hatte, ist verständlich. Schließlich wusste man zu Beginn noch sehr wenig, was mit diesem Protest gemeint ist, wohin der Protest führen sollte. Und sicherlich waren zu Beginn auch antifaschistische, linke AktivistInnen beteiligt. Doch das Blatt wendete sich sehr schnell, lange bevor es in den Staats(nahen)medien aufgeschlagen wurde. Am weitesten trieb dies das in der Partei DIE LINKE agierende Netzwerk »marx21«, ehemals »linksruck«. Dort hatte man zunächst einen ukrainischen »revolutionär-sozialistischen« Gewährsmann der eigenen Weltsicht zu Wort kommen lassen, der Mitte Januar 2014 die Vorgänge als Ergebnis der Aktivität demokratischer Massenbewegung deutete und davor warnte, von Faschisten zu sprechen. Diese gebe es zwar, aber sie seien nun mal „»objektiv die mutigsten und buchstäblich kämpferischsten Teile der Bewegung Keiner geht so offensiv gegen die Polizei vor, wie die Ultra-Rechten«, was tatsächlich positiv gemeint war. Von Faschisten zu sprechen, verbiete sich. Klar seien da Rechte auf dem Platz, aber für die gebe es noch keinen passenden Begriff. Man dürfe die bejubelte Maidan-Bewegung »nicht den Rechten überlassen«. Faktisch lief das auf eine ideologische Stärkung der Positionen des deutschen Imperialismus hinaus. Vor Ort bedeutete es die friedliche Koexistenz mit Faschisten. Ähnliche Reaktionen gab es an an die Adresse der Verfasser dieses Textes, zB. auf die per Rundmail über das in der Region vielgelesene Netzwerk Rhein-Main-Plenum weitergegebene Information der israelischen Tageszeitung Ha'aretz zu Warnungen von Sprechern der jüdischen Gemeinde Kiews vor aktuell aufsteigendem Antisemitismus im Land. An dessen Existenz sowie an der antisemitischen Grundhaltung von OUN, UPA, Swoboda, kann kein vernünftiger

Zweifel bestehen. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum listet den Führer von Swoboda, Oleg Tjagnibok, Verhandlungspartner Steinmeiers, als den fünfgefährlichsten Antisemiten weltweit. Dennoch erfolgte auf die Bekanntgabe der Warnung vor deren Antisemitismus per Mail-Antwort von linker Seite auf diesen und ähnliche Texte die Mahnung, keine falschen Gerüchte zu verbreiten. Es habe schließlich nicht der Rabbi von Kiew, sondern nur dessen Stellvertreter entsprechendes geäußert. Und der sei als Verbreiter russischer Propaganda berühmt, fügte in gleichem Tonfall per Twitter die Journalistin und NATO-Korrespondentin Birgit Schmeitzner aus der Ukraine hinzu. Bezeich-

nende Übereinstimmung. Die gesamte sogenannte »antideutsche« und »antinationale« Linke bis hin zum »Kommunistischen Bündnis« ... ums Ganze« schwieg und schweigt zur Installation eines neoliberal-faschistischen Blocks in einem europäischen Land mit maßgeblicher Hilfe aus Deutschland.



Von Seiten eines als antifaschistischen Aktivisten geschätzten Stadtverordneten der Frankfurter Piraten kam, als hätte es noch nie so etwas wie internationale Solidarität gegeben, als Reaktion: was können wir von Frankfurt aus denn in Kiew ausrichten? Wenn schon eine klar ablehnende Haltung der Piraten zum faschistischen Putsch in Kiew parteiintern offenbar nicht Konsens ist: wenigstens eine Distanzierung seiner Partei von zahlreichen öffentlichen Auftritten ihrer Protagonistin Weisband, in denen sie unter Verweis auf ihre ukrainische Herkunft ausgiebig um Verständnis für »den Maidan« warb, ist unseres Wissens bis heute nie erfolgt, selbst jetzt, wo jeder sehen kann, was aus diesem sogenannten Aufstand geworden ist. Was tat die Linke in der Ukraine selbst? Wo blieb der kritische Blick der dort Beteiligten? Haben sie nicht gesehen, wie sich die Mitglieder des rechten Sektors zu »Helden« des Kampfes mauserten? Haben sie nicht gesehen, wer sich an die Spitze des Protestes gesetzt hatte? Wo ist die Linke in der Ukraine, die darüber berichtet, mit der die Linke in Deutschland in enger Verbindung und Austausch steht?

Was man auf dem Maidan Platz schon sehr früh hätte sehen, fühlen, riechen können, wurde erst dann unübersehbar, als es sich namhaft und ministerabel in die Übergangsregierung eingeschrieben hatte: Die nationalistische und faschistische Partei »Swoboda« stellt zwei Minister und den obersten Ankläger, den Generalstaatsanwalt Oleg Machnitskij. Außerdem wurde noch ein weiterer Kamerad in Geist und Tat in ein wichtiges Regierungsamt gehievt: Andrij Parubij wurde Sekretär des nationalen Sicherheits – und Verteidigungsrates. Davor war er alles, was rechts und

nationalistisch ist: Mitbegründer der neofaschistischen Sozial-Nationalen Partei der Ukraine, Vorläufer der heutigen Swoboda-Partei, Kandidat auf der Liste von Julija Timoschenkos Vaterlandspartei (2012). »Während der Euromaidan-Proteste galt Parubij als »Kommandeur des Maidan«, wobei er eng mit dem Führer des Prawy Sektor, Dmytro Jarosch kooperierte«.

Während also die nicht minder schwache Linke der Ukraine über zunehmende Übergriffe, Angriffe auf alles, was nicht national und vaterlandslieb genug ist, berichtete, begaben sich Teile der Linke in Deutschland auf eine geradezu beschämende Verharmlosungstour. Zeitgleich zum nachrückenden Mainstream erwähnte auch sie die Anwesenheit von Faschisten und Nationalisten in den Kämpfen gegen die Regierung, um sie dann im selben Atemzug zu marginalisieren – in ihrem Kopf, in ihrem Bewusstsein.

Ähnlich wie die Haltung der GROKO wurde die Bedeutung der Faschisten als unschönes Beiwerk abgehandelt, das den guten Absichten der revoltierenden Mehrheit (auf dem Maidan Platz, in der Ukraine?) nichts anhaben könne. Es war von Übertreibung (es fehlt nicht viel und das Wort Extremismus fällt) die Rede, wenn die Beteiligung von Faschisten am gewaltsamen Sturz einer Regierung, an einer Übergangsregierung als inakzeptable Zusammenarbeit kritisiert wurde.

Die ehemalige Geschäftsführerin der Piraten Marina Weisband, die in Kiew geboren ist und nun oft als Talkgast gefragt war, hatte für dieses faschistische »Randphänomen« griffige, sehr waghalsige Zahlen: Sie rechnete den Einfluss der reaktionären und faschistischen Kräfte auf dem Maidan Platz hoch und sagte folgenden Stimmenanteil bei den bevorstehenden Parlamentswahlen voraus: die reaktionäre Swoboda (Freiheits-)Partei käme auf zehn Prozent und der »Rechte Sektor« auf zwei Prozent der Stimmen. Während sie so vor einer Übertreibung des faschistischen Einflusses warnen wollte, merkte sie gar nicht, wie unerträglich selbst ihre vorsichtigen Schätzungen sind.

Man stelle sich vor, unter den 20.000 Menschen, die im Rahmen von Blockupy 2014 in Frankfurt demonstrieren könnten, würden sich 2.000 Nationalisten befinden, die nicht die geringsten Berührungängste mit Faschisten haben und 400 paramilitärisch organisierte Faschisten, die die Demonstration anführen und mit der Aufgabe betraut werden, jeden Versuch, die Demonstration aufzuhalten, zurückzuschlagen und die No-Troika-DemonstrantInnen einschließlich der Demonstrationsleitung würde das dankbar akzeptieren!

Wer ist schuld an der wachsenden Bedeutung faschistischer, nationalistischer Positionen innerhalb der Protestbewegung? Auch darauf gibt die Piratin Marina Weisband eine halsbrecherische Antwort. Bis zu gewalttätigen Zusammenstößen am 20. Februar 2014, bei denen sowohl DemonstrantInnen, als auch Polizisten gezielt ermordet wurden, sei der Protest friedlich und ganz ohne faschistische Einfärbungen gewesen.

Erst die brutalen Angriffe der Polizei, die Eskalation, habe dazu geführt, dass die Faschisten, vor allem der »Rechte Sektor« Zulauf bekommen haben. Anders gesagt: Die mittlerweile gestürzte Regierung sei an der Zusammensetzung ihrer Regierungsgegner schuld. Willenloser kann man einen Protest nicht machen!

Ein Protest, eine Bewegung, die mehr sein will, als Wegbereiter für eine EU-ergebene Regierung, die mehr sein will, als einer anderen Fraktion der ukrainischen Oligarchie an die Macht zu verhelfen, ist alleine dafür verantwortlich, mit wem sie sich verbündet, mit wem sie gemeinsam kämpft. Die Annahme, dass man sich der Faschisten bedienen kann, um sie dann wieder nachhause zu schicken, hat sich historisch und aktuell mehr als dumm erwiesen. Sie ist tödlich.

8. Das Ergebnis: Regierungen kommen und gehen – die Oligarchie, die Business-Class bleibt. Die Hundertschaft der Oligarchen

Wie wenig jene etwas zu sagen haben, die den Umsturz vollbracht haben, wie bedeutungslos die Wünsche und Hoffnungen jener sind, die auf dem Maidan-Platz gekämpft haben, zeigt sich nicht nur in der Ukraine – das kann man auch in vielen europäischen Ländern feststellen. Wie sagte es der CSU-Ministerpräsident Horst Seehofer einmal in einem lichten Moment: »Diejenigen, die gewählt werden, haben nicht die Macht, und jene, die die Macht haben, werden nicht gewählt.«

Das wußte auch der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier, als er im März 2014 in die Ukraine flog, um die neue Mannschaft der politischen und ökonomischen Player zu begutachten. Dass es dabei nicht so sehr auf das politische Personal, sondern zuvorderst auf die ökonomische Klasse ankommt, weiß neben Steinmeier auch die FR (wenn sie auf die wahren Machtverhältnisse in der Ukraine schaut): »Er will die politischen und wirtschaftlichen Akteure hier kennenlernen. Allerdings in umgekehrter Reihenfolge: Vor dem politischen Akteur, dem neu eingesetzten Gouverneur Serhij Taruta, hat Steinmeier den wichtigsten wirtschaftlichen Akteur getroffen, den ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow. Achmetow ist der reichste Mann der Ukraine und der größte Stahlproduzent der GUS. Ihm gehören hier ein Handelszentrum, das Hotel Donbas Palace und der Fußballclub Schachtjor Donezk samt Fünf-Sterne-Stadion, der Donbas-Arena. Als der ukrainische Übergangspräsident Olexander Turtshynow acht Tage nach dem Sturz Janukowitschs die Einsetzung des Multimillionärs Serhij Taruta als Gouverneur von Donezk bekannt gab, erklärte er zeitgleich, dies sei mit dem Stahl- und Kohlebaron Achmetow abgesprochen. Kurz, Achmetow gehört auch die staatliche Gebietsverwaltung von Donezk, nebst Personal und Inventar.«

Erinnert sich heute noch jemand daran, dass die Besetzung des Maidan-Platzes, die wochenlangen Kämpfe dort, ganz wesentlich von dem Willen und Wunsch getragen waren, die Macht der Oligarchie zu bre-

chen, die damit einhergehende Korruption zu beenden, kurzum eine Regierung zu stürzen, die (wie die Regierung unter Timoschenko zuvor auch) vor allem einem gedient haben: der Oligarchie im eigenen Land und den Geschäftspartnern im Ausland, mit denen man paktierte?

Und wer ist der von der Übergangsregierung ernannte Gouverneur von Donezk, Serhij Taruta, dem Steinmeier danach einen Besuch abstattete? Serhij Taruta stammt wie Achmetow aus der Region Donezk. Er konzentriert seine unternehmerischen Aktivitäten im Konzern Industrialnyj Sojus Donbassa. Dazu gehört die Stahlproduktion. Im Jahr 2007 kaufte Taruta zudem die Danziger Werft. Forbes schätzte sein Vermögen auf zwei Milliarden Dollar. Taruta hält sich wie sein Oligarchen-Kollege Achmetow zum Spaß auch einen Fußballverein: Metalurh Donezk, dessen Präsident er ist.

Wie skrupellos die neue Übergangsregierung das Land, also den gesellschaftlichen Reichtum, unter den Oligarchen aufteilt, beweist eine weitere Ernennung: Der Banker Igor Kolomojskij, der drittreichste Ukrainer wurde in Dnepropetrovsk zum Gouverneur ernannt.

Wie beschreibt die kapitalfreundliche Tageszeitung »Die Welt« das Stuhlrücken innerhalb der ukrainischen Oligarchie: »Eine Handvoll ukrainischer Wirtschaftsbosse hat die Macht im Land. Einige mussten jetzt das Weite suchen. Aber deren Plätze haben längst andere eingenommen. Ändern wird sich nichts.«

Was sagen die Tausende, die wochenlang für den Sturz einer Oligarchen-Regierung gekämpft haben? Was sagen die Tausende zu dem (vorläufigen) Ergebnis, dass sie nur das Ranking innerhalb der Business Class beeinflusst haben, nichts an ihrer eigenen, beschissenen Lebenssituation?

Selbst wenn es Stimmen dazu gibt, darf man sicher sein, dass diese – heute – sowohl in der Ukraine, als auch in Europa als störend empfunden und stumm gestellt werden.

Zumindest eine sehr treffende Aussage eines Aktivisten ist überliefert, der für dieses Schmierentheater nur noch Spott übrig hatte: »Es sieht so aus, als ob wir jetzt noch eine Hundertschaft der Oligarchen dazubekämen.« (Einige, viele der AktivistInnen auf dem Maidan Platz waren in Hundertschaften eingeteilt.)

Fakt ist eines: In der Ukraine hat vieles stattgefunden, nur keine Revolution. Die Macht- und Besitzverhältnisse wurden nicht angetastet. Im besten Fall wurde das Ranking innerhalb der ukrainischen Business-Class verschoben. Dafür ein »Aufstand«?

Geht man davon aus, dass die Anhänger der Swohoda-Partei und des »Rechten Sektors« mit dieser Entwicklung kein Problem haben, wenn es bei einem national-parfümierten Kapitalismus bleibt, dann

stellt sich die Frage, wie die vielen anderen Tausende diese Entwicklung betrachten, die wochenlang für den Sturz der Oligarchen-Regierung unter Janukowitsch gekämpft haben, um erst ohne, dann mit Wahlen eine Oligarchenregierung unter XY an die Macht zu bringen?

Haben all die Tausende nicht gewusst, wofür die drei Führer, die auf unterschiedliche Weise die Unterstützung der Maidan-BesetzerInnen hatten, wirtschaftspolitisch stehen?

Haben die zahlenmäßig kleinen linken Gruppen und Organisationen mehr gewusst? Und wenn ja, was haben sie mit diesem Wissen gemacht?

9. Rückwirkungen: Unser Schweigen hat Konsequenzen – vor allem für uns selbst



Und wir? Wussten wir Bescheid? Ab wann? Was haben wir selber getan? Die Linke, die Blockupy-Bewegung, die Antifa, die KapitalismuskritikerInnen? Wir haben geschwiegen. Und damit haben wir wider Willen zugestimmt, weil wir nicht in der Lage waren und sind, uns zu einem so

fundamentalen Vorgang eine gemeinsame Position zu erarbeiten und gesellschaftlich sichtbar zu machen, so deutlich, daß auch unsere GenossInnen in der Ukraine, so schwach sie sein mögen, Solidarität erfahren, hören, wie wir die Dinge an diesem Ende der Welt sehen. Schon gar nicht konnten wir auch nur den leisesten Versuch unternehmen, Steinmeier und Co. in den Arm zu fallen, und sei es auch nur symbolisch. Nichts dergleichen geschah. Es gab bis heute, keine einzige Demonstration, und von wenig bekannten, aber wichtigen Ausnahmen abgesehen (s.u.) keine einzige öffentliche Erklärung der außerparlamentarischen Linken zum faschistischen Putsch in der Ukraine.

Dass der Verlauf von Revolten nicht alleine vom Willen der Beteiligten bestimmt wird, dass Revolten sehr oft und meist viel besser organisiert als die Revolte selbst von politischen Kräften genutzt werden, die mit den Wünschen und Hoffnungen der Kämpfenden wenig bis gar nichts zu tun haben, ist keine brandaktuelle Neuigkeit.

Die schreckliche Tatsache, dass der »arabische Frühling« in Ägypten in ein Regime mündete, das man durchaus mit dem Regime unter Mubarak vergleichen kann, in eine abermalige Militärdiktatur, die man demnächst in Wahlen bestätigen wird, liegt gerade ein paar Monate zurück.

Wenn man – hier, aber auch dort, in der Ukraine, in Ägypten, in Tunesien – nach einer Phase der Begeisterung und Sympathie nicht in Sprachlosigkeit und Gleichgültigkeit verfallen will, dann muß man die Frage stellen: Was muß ein Protest, eine Revolte tun, damit sie nicht wieder und wieder um ihre Wünsche und Hoffnungen gebracht wird?

Wenn von Oligarchen in der Ukraine die Rede ist, dann schwingt gerne und absichtsvoll etwas Rückständiges mit. Was unterscheidet die kapital-gedeckte Klasse der hundert Reichsten in der Ukraine von denen, die sich als extreme Minderheit in Deutschland zu den Wirtschaftsbossen zählen dürfen?

Vielleicht meint man ja mit Oligarchie eine rückständige Form der Herrschaftsrepräsentation. In den alten kapitalistischen Staaten pflegt man es, dass die politischen Repräsentanten des Systems nicht identisch sind mit denen, die die wirtschaftlich Macht in den Händen halten. Man leistet sich doppeltes Personal. In der Ukraine scheint es derzeit augenscheinlich so zu sein, dass Konzernchefs, Wirtschaftsmagnaten identisch mit jenen sind, die politische Ämter innehaben. Vielleicht ist dieses ›rückständige‹ Modell auf eine gewisse Weise auch ein Fortschritt: Erstens spart man sich doppelte Kosten und Reibungsverluste. Zweitens verzichtet man damit auch auf die aufwendige Verkleidung derer, die Regierungen wie Hausangestellte halten.

Der Blick hinter die Barrikaden, der Blick auf die realen Machtverhältnisse ist um einiges schwieriger als die schnelle und folgenlose Solidarisierung mit den Revoltierenden. Die Sympathie ist in aller Regel eine ideelle, die in hohem Maße von der medialen Aufmerksamkeit gesteuert wird, auch wenn man sich selbst nicht zum Mainstream zählt. Tatsächlich schaltet die Linke oft schneller ab, wendet sich viel schneller vom Schauplatz der Revolte ab, als die meisten bürgerlichen Medien – die mit dem Ausgang der Revolte oft recht zufrieden sein können. Wo ist die Begeisterung für die Revoltierenden in Griechenland geblieben? Wer setzt sich mit den schweren Bedingungen der Kämpfe dort auseinander? Wer bleibt heute noch mit seinen Gedanken bei denen, die den ›arabischen Frühling‹ mitgetragen haben?

Anstatt die Schauplätze der Sympathie ständig zu wechseln, anstatt die Fehler ständig zu wiederholen, würde sich die Frage lohnen: Warum sind die Revolten so schnell niedergeschlagen? Warum schlagen Revolten so oft in Resignation und Ohnmacht um? Warum gehen Revolten so oft mit reaktionären, nationalistischen Hoffnungen einher? Warum ist die (parlamentarische und außerparlamentarische) Linke so marginal in den Revolten vertreten?

Zweifellos ist die Revolte gegen das Militärregime unter Mubarak genau so legitim, wie die militanten Kämpfe gegen die Troika-Politik in Griechenland oder das autoritäre Regime in der Ukraine.

Die entscheidende Frage ist also nicht, wogegen wir kämpfen – die entscheidende Frage ist, wofür wir kämpfen! Im Kampf gegen eine autoritäre, korrupte Regierung vereint sich recht Unvereinbares: nationalistische, rassistische Ideologien genauso wie religiöse, ökonomische und geostrategische Interessen, linke Ideen wie revolutionäre Vorstellungen.

Erst wenn kenntlich gemacht werden muss, wofür man kämpft, werden diese eklatanten Unterschiede

sichtbar. Erst dann wird sichtbar, was in eine konformistische Revolte mündet und was diese von einer antizipatorischen Revolte oder gar dem Beginn eines revolutionären Prozesses unterscheidet.

In der Ukraine lässt sich das sehr anschaulich beschreiben. Zu Beginn der Revolte gegen das autoritäre Regime Janukowitschs waren sicherlich die verschiedensten Motive und Vorstellungen auf dem Maidan Platz vertreten. Doch sehr schnell kristallisierte sich auf der Bühne des Protestes eine politische Richtung heraus, die deutlich und unübersehbar eine konformistische Revolte zum Ziel hatte: zwei von drei der sogenannten Führer des Maidan- Platzes vertreten im besten Fall unterschiedliche Flügel der ukrainischen Wirtschaftselite, der dritte ist ein Faschist. Alle drei Führer und ihr Gegner Janukowitsch gemeinsam hatten im besten Fall zwei verschiedene Gefängnismodelle im Visier: Anbindung an den EU-Fight-Club oder an die Russische Konföderation. In allen Fällen ging es um die Alternative, entweder zum einen oder zum konkurrierenden imperialistischen Lager zu gehören. Dass sich in beiden Varianten die elende Not, die katastrophalen sozialen Verhältnisse nicht wesentlich unterscheiden, darf angenommen werden. Die kommenden Monate werden zudem schnell zeigen: Wenn die vom Troika-Partner IWF geforderten ›strukturellen Reformen‹ erst einmal richtig greifen, werden es nach Lage der Dinge eher die noch weiter rechts stehenden Kräfte der ›nationalen Opposition‹ sein, die dem wahrscheinlichen Sieger der Wahlen vom kommenden Mai, Schokoladenmilliardär Petro Poroschenko, die Oppositionsrolle liefern. Eine scheinbare Alternative zu diesen beiden Modellen, in denen immer die ukrainische Business-Class gewinnt und menschenwürdige Lebensumstände für alle nicht vorkommen, bieten also in dem Konflikt nur die Faschisten. Sie fordern einen ukrainischen, ethnifizierte Kapitalismus, keine ›Fremdherrschaft‹ – womit sie nur meinen, dass man die Bevölkerung auch ohne fremde Hilfe ausbeuten und unterdrücken kann. Wo bleibt die Alternative der Linken zu den Führern auf der Bühne des Protestes und zur faschistischen Lösung des ›Rechten Sektors‹? Wie muss eine Alternative aussehen, die sich sowohl dem Kapitalismus russischer, Europäischer Prägung verweigert, aber auch einer ›nationalen Lösung‹?

10. Konsequenzen: Klarheiten schaffen, Antifaschismus neu definieren

Wenn man diese Frage stellt, spürt man die Ohnmacht, spürt man die politische und strategische Leere der Linken – nicht nur in der Ukraine, nicht minder in den meisten Europäischen Staaten. Wir sind als gesellschaftliche Kraft derzeit praktisch handlungsunfähig, weil wir weder unsere Gemeinsamkeiten genau genug kennen, noch unsere Unterschiede aushalten oder diskutieren können. In grundlegenden Fragen der Analyse unserer eigenen Gesellschaft sowie der noch viel wichtigeren Frage, in welcher Richtung wir dieses System verlassen wollen, sind wir uns in keiner

Weise einig und haben es uns in den letzten Jahren fatalerweise angewöhnt, zugunsten des gemeinsamen Handelns alle strittigen Fragen auszuklammern. Auf diesem Weg sind wir an einem Punkt angekommen, an dem wir einen von Deutschland maßgeblich mit angezettelten faschistischen Putsch überwiegend mit Schweigen übergehen. Damit überlassen wir nicht nur unsere ukrainischen GenossInnen ihrem ungewissen Schicksal. Wir haben auch unsere Straßen und Plätze hier, die Medien, mit wenigen Ausnahmen die öffentliche Meinung weithin den Herrschenden unseres Landes und ihrer, wenn es sein muß ohne Zögern auch der von ukrainischen Nazis gewaltsam durchzusetzenden imperialistischen Zielperspektiven überlassen. Daran werden wir erst etwas ändern können, wenn wir uns streitig und solidarisch über die Gesellschaft, in der wir leben, über ihren Staat und dessen Ziele, über das jeder emanzipatorischen Gesellschaftsperspektive feindlich gegenüberstehende Staatenbündnis EU/NATO und gegen alle Illusionen ihnen gegenüber so auseinandergesetzt haben, daß wir im Rahmen einer dem entsprechenden Analyse gemeinsam handlungsfähig werden. Die über Jahre gepflegten Unklarheiten in diesen Fragen scheinen uns nicht zufälliger Art zu sein. Sie sind es auch, die antifaschistische und radikale Aktivität jeder Art in der Frage des NSU und der NSA mit blockiert zu haben scheinen. Nie wurde wirklich offen, ausführlich und laut über so naheliegende und einfache Fragen diskutiert:

- wenn es wirklich stimmen sollte, daß der deutsche Staat eine faschistische Terrorzelle finanziert, mit aufgebaut, bewaffnet und gedeckt hat und bis heute deckt;
- buchstäblich milliardenfachen Grundrechtsbruch durch NSA und andere Geheimdienste, darunter auch den BND, aktiv vertuschen hilft;
- in der Ukraine im Frühjahr 2014 ohne mit der Wimper zu zucken einen neoliberal-faschistischen Block mit deutlichem positiven Bezug auf den Nazi-faschismus mit an die Macht gebracht hat, um die EU im Machtkampf mit den imperialistischen Konkurrenten USA und Russland in einer guten Position zu halten – was für ein Staat ist das dann, wie definieren wir ihn in der Theorie und welche Praxis für Antifaschistinnen folgt daraus?

Zur leider auch antifaschistischen ›Stille im Land‹ rund um den NSU-VS-Komplex wie auch zur Ukraine-Krise ist festzustellen: »Interessanterweise wird weder nach einer eigenen, wenn möglich aktuellen Faschismustheorie, noch nach der Notwendigkeit einer Staatsanalyse gefragt. Ist das Zufall oder Teil der Antifa-Krise?“ Europa steht seit einiger Zeit im Zeichen eines zunehmenden Rechtsrucks. Das weist möglicherweise auf einen tiefgreifenden Wandel des imperialistischen Herrschaftsmodells hin. Repression nach innen – Aggression nach außen. Das kann sehr unterschiedlich gehandhabt werden, von relativ konsensorientierten und individuelle Teilhabe sowie private Aufstiege in der Konkurrenz aller gegen alle garantierenden

Modellen in den Metropolen und nacktem Elend und brutaler Diktatur an der Peripherie.

Das muß aber nicht immer so bleiben. Wenn an der Peripherie alles abgegrast sein sollte, bleiben nur zwei Auswege für die Herrschenden in den Metropolen: neue Bereiche erobern oder im Inneren die Schraube weiter anziehen. Der Ukraine-Konflikt könnte ein Testlauf gewesen sein – mit Russland als dem nächsten, ganz großen Ziel, entsprechend der uralten ›Orangen-Theorie‹ des deutschen Imperialismus, zweimal schon versucht.

Dieser Testlauf dient als medienwirksame Illustration des Rufs nach deutscher »Weltpolitik« (Steinmeier) und mehr »Verantwortungsbereitschaft« (Gauck). Er findet in einer Zeit statt, in dem, wie die Teilnehmer des ›Bergedorfer Gesprächskreises‹ mit dem Schwerpunkt »Neuer Osten – Neue Mächte« der maschinenindustriellen ›Körper-Stiftung‹ schwärmen, »Deutschland« von allen anderen europäischen Mächten nachgerade »in den Fahrersitz gedrängt« werde .

Der Testlauf Ukraine könnte aber gleichzeitig durchaus auch dafür gedacht gewesen sein, zu sondieren, was wir uns alles stumm gefallen lassen. Unter diesen Bedingungen müssen wir auch über die Frage nachdenken, was wir, die bisherigen Erfahrungen nicht vergessend, sondern aufhebend, heute unter Faschismus verstehen wollen und wie antifaschistische Arbeit neu diskutiert werden muß. Heute, das heißt: in einer Situation, wo selbst in den Metropolen Teile des Sicherheitsapparats der Herrschenden zu immer weiter gehenden Formen des Unterschreitens bürgerlich-demokratischer Standards bereit sind. Und wir leben unter den Bedingungen des immer wieder spontanen Entstehens faschistischer Massenstimmungen ›von unten‹. Der Rechtsruck in Europa hat seine Wurzel darin, daß sich massenhafte Kritik an den Folgen kapitalistischer Verhältnisse aufgrund der Schwäche der Linken über-

all auf nationalistische oder gar faschistische Weise äußert, wie zuletzt in der Ukraine, aber auch in Frankreich, Griechenland, Ungarn. Denn was dort abgelaufen ist, ist, bei aller Besonderheit doch auch ein Phänomen, das wir europaweit beobachten können: Nationalisten und Faschisten überneh-



men, formulieren die ›Kritik‹ an den Auswirkungen des Kapitalismus von rechts. Die Linke ist weder inhaltlich und analytisch noch strategisch oder praktisch in der Lage, eine Alternative zur imperialistischen, höchsten Stufe des Kapitalismus zu formulieren, die auf einer glaubwürdigen Kritik der Fehler der bisherigen realsozialistischen Versuche basiert, eine solche Alternative praktisch aufzubauen und zugleich die Fehler

anderer radikaler Bewegungen nicht verschweigt – mit dem Ziel, dem vorgetäuschten Antikapitalismus der Faschisten und Nationalisten eine gesellschaftliche Alternative entgegenzusetzen.

Faschistische und rassistische Stimmungen von unten entspringen also aus der Mitte der Gesellschaft und ihren kapitalistischen Grundlagen. Sie erscheinen und wirken im alles durchdringende Kult der konkurrenten, auf Ungleichwertigkeitsbeziehungen bestehenden Formen menschenfeindlicher Bereitschaft, in der Fähigkeit, ja dem Wunsch zum Vergessen der eigenen Interessen zugunsten fantasiierter und irrationaler Ziele (ethnische oder kulturelle Überlegenheit, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, patriarchaler Sexismus, Homophobie, Obdachlosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und andere).

Da, wo beide ineinandergreifen können, die Politik einer quasi chirurgisch exakten kalten Strategie der aller konstitutionellen checks and balances entzogenen Herrschaft und faschistische, rassistische und nationalistische Stimmungen ›von unten‹, droht eine neue Qualität der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung. Sie droht nicht nur: wo beides heute schon zusammenkommt und sich, natürlich in letzter Instanz immer im Interesse der Herrschenden von EU und NATO, verbindet, wie in einigen baltischen Staaten, in Ungarn und nun auch in der Ukraine, sind neue Varianten reaktionärer bürgerlicher Herrschaft bis hin zu Formen eines modernisierten europäischen Faschismus auf dem Vormarsch.

Aber nicht nur dort. Die einzelnen Elemente einer solchen Entwicklung, kulminierend in einem seit anderthalb Jahrzehnten vorangetriebenen und dennoch gerade von antifaschistischer Seite wenig thematisierten, repressiven Staatsumbau, liegen auch in Deutschland zündfertig bereit, auch wenn sie derzeit noch nicht offen und flächendeckend benötigt werden, sondern eher verdeckt wie im Fall der staatlich geduldeten und gedeckten NSU-Morde angewandt werden. AntifaschistInnen in der EU und besonders in Deutschland haben gerade in der gegenwärtigen Situation deshalb unseres Erachtens eine besondere Aufgabe. Bundespräsident Gauck hat, im Rahmen einer gut orchestrierten PR-Kampagne der Großen Koalition, in seiner Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 auf das wachsende Bedürfnis ›Deutschlands‹ hingewiesen, »Verantwortung« zur Weltgestaltung, eines neuen Willens zu »Weltpolitik«, künftig auch in bewaffneter Form unter der eigenen Bevölkerung populär zu machen, assistiert von Verteidigungsministerin von der Leyen. Steinmeier hat fast zeitgleich in Kiew demonstriert, wie er sich das praktisch vorstellt. Dem assistierte auch Rebecca Harms, führende EU-Parlamentarierin der auch diesmal wieder besonders frenetisch bellizistischen GRÜNEN, deren Auslassungen zum Thema des neoliberal-faschistischen Putschs auf dem Maidan unter der kriegstrommelnden Überschrift »Diesmal muß die EU mehr Mut haben« in folgendem Bekenntnis gipfeln:

»Ich, die ich sehr zurückhaltend bin, was Flaggen und Hymnen angeht, habe 'Ruhm der Ukraine' gerufen und geweint, wenn immer zur vollen Stunde die Hymne angestimmt wurde.«

In dieser Situation eines aufsteigenden ›Neowilhelminismus‹ sind Antimilitarismus, Antiimperialismus und Antifaschismus aus Gründen ihres wachsenden inneren Zusammenhangs zwar sicher noch immer begrifflich und politisch zu unterscheiden, aber in der Praxis nicht mehr sinnvoll voneinander zu trennen (wenn sie das denn je waren). Es spricht alles dafür, daß die Verhältnisse, aus denen Militarismus, Imperialismus und Faschismus entspringen, endgültig nur zu besiegen sein werden, wenn dem kapitalistischen Grundverhältnis der Herrschaft, das ohne die Vorstellung der Ungleichwertigkeit gesellschaftlicher Beziehungen aus seinen innersten Gründen nicht auskommen kann, endlich der Garaus gemacht wird.

Die Vorgänge um NSU, NSA und Ukraine lehren auf je ihre Weise: Antifaschismus wird künftig auf neue Weise explizit antikapitalistisch, antiimperialistisch und antimilitaristisch sein müssen. Gelingt das nicht, droht der antifaschistischen Linken in Deutschland in absehbarer Zeit trotz eventuell weiterer und durchaus verdienstvoller, halbwegs erfolgreicher ›Nazis-Verhindern‹ – Auftritte Verständnis-, Sprach- und Tatenlosigkeit bis zum klinischen Tod.

Was das für Theorie und Praxis antifaschistischer Arbeit in diesem Land heißt, muß gemeinsam formuliert und praktisch erprobt werden. Wir plädieren dafür: bevor die weiter notwendige Arbeit des Aufbaus breiter Bündnisse dafür immer wieder in Angriff genommen wird, sollten wir inhaltlich klären, worin heute und morgen inhaltlicher Kern und strategisches Ziel des Antifaschismus besteht.

Eine sehr erfreuliche Stellungnahme der Gruppe ›Siempre Antifa Frankfurt‹ soll hier ausdrücklich erwähnt werden:

»Spätestens nach der Flucht des Ex-Premiers Janukowitsch und des Übertritts von Teilen des Polizeiapparats zur Euromaidan-Bewegung wird klar, dass sowohl die faschistische Partei ›Swoboda‹, als auch das paramilitärische neo-nazistische Sammelbecken ›Rechter Sektor‹ eine zentrale Rolle in den Protesten gegen die Regierung gespielt haben. (...) Bereits jetzt ist klar, dass es sich bei der Euromaidan-Bewegung nicht um einen Aufstand handelt, der die Interessen der Mehrheit der unter elenden Verhältnissen lebenden Bevölkerung in der Ukraine zum Ausdruck bringt, sondern um den Kampf zwischen den Machtinteressen zweier korrupter Eliten, die sich wiederum an den Interessen externer Machtblöcke (EU/Russland) orientieren.« siempreffm.blogspot.de

Hans Christoph Stoodt und Wolf Wetzel

Dieser Text enthielt 4 Seiten Fußnoten/Quellenbelege, die wir rausgekürzt haben. Ihr findet ihn vollständig bei: wolfwetzel.wordpress.com

Der faschistische Staat und die Verfolgung von politischen Oppositionellen

Seit dem Putsch im Juli hat das faschistische Militärregime in Ägypten fortwährend seine politischen Gegner_innen verfolgt. Die schlimmste Repression erlitten Anhänger_innen der Muslimbruderschaft. Aber auch Anarchist_innen, linke Aktivist_innen, Arbeiter_innen, Journalist_innen und zivile Organisationen sind von Repression betroffen.

Heute, am 28. April 2014, hat ein ägyptisches Gericht in Minya 683 mutmaßliche Anhänger_innen der Muslimbruderschaft zum Tode verurteilt, führende Mitglieder der Muslimbruderschaft eingeschlossen. Sie wurden schuldig befunden im Zuge von gewalttätigen Pro Morsi Besetzungen des Nahda Platzes und des Rabaa Platzes im August letzten Jahres die Adawa Polizeistation angegriffen und einen Polizisten getötet zu haben. Letzten Monat wurden 529 Anhänger_innen der Muslimbruderschaft zum Tode verurteilt, weil sie eine Polizeistation in der selben Provinz angegriffen haben sollen. Das Urteil wurde gesprochen obwohl es Beweise gab, dass viele der Angeklagten am besagten Tag nicht am Tatort waren und obwohl einige der Angeklagten angaben keine Anhänger_innen der Bruderschaft zu sein. 492 der im März verhängten Todesurteile wurden nun in lebenslange Haftstrafen umgewandelt.

Nach der Amtsenthebung des ehemaligen Präsidenten Mohammed Morsi haben sich Anti-Putsch Proteste in ganz Ägypten ausgebreitet. Ein großer Teil dieser Proteste fordert die Wiedereinsetzung Mohammed Morsis. Der Staat benutzt Sicherheitsrhetorik - mit der Rückendeckung eines Großteils der Bevölkerung - um rigoros gegen die Muslimbruderschaft und Gegner des Putsches vorzugehen und die Rückkehr des Militär- und Polizeistaates einzuläuten. Mithilfe der Sicherheitsrhetorik produziert das Militärregime Staatsfeinde um seine anhaltende Vormachtstellung zu rechtfertigen, sich Gehorsam zu sichern und politischen Widerstand zu beseitigen. Es ist eine Strategie, die von Kolonialmächten gelernt und übernommen wurde. Ungeachtet unseres politischen Widerspruchs gegen die Muslimbruderschaft und gegen die Rückkehr Morsis müssen wir den repressiven Taktiken des Staates gegen Protestierende und den staatlich abgesegneten Ermordungen von politischen Gegner_innen entgegentreten.

Das Militärregime toleriert keine abweichenden Meinungen. Auch heute hat ein ägyptisches Gericht die „Jugendbewegung 6. April“ verboten, welche eine Schlüsselrolle in den Aufständen 2011 gegen Hosni Mubarak spielte. Das Gericht in Kairo beschuldigte die Gruppe der Spionage, der Beschmutzung des Ansehens des ägyptischen Staates und der Verschwörung gegen die nationalen Interessen des Landes. Ahmed Maher und Mahammed Adel, zwei prominente Akti-

visten der „Bewegung 6. April“, wurden zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, wegen Verletzung des neuen Versammlungsgesetzes, welches eine polizeiliche Erlaubnis für Demonstrationen vorsieht.

Am 22. April wurde der Prozess gegen drei Aljazeera Journalisten auf den 3. Mai verlagert. Sie sind angeklagt Verbindungen zur Muslimbruderschaft zu haben und falsche Informationen verbreitet zu haben. Peter Greste, Mohammed Fahmy und Baher Mohamed sind bereits seit 121 Tagen in Haft. Ein weiterer Aljazeera Reporter, Abdullah El-Shamy, der am 14. August verhaftet wurde, während er über die Rabaa Besetzung berichtete, befindet sich seit dem 21. Januar im Hungerstreik. In einem Brief aus dem Gefängnis schreibt er: „Ich habe mich für den Hungerstreik entschieden um ein paar Botschaften zu senden; eine an alle Journalist_innen, die sich entschieden haben Fakten zu fälschen und die Verletzung der Pressefreiheit zu decken, die andere an die ägyptische Junta; ich habe keine Angst davor mein Leben im Kampf für die Freiheit zu verlieren. Nichts wird meinen Willen oder meine Würde brechen.“ El-Shamys Gesundheitszustand verschlechtert sich zusehends. Am 28. März wurde die 22 Jahre alte Journalistin Mayada Ashraf erschossen, als sie gerade über die Zusammenstöße zwischen Anhänger_innen der Muslimbruderschaft und der Polizei im Osten Kairos berichtete. Nach Augenzeugenberichten wurde der Schuss von Sicherheitskräften abgegeben. Das in Amerika ansässige „Committee to Protect Journalists“ hat Ägypten zum dritt tödlichsten Ort für Journalist_innen erklärt, nach Syrien und dem Irak. Die Message an Journalist_innen ist eindeutig: Ausschließlich vom Staat gebilligte Narrative werden toleriert.

Am Samstag, den 26. April vereinigten sich nicht-islamistische Oppositionsgruppen um zum Präsidentenpalast zu marschieren und die Abschaffung des neuen Versammlungsgesetzes und die Freilassung der Inhaftierten zu fordern. Sie riefen Sprechchöre gegen Sisi und gegen die Rückkehr Morsis um ihre Ablehnung sowohl gegen einen militärischen als auch einen religiösen Staat zu erklären und ihr Bekenntnis zu den ursprünglichen Zielen der Revolution für Freiheit, Würde und soziale Gerechtigkeit zu beteuern.

Seit der Machtenthebung Morsis wurden im Zuge der staatlichen Repression mindestens 16.000 Menschen festgenommen, mehr als 2.500 getötet und 17.000 verletzt.

**Nieder mit dem faschistischen Militärregime!
Freiheit für alle Gefangenen!**

Leila Shrooms für Tharir-ICN - tahriricn.wordpress.com

Europas einstürzende Neubauten

Eröffnung der neuen Europäischen Zentralbank | Frankfurt am Main | Herbst 2014

Aufruf der Destroika zu einer fantastischen Widerstandsbegegnung

Generalstreiks ohne Auswirkungen, "Aktionstage" ohne Einfluss auf irgendein Ziel, das diesen Namen verdiente; überall – in Portugal, in Spanien, in Italien, in Griechenland – scheinen die Kämpfe über ihren nationalen Bezugsrahmen zu stolpern. Die nationale Ebene, die lange Zeit das Feld der politischen Aktion war, sei es für den Staat oder für die Revolutionäre – ist zur Ebene der Ohnmacht geworden. Eine Ohnmacht, die nationalistische Wut an Boden gewinnen lässt.

Für uns ist der nationale Bezugsrahmen vorbei und gegessen, und das nicht nur, weil die Nation ohnehin schon immer reaktionärer Dreck war. Hier gibt es nichts mehr abzutrotzen. Der Staat tischt auf, was immer die Troika anrichtet. Für uns gibt es nur noch lokal und international.

Die "Troika" aus Europäischer Zentralbank (EZB), Internationalem Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Kommission regelt und verwaltet nicht nur ganze Staaten, Haushalte, Regierungen, sondern bestimmt die Lebensbedingungen der Menschen, reduziert sie auf Humanressourcen. Das Gefühl, vom selbsternannten Kerneuropa überrumpelt und beherrscht zu werden, ist in vielen Teilen der Welt tagtäglich spürbar.

Wer ein wenig die Methoden des IWF studiert, weiss, dass sie sich nicht auf eine "Schockstrategie" beschränken. IWF und Weltbank verfolgen eine Doppelstrategie: die Brutalisierung der Gesellschaften durch eine gewaltsame Umstrukturierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Abfederung dieses Schocks durch Kleinkredite, die Ermunterung zur Gründung kleiner ökonomischer Einheiten. Das Ziel: aus allem und jedem überall Unternehmen machen. Aber auch die viel zitierte soziale und solidarische Ökonomie ist kein geeignetes Heilmittel gegen die Schockstrategie, sondern deren effektive Ergänzung. Wir wollen keine bessere Ökonomie, wir wollen das Ende der Kalkulation, das Ende der Evaluation, das Ende der Messung, das Ende der Buchhaltermentalität, in der Liebe wie in der Werkstatt.

Tatsächlich erleben wir eine absichtliche Zerstörung des Sozialen, eine zielgerichtete Verelendung, eine beschleunigte Konzentration von Reichtum und Macht und ein bewusstes Bedienen rassistischer Ressentiments. Deutschland als Europäischer Taktgeber all dessen, ist der richtige Adressat für alle, die Ziel dieses sozialen Angriffs sind. Ob Flüchtlinge, die ihr Leben riskieren, Prekarierte, die mehr und mehr um ihre Existenz fürchten oder der Mittelstand, der mit seiner Sicher-

heit auch die letzte Illusion verliert – wir werden sehen, wer sich mit uns gemeinsam auf den Weg macht. Es wird Zeit, uns unser Leben zurückzuholen, Gemeinschaft neu zu erfinden und zu organisieren.

Für viele war es genau das, was auf den Plätzen in Tunis, Kairo, Madrid, Istanbul passierte und was weiterlebt in den Vierteln von Thessaloniki, Rom und Barcelona – überall dort, wo wir das Geld, die Techniken, das Wissen und das ganze Leben rund um gemeinsame Orte teilen.

Heute lokal, morgen Frankfurt

Wir haben nicht vor, unsere strukturellen Fehler aus der Anti-Globalisierungsbewegung zu wiederholen: Wir wollen keine professionellen Aktivist_innen, keine rituellen Tumulte, keine abstrahierten und teils sinn-

entleerten Parolen, die unseren Widerstand haben erstarren lassen. Nicht ohne Grund haben es einige von uns an einem bestimmten Punkt der Bewegung vorgezogen, sich lokal zu verankern, sich der Abstraktion des Globalen zu entziehen, um wieder ein bisschen Wirklichkeit zu finden. In der ausgehenden Anti-Globalisierungsbewegung war uns die vernetzte Luft zu

dünn geworden, wir sahen, dass wir ohne eigene Zentren, ohne Land, ohne eine materielle Kraft an echten Orten zu entwickeln, die wir rückhaltlos gemeinsam mit Herz und Hand bewohnen, bald auch nichts anderes sein würden als Politiker_innen, Repräsentant_innen, Verwalter_innen. Bewegungen zu konstruieren, eine neue Linke zu konstituieren nährt nur neue Illusionen.

Wir stellen fest, dass "lokale Kämpfe", wie derzeit um Wohn- und Lebensräume, an Bedeutung gewonnen haben. Einige von ihnen können sogar mit großer Ausstrahlung das Tempo der Auseinandersetzung eines ganzen Landes vorgeben: Val de Susa in Italien, Notre-Dame-des-Landes in Frankreich, Gamonal in Spanien, Chalkidiki in Griechenland, Lampedusa in Italien, Hamburg in Deutschland. Trotzdem schaffen es diese Kämpfe selbst dort, wo sie den Sieg davonzutragen scheinen, nicht, eine gewisse politische Schwelle zu überschreiten, wodurch sie den Regierungen noch stets erlauben, sie als Randerscheinung abzutun. Wir wären verloren, verblieben wir auf dieser Ebene der Selbstbezüglichkeit. Es ist dem weltweiten sozialen Angriff völlig unangemessen, unsere lokalen Kämpfe nur aneinander zu reihen und sie unter dem Terminus der „solidarischen Bezugnahme“ quasi-künstlich miteinander zu verkleben.



Nachdem sich einige vor zehn Jahren der Abstraktion des Globalen entzogen hatten, scheint nun der Moment gekommen, sich der Anziehungskraft des Lokalen zu entziehen, genau dann, wenn wir es für nötig halten. Wir kämpfen für und mit den rebellischen Vierteln, Häusern, Halbinseln und Tälern im Rücken. Das ist etwas grundsätzlich anderes als die klassische Vernetzung sich „aufeinander beziehender“ Kämpfe, als die Bündnisse politischer Repräsentant_innen mit ihren sterilisierenden Aushandlungsprozessen, die vor allem sich selbst dienen – wie jede Bürokratie. Die Repräsentanz steht für die Vertretung des Abwesenden – lässt uns dem die reale Präsenz vieler entgegen setzen!

Darum gehen wir nach Frankfurt

Je unverhohlener die Plünderung nun auch in Europa von statten geht, die Gewalt von Unterwerfung und Disziplinierung allgemein wird, umso nötiger wird es, zurückzuschlagen – unsere Strukturen und Freundschaften auch überall dort zu verteidigen, wo dieser soziale Angriff in großem Stil geplant, vorbereitet und in die Tat umgesetzt wird. Und deshalb gehen wir nach Frankfurt: Weil unsere Verteidigung des Angriffs bedarf.

Es ist nötig, die lokalen Bewegungserfahrungen auf eine höhere offensive Ebene zu bringen, über das Nationale hinaus, dem die Bewegungen gegenüber stehen, um den Staat von dort aus in die Zange zu nehmen: auf europäischer Ebene. Daher die Gelegenheit, uns alle wiederzufinden im Angriff auf die Einweihung des Sitzes der EZB, uns zu treffen und unsere Kräfte gegen diesen gemeinsamen Feind zu vereinen.

Der Unterschied dieses Ereignisses zu den Mobilisierungen der Anti-Globalisierungsbewegung ist bereits sichtbar: Es geht nicht mehr darum, sich mit einigen Zehntausend Aktivist_innen zu verabreden, lediglich zu mobilisieren, sondern sich bereits in einer internationalen Diskussion gemeinsam zu organisieren, weit über Frankfurt hinaus.

Es geht darum, dass der ganze Pöbel Europas in Frankfurt zusammenkommt, alle Angestellten am Rande des Nervenzusammenbruchs, alle reingelegten Kleinbürger_innen, alle Tagelöhner_innen und entlassenen Arbeiter_innen, wir alle, die das wahre Gesicht des Feindes sehen und hinein schlagen wollen.

Es geht darum, der diffusen Wut, die überall auf dem Kontinent wächst, ein Ziel zu geben. Wir reden von einer Wut, die sich Bahn bricht und durchaus von einem Aufbegehren als Quittung für Alles, was wir die letzten Jahre ertragen haben. Gegen jene, die das von ihren komfortablen Büros aus zentral eingefädelt haben und gegen jene Administrationen, die dies überall und alltäglich bereitwillig umsetzen.

Die erschreckte Fresse der Bürokraten zu sehen und als Bewegung Seite an Seite zu kämpfen ist der beste Ausweg aus dem neuen europäischen Nationalis-

mus. Europa bietet ebenso wenig wie das Lokale eine Alternative zur Ruine der Nationalstaaten. Nur weil wir den Staat hassen, müssen wir noch lange nicht dem zweifelhaften Charme des Empire erliegen. Europa als solches ist wie die alten Nationalstaaten auch einerseits eine Fiktion und zum anderen eine Struktur des Regierens. Weder das eine, noch das andere steht uns nahe. Wir wollen uns Europa und seine madigen Institutionen nicht aneignen, wir wollen sie zerstören. Eine Ethik des Verzichts, ein Diktat der Leistung und ein Zwang zur Selbstdisziplinierung sind mit unserer Vorstellung von Glück und unserer Idee von Leben nicht kompatibel.

Ein neues Zusammen – eine Achse des Pöbels

Die Antwort sehen wir vielmehr in der unmittelbaren Präsenz derer, die sich wehren, die im Europa der Troika überflüssig gemacht werden und in ihrem individuellen Widerstand gegen den Zwang zur bedingungslosen Selbstoptimierung unterliegen sollen. Wir benötigen im Widerstand gegen diesen konzertierten und hochorganisierten Angriff eine neue Vorstellung von gemeinsam kämpfen.

Nichts ist schlimmer, als einen Angriff zu simulieren. Auch wenn uns durchaus bewusst ist, dass viele unserer Bemühungen im einzelnen symbolisch sind, begrüßen wir jeden ernst gemeinten Angriff, der Protest nicht nur sichtbar, sondern auch spürbar werden lässt.

Nicht die Manager oder reisenden Experten einzelner Bewegungen, die Kämpfe selbst verbinden sich. Nicht aus Solidarität allein, sondern auch aus eigenem Interesse. Versteht uns nicht falsch: Wir wissen um die Kraft und die guten Absichten solidarischen Handelns – dennoch wohnt der Solidarität die inhärente Trennung in ein „wir“ und „sie“ inne. Diese gilt es zu überwinden – eine gewaltige Manifestation aller, die es satt haben und sich ihr Leben zurückholen wollen!



Bereits in den letzten zwei Jahren hat es mit Blockupy und M31 Versuche gegeben, in Frankfurt Protest gegen die Politik der Troika, der EU und Deutschland auf der Straße sichtbar zu machen. Die Reaktion der Staatsgewalt war empfindlich und unerwartet repressiv. Jegliche Aktion wurde im ersten Jahr verboten, die ganze Stadt in Geiselschaft genommen und lahm gelegt, um den Protest zu ersticken. Letztes Jahr wurde eine genehmigte Großdemonstration von der Polizei als politischem Akteur und nicht als Kraft der Exekutive verhindert.

Unsere Erfahrungen in Hamburg im Dezember 2013 haben jedoch gezeigt, dass wir auch im Ausnahmezustand handlungsfähig sind, wenn wir unberechenbar und damit unkontrollierbar bleiben. Eine Vielzahl von Leuten, die über das ganze Stadtgebiet verteilt entschlossen agiert, kann auch ein großes polizeiliches Aufgebot ins Leere laufen lassen.

Wir sehen die Chance, mit den Protesten gegen die Eröffnung der EZB 2014 die verschiedenen Kämpfe Europas zusammenzuführen und so unsere Schlagkraft zu erhöhen. Ziel muss es sein, ähnlich den Protesten gegen Atommülltransporte, die verschiedenen Ausdrucksformen unseres Kampfes als gegenseitige Bereicherung zu verstehen.

Der Unterschied zu den Vorjahren ist, dass der Protest sich dieses Jahr nicht an einem symbolisch gewählten Tag manifestieren soll, sondern dass wir bei der Eröffnung der EZB auf die Mächtigen Europas treffen werden. Außerdem beherbergt die Wirtschaftsmetropole am Main nicht nur die EZB und diverse Hauptverwaltungen multinationaler Banken, sondern auch zahlreiche Versicherer, Immobilien- und Kommunikationskonzerne.

Mit uns ist zu rechnen

Sie glauben, Ihre Rechnung ohne uns machen zu können – dabei verstehen sie nicht einmal, was wir damit meinen, dass wir uns nicht mehr fügen in ihre Welt fortwährender Selbstbewertung, dass wir uns der Vermessenheit ihres Zugriffs entziehen. Ihre Politik der Entwertung alles Lebendigen, der sozialen Verelendung und Zerstörung wird sich rächen. All die Demütigungen in Behördenfluren, die Hetzerei der Hamsteräder, die Scham, schon bald nicht mehr fit, jung und flexibel genug zu sein. Und weil sie an ihrer Welt umso verbissener festhalten, je offensichtlicher es wird, dass sie zusammenbricht, weil sie eine andere Sprache nicht verstehen, sagen wir: Sie werden die Quittung bekommen ...

Die weltweiten Aufstände der letzten Jahre haben gezeigt, dass Revolution durchaus möglich ist. Sie klopft auch an die Tür Europas – treten wir sie ein.

WAS IST, IST – WAS NICHT IST, IST MÖGLICH

(Einstürzende Neubauten)

Destroika

-

destroika.noblogs.org

Update zu Griechenland -

Demonstrationsverbote, Razzien, Terrorurteile

Der konservative Ministerpräsident Antónis Samarás und seine Koalitionsregierung aus Néa Dimokratía und sozialdemokratischer Pasok verliert immer mehr Rückhalt in der griechischen Bevölkerung. Die Antwort besteht in gesteigerter Repression gegen widerständige Bevölkerungsgruppen mit vorbeugender Einschüchterung der übrigen Gesellschaft. An Demonstrationsverbote, die Zusammenarbeit von Bullen und Faschist*innen oder die Illegalisierung von Streiks hat sich die griechische Öffentlichkeit inzwischen beinahe gewöhnt. Massenhafte Razzien gegen anarchistische/antiautoritäre Aktivist*innen und reine Terrorurteile auf Grund der anarchistischen Gesinnung der*der Angeklagten sind nun ein weiterer Schritt in Richtung Verfestigung des autoritären Notstandsstaates.

Lieber in der Illegalität als Geisel des griechischen Staates - Kostas Sakkás taucht ab!

In der Silvesternacht hatte es symbolträchtig geknallt. Schüsse aus einer Kalaschnikow perforierten den Putz der deutschen Botschaftsresidenz in Athen. Als vier Tage danach auch noch klar wurde, dass das ehemalige Mitglied der 2001 zerschlagenen Stadtguerillaorganisation 17. November, Christódoulos Xirós, seinen Hafturlaub genutzt hatte um unterzutauchen, kochte die Terrorhysterie der griechischen Massenmedien einmal mehr über. Die staatlichen Terroreinheiten gerieten unter Druck, Erfolge mussten her und zwar schnell. Also verhafteten sie am 7. Januar 2014 den Anarchisten Kostas Sakkás beim

Verlassen der Wohnung von Freund*innen. Der Vorwurf: „Verstoß gegen die Meldeauflage dauerhaft im Haus der Eltern zu wohnen.“ Zur Erinnerung: Begleitet von einer Welle der Solidarität, hatte Sakkás im Juli 2013 durch einen 38-tägigen Hungerstreik seine Freilassung aus dem Gefängnis wegen Überschreitung der in Griechenland gesetzlich erlaubten Höchstdauer der Untersuchungshaft erkämpft. Die Freilassung war begleitet von strengen Meldeauflagen, die Sakkás alle erfüllte. Aus diesem Grund musste er nun nach nur einem Tag, schon am 8. Januar, wieder in Freiheit entlassen werden. Es war doch zu offensichtlich, dass

„dauerhafter Wohnort“ etwas anderes als „Hausarrest“ bedeutet. Die Staatsanwaltschaft legte trotzdem eine Woche später Revision ein und nur wenige Stunden danach wurde erneut Haftbefehl gegen Sakkás erlassen und dieser am 16.01.2014 abermals verhaftet. Dieses Mal lautete die Anklage auf „Mitgliedschaft

in der terroristischen Vereinigung“ Verschwörung der Feuerzellen (Synomosía Pyrínon tis Fotías, SPF) und Beteiligung an zwei Sprengstoffanschlägen der Organisation. Als Beweis wurden Fingerabdrücke auf zwei Plastiktüten präsentiert, die im Haus eines Mitglieds der Feuerzellen gefunden worden seien. Erwähnenswert ist hierbei, dass Sakkás in zwei laufenden Verfahren schon als angebliches Mitglied der Feuerzellen angeklagt ist und das Verfahren über die Sprengstoffanschläge schon 2011 abgeschlossen wurde. Auch die Plastiktüten mit den angeblichen Fingerabdrücken wurden schon 2010 „gefunden“,



und Sakkás, der ebenfalls seit 2010 verfolgt wird, stand den Verfolgungsbehörden seitdem ständig zur Verfügung. Am 21.01.2014, fünf Tage nach der erneuten Inhaftierung, ließen dieselben Behörden, die ihn mit den erfundenen Anklagepunkten zuvor verhaftet hatten, unter Meldeauflagen (die sowieso seit Juli 2013 gelten) und weiteren 5000,- Euro Kaution (zu den 30.000 von 2013) frei. Sakkás erklärte, er sei es leid „als Sandsack der Terrorbullen des Staates“ immer wieder, mit immer den gleichen Anklagen inhaftiert und vor Gericht gezerrt zu werden. Ebenso wie die mit ihm vor Gericht stehenden - bekennenden inhaftierten Mitglieder - der SPF, hat er von Anfang an klar gemacht auf Grund unterschiedlicher politischer Überzeugungen „nie Mitglied der Feuerzellen gewesen zu sein oder sein zu können“.

Seid dem 12.02.2014 wird Sakkás nun erneut per Haftbefehl gejagt, da er am Tag zuvor seiner monatlichen Meldepflicht auf der zuständigen Polizeiwache nicht nachgekommen war. Mit einer ausführlichen politischen Erklärung auf indymedia athens meldete er sich am 18.02.2014 zu Wort und erläutert die Gründe für seine Entscheidung unter anderem mit der Hetzjagd und seiner Vorverurteilung durch die Massenmedien. „In der Demokratie ersetzt die Propaganda den Knüppel autoritärer Regime, hatte einst Naom Chomsky erklärt. Die extremen, gegen die Bevölkerung gerichteten Rezepte der Politik der Herrschenden, erfordern heute sowohl den Knüppel als auch die Konstruierung von gesellschaftlicher Zustimmung durch die vierte Gewalt. Sie bezeichnen anarchistische Kämpfer als Terroristen und lügen, verdrehen und zensieren um die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, sich von deren Aktionen bedroht zu fühlen“, schreibt Sakkás und fährt fort: „Obwohl ich bis heute von keinem einzigen Gericht je verurteilt wurde, reicht es den journalistischen Aaskrähen, dass mich die Antiterrorbullen für schuldig erklärt haben.“ Zum Schluss betont er die große Solidarität, die er von seinen Genossen und Genossinnen erfahren habe und dass der einzige Ausweg „tatsächlicher Widerstand“ sei.

Geisel des griechischen Staates - Terrorurteil gegen Tásos Theófilos

Am 7.2.2014 wurde der Anarchokommunist Tásos Theófilos nach skandalösem Prozess mit einem reinen Gesinnungsurteil zu 25 Jahren Haft verurteilt. Er und seine Anwälte haben Revision eingelegt. Im Rückblick: Auf der Touristeninsel Páros wird am 9.8.2012 eine Filiale der Alpha Bank überfallen. Drei vermummte und bewaffnete Bankräuber flüchten mit der Beute in Höhe von ca. 60.000 Euro aus der Bank. Der 53jährige Taxifahrer Dimitris Michas versucht sie aufzuhalten und wird von einem der drei erschossen. Die Polizei beginnt mit Ermittlungen, befragt die reichlich vorhandenen Zeug*innen, sichtet die Videoüberwachung der Bank und überprüft die Kontaktdaten des von den

Täter*innen auf ihrer Flucht verlorenen Handys aus. Schnell wird der gestohlene Fluchtwagen gefunden und verkündet, man sei den Täter*innen auf der Spur. Dann übernimmt die für Terrorismus zuständige Abteilung der griechischen Polizei den Fall.

Am 21.8.2012 wird der in der anarchistischen Bewegung aktive Tásos Theófilos - ein Freund von Kostas Sakkás! - in Athen als angeblicher Täter und hochkonspirativer Terrorist verhaftet. Er sei Mitglied der Verschwörung der Feuerzellen, verfüge über konspirative Wohnungen und werde durch DNA-Spuren überführt, die in dem vom Todesschützen am Tatort verlorenen



Hut sichergestellt worden seien. Außerdem habe er bei der Verhaftung eine Tasche mit der Aufschrift „Páros“ getragen. Theófilos, der alle Anklagepunkte von Anfang an zurückweist, kommt in Untersuchungshaft und wird von den Massenmedien als blutrünstiges Monster vorverurteilt.

Im nun beendeten, monatelangen Terror-Schauprozess brach die Anklage komplett in sich zusammen. Hatte der zwei Wochen nach dem Überfall plötzlich auftauchte Hut mit angeblichen DNA-Spuren schon damals für Spekulationen gesorgt, bewiesen nun die Tatortfotos, dass es vor Ort nie einen Hut gegeben hatte. Biologische Gutachter hielten die DNA-Nachweise durch die Polizei darüber hinaus grundsätzlich nicht für beweiskräftig. Genetisches Material auf beweglichen Gegenständen (CDs, Hüte, Plastiktüten) bewiese nichts, da diese nach Gutdünken der Polizei irgendwo deponiert werden könnten. In früheren Prozessen seien DNA-Spuren auf beweglichen Gegenständen deshalb nicht als Beweismittel anerkannt worden.

Von den 19 Belastungszeug*innen der Staatsanwaltschaft war keine*r in der Lage Theófilos als Täter zu identifizieren, obwohl im Prozess mehrmalige „Schulungen“ der betroffenen Bankangestellten durch die Terrortruppe der Polizei bekannt wurden. Entlastungszeug*innen bestätigten dagegen, dass sich Theófilos in den Tagen vor, während und nach der Tat in Athen aufhielt. Am Tattag selbst hatte er laut vielfacher Zeugenaussagen bei Renovierungsarbeiten im Flüchtlingstreff in Exárchia geholfen.

Obwohl die Videoaufnahmen der Bank zeigen, dass zumindest zwei der Täter*innen keine Handschuhe tragen und viele Gegenstände anfassen, wurde kein Fingerabdruck oder genetisches Material von Theófilos gefunden. Weder die Spur der gefundenen Fingerabdrücke noch die (noch immer geheimen) Kontaktdaten des Handys oder das darauf gefundene genetische Material wurden je ausgewertet - oder werden bewusst unter Verschluss gehalten, sollten sie ausgewertet werden sein.

Seine angeblich konspirativen Wohnungen in Athen, Lárissa und Lamía entpuppten sich als Wohnung der Ex-Freundin, eines Studienfreundes und einer Genossin, bei der er vor der Verhaftung wohnte. Alle bestätigten, dass er sich immer offen bewegt, unter eigenem Namen gewohnt und mit diesem unterschrieben habe (was im Übrigen durch Vermieter, Bankdaten und bürokratische Schriftwechsel bewiesen ist). Theófilos nahm am öffentlichen Leben teil, beteiligte sich ständig an Demonstrationen und Aktionen der anarchistischen Bewegung und war darüber hinaus als Buchautor und Filmemacher aktiv.

Der Befehlshaber der ermittelnden „Antiterrorereinheit“ musste im Prozess eingestehen, dass „Theófilos möglicherweise nicht am Überfall beteiligt war“. Auf den Trümmern der zusammengestürzten Anklage betonte Theófilos in seinem Schlusswort: *„Ich betrachte die Strafjustiz als Code für die Ideologie der kapitalistischen Staatsordnung. Als Anarchist kann ich keinerlei Herrschaft akzeptieren. Ich erkenne jedoch an, dass die Justiz gleichzeitig ein Kampffeld ist, auf dem sich die sozialen Beziehungen herauskristallisieren. (...) Und bin überzeugt dass sie die gesellschaftspolitischen Umstände beeinflusst und von ihr beeinflusst wird. Sie kann Garantin des Gesellschaftsvertrags sein, dieser informellen gesellschaftlichen Abmachung zwischen Herrschenden-Beherrschten, Kapital-Arbeit, Reichen-Armen. Sie kann ein Werkzeug in den Händen ersterer werden, (...) damit die Verurteilung eines jeden, der es wagt die Herrschaft in Frage zu stellen unerbittlich und triumphal erzwungen wird.“* Er stellte erneut klar, dass er keinerlei Beziehung mit SPF habe und auch nicht haben könne. Die SPF seien Individualanarchist*innen und Nihilist*innen während er Anarchokommunist ist, Überzeugungen, die nicht zueinander passen.



In einer ersten Analyse verbuchte einer seiner Anwälte es trotz der hohen Strafe als „großen Erfolg der Solidaritätsbewegung“, dass das Gericht „den Banküberfall und den Mord an Míchás“ im Urteil vom Anklagepunkt Terrorismus gelöst habe und Theófilos „nur wegen Beihilfe an einem normalen Banküberfall und in der Folge wegen Beihilfe zu Mord“ verurteilt habe. Trotz der geschürten Terrorhysterie sei das Konstrukt von Polizei und Staatsanwaltschaft in sich zusammengebrochen. In der Revisionsverhandlung sei unter dann besseren Begleitumständen die vollständige Rehabilitierung Theófilos möglich. Auch in den Wochen nach dem Schuldspruch gehen die Solidaritätskundgebungen für Theófilos in Griechenland weiter.

Welle von Razzien gegen AktivistInnen

Zwischen dem 21. Januar und dem 10. Februar 2014 stürmten Terroreinheiten der Polizei über 60 Wohnungen von anarchistischen/antiautoritären Aktivist*innen in Athen und Thessaloniki. Vorwand für die Razzien waren jeweils „anonyme Anrufe“ mit angeblichen Hinweisen über dort wahlweise vermutete Waffen, Drogen oder den untergetauchten Christódoulos Xirós. Außer der Zerstörung von Wohnungseinrichtungen und der Beschlagnahmung von Büchern, Flugblättern, Computern und Gasmasken kam es zu sieben kurzzeitigen Festnahmen.

In der Hochphase der Razzien griffen am 25. Januar 80-100 Faschisten das anarchistische Zentrum Resálto in Keratsíni mit Steinen, Eisenstangen und Knüppeln an. Zuvor hatten sie die wenige hundert Meter entfernte Gedenkstelle für den vor vier Monaten, von einem Mitglied von Chrysí Avgí, ermordeten antifaschistischen Musiker Pávlos Fýssas geschändet. Anwesenden Genoss*innen gelang es den etwa 10-minütigen Angriff abzuwehren. Die für ihre guten Kontakte zu den Nazis bekannten Schläger*innen der Dias-Motorradeinheiten der Polizei beobachteten den Angriff, griffen jedoch wie beim Mord an Fýssas nicht ein.

4500 Antifaschist*innen demonstrierten in den Straßen Keratsínis gegen den Naziüberfall und die Zusammenarbeit von Staat und Faschist*innen. Eine Zusammenarbeit, die erneut am 31. Januar, dem Imía-Gedenktag und größten Naziaufmarsch Griechenlands zum Tragen kam. Ein paar unbewohnte Felsbrocken in der Ägäis waren 1996 der Auslöser einer politischen Krise zwischen Griechenland und der Türkei, der sie an den Rand eines Krieges brachte. Am Jahrestag ruft Chrysí Avgí in den letzten Jahren zum Imía-Gedenkmarsch im Zentrum von Athen auf, an dem sich Tausende Nazis, Reaktionäre und Nationalist*innen beteiligen. Seit einigen Jahren nehmen auch ausländische Nazis wie die autonomen Nationalist*innen aus Dortmund, Abgesandte der NPD, serbische Ultranationalist*innen, schwedische Nazis oder der extremen Rechten aus Frankreich und Italien teil.

Der autoritäre Staat in Person des Hardliners und „Bürgerschutzministers“ Nikos Déntias erließ auf Grund der antifaschistischen Gegenmobilisierung „aus Sicherheitsgründen“ ein absolutes Demonstrationsverbot im Zentrum von Athen. Während die knapp 4000 Nazis unbelästigt von den staatlichen Repressionskräften die ca. 500 Meter bis zur nächsten Metrostation marschierten, wurde die antifaschistische Kundgebung mit ebenso vielen Menschen am Sýntagma-Platz ohne Anlass mit Tränengas und Blendschockgranaten noch vor dem Ende zerschlagen. Es folgten zweistündige Straßenschlachten mit über 20 Verhafteten und mehreren Verletzten.

Ralf Dreis in Gai Dao 40

fda-ifa.org/category/gai-dao/

Die griechischen Knäste kochen...

“Alle Werte der Demokratie sind Hochsicherheitsgefängnisse”

Am 24. März 2014 gaben Gefangene aus ganz Griechenland eine Mobilisierung bekannt, um gegen die immer strengeren Haftbedingungen zu protestieren. Sie forderten, dass der Gesetzesentwurf der Regierung über die Hochsicherheitsgefängnisse zurückgezogen wird. Gemäß dieses Entwurfs würde den “gefährlichen” InsassInnen, die als ‘Kategorie C’ eingeordnet werden, kein Hafturlaub gewährt und Besuche stark eingeschränkt werden.

Am 25. März, inmitten zunehmender Spannungen in den Strafanstalten, erstach der Verurteilte albanischer Herkunft Ilia Kareli mit einem improvisierten Messer einen Gefängniswärter im Malandrino Gefängnis. Obwohl Kareli seit mehr als 16 Jahren gefangen war, wurde ihm jüngst Ausgang untersagt. Der tote Schließer, den die Massenmedien als Heiligen porträtierten, war ein berühmter, sadistischer Folterer, der Gefangene wiederholt mit Stromkabeln auspeitschte.



Am 27. März wurde Ilia Kareli in Einzelhaft im Nigrita-Gefängnis gesteckt (in der Nähe der Stadt Serres, Nord-Griechenland), wo er später tot aufgefunden wurde. Todesursache waren vielfache interne Verletzungen und massive Frakturen, die durch die wiederholten Schläge der Mörder in Uniform verursacht wurden. Mit anderen Worten: Nachdem er das armselige Leben eines Wärters ausgelöscht, wurde er von dem Knastsystem zu Tode gefoltert.

Als Antwort auf den Mord Karelis sowie den monströsen Gesetzesentwurf, der mit aller Macht gegen die Gefangenen in Griechenland durchgesetzt werden soll, fanden in mehreren Gefängnissen massive Proteste statt. In einigen Fällen wurde das Knastessen und/oder der Gang in die Zellen verweigert.

Am Sonntag Nachmittag, dem 30. März, fand eine Versammlung außerhalb des Nigrita-Gefängnisses statt, in dem Kareli tot aufgefunden wurde. Die Aktion dauerte mehr als eine Stunde an und wurde von mehr als 100 GenossInnen aus den Städten Thessaloniki, Serres und Kavala beigewohnt. Die Antwort der InsassInnen war lebhaft, da beide Seiten sich über Rufe austauschten und ihre Position gegen die Folterer und Mörder der Knastverwaltung sowie Parolen gegen Bullen artikulierten. Dabei sprachen sie ihre Solidarität mit den anhaltenden Knastkämpfen aus.

Im Laufe der Kundgebung versuchte die Verwaltung alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Kommunikation zwischen Gefangenen und solidarischen Menschen zu unterbinden. Die Knastsitrenen ertönten und Bekanntmachungen [der Knastleitung] wurden kontinuierlich über Lautsprecher übertragen, damit die Gesänge nicht bis ins Innere durchdringen konnten. Die Gefangenen ließen sich von den Schikanen der Knastwärter aber nicht entmutigen: Insbesondere im C2-Flügel wurden Überwachungskameras und Fensterscheiben usw. von den InsassInnen zerstört.

Solidarität unter den Menschen, die innerhalb und außerhalb der Knastmauern revoltieren.

contrainfo

contrainfo.espiv.net



Kurzzusammenfassung: Der neue Gesetzesentwurf zu Hochsicherheitsknästen in Griechenland

- Gefangene sollen zukünftig in drei Kategorien (A, B und C) eingestuft werden.
- Als Kategorie C gelten alle Gefangenen, die:
 - wegen Raub oder Erpressung einsitzen
 - in organisierte Verbrechen verwickelt waren
 - politische Gefangene sind
 - als ‘gefährlich’ angesehen werden und zu mehr als 10 Jahren Haft verurteilt wurden.
 - Darüber hinaus noch alle Gefangenen, die in den Knästen aufbegehren.
- Typ-C-Gefangenen wird das Recht auf Hafturlaub entzogen.
- Typ-C-Gefangene können nur noch eingeschränkt mit Verwandten telefonieren oder von ihnen besucht werden
- Im Knast Domokos, aber auch in anderen Knästen werden spezielle Typ-C-Zellen gebaut, um die Isolation der Gefangenen zu bewerkstelligen
- Die Bullen erhalten einen dauerhaften Sitz innerhalb der Knäste um leichter Zellendurchsuchungen und Verlegungen von Gefangenen durchführen zu können.

Als politischer Gefangener im „Normalvollzug“

In den bundesdeutschen Knastanstalten sind politische Gefangene, wenn die Differenz zu den sozialen Gefangenen an dieser Stelle aufgemacht werden darf, eine absolute „Ausnahmeerscheinung“. Auch in diesem Land kann man sich an frühere Zeiten erinnern, in denen einige Dutzend politischer Gefangener die Knastverhältnisse stark prägten. Das ist Vergangenheit.

Ein Umstand, den ich mir selbst erst einmal während meiner Haftzeit vergegenwärtigen musste, weil er recht einschneidende Konsequenzen mit sich bringt. Dieser Text ist meinerseits als eine (sehr) knapp gehaltene Zwischenbilanz nach einer dreijährigen Haftzeit zu verstehen, in der ich die verschiedenen Knasteinrichtungen, die man in Berlin kennen lernen kann, durchlaufen habe (U-Haft in Moabit, Offener Vollzug in Hakenfelde, Geschlossener Vollzug in Tegel).

Anlass dieses Papiers ist des Weiteren der 18. März, der als ehemaliger Tag der Pariser Kommune 1922 vom IV. Kongress der Kommunistischen Internationale als Kampftag der politischen Gefangenen etabliert wurde. 1996 wurde dieser Tag von der Initiative Libertad! reaktiviert.

Zum Hintergrund

Im Telegramm-Stil zu mir und meiner Situation: Im Sommer 2007 wurde ich mit zwei weiteren Genossen im Rahmen einer antimilitaristischen Aktion (Sabotage gegen NATO-Kriegsgerät) von einem Mobilen Einsatzkommando (MEK) in der Brandenburgischen Einöde festgesetzt. Nach einem Jahr Prozessvorbereitung, einem Jahr Prozess und einem Jahr Revisionsdauer war es (höchstrichterlich) amtlich: 3 1/2 bzw. 3 Jahre Haft nach § 129 wegen Mitgliedschaft in der militanten Gruppe (mg) und einer versuchten Inbrandsetzung von Bundeswehr-LKWs in Brandenburg/H. Bis zum September dieses Jahres sitze ich die Haft in der JVA Tegel-Berlin ab. Zuvor befand ich mich 22 Monate im sog. Offenen Vollzug in Hakenfelde.

Die mg existierte von 2001 bis 2009. Sie agierte als klandestine Gruppierung, die, wie es in ihren Textveröffentlichungen hieß, einen sozialrevolutionär-antiimperialistischen Ansatz auf kommunistischer Grundlage vertrat. Die mg lancierte mit anderen linksradikalen Gruppenzusammenhängen eine Militanzdebatte, die sich über Jahre erstreckte und die Szenerie der Klandestinen in der BRD in Teilen beeinflusste. U.a. wurde der Strukturvorschlag der Bildung einer militanten Plattform eingebracht, eines Vernetzungsversuchs von klandestin-militanten Organismen.

In den frühen Morgenstunden des 22. Mai 2013 wurde mir vom BKA ein neuerliches § 129-Ermittlungsverfahren eröffnet. In diesem Verfahren geht es um die Kriminalisierung von verschiedenen linksradikalen

Gruppenstrukturen, die von der Bundesanwaltschaft (BAW) zu einem „Komplex“ zusammengezogen wurden. Die „Untergrundpostille“ radikal, das informelle Netzwerk Revolutionäre Linke (RL) und die klandestine und militante Struktur Revolutionäre Aktionszellen (RAZ) sind dabei ins Visier der staatlichen Verfolgungsbehörden geraten. Auch wenn seit Jahren von diesen Strukturen keinerlei inhaltliche oder praktische Töne mehr zu vernehmen sind, wird der Komplex „radikal/RL/RAZ“ offenbar mangels Alternativen vom staatlichen Fahndungsapparat ganz im Sinne der extremismustheoretischen Verrenkungen hinsichtlich eines vermeintlichen „Gefährlichkeitsgrades“ aufgewertet.

Die am besagten Maitag letzten Jahres stattgefundene bundesweite Razzia gegen Genossinnen aus der radikalen Linken bezog sich auf insgesamt 9 Leute in den Städten Berlin, Stuttgart und Magdeburg. Ein Ergebnis dieser Staatsschutzaktion war, dass ich in den Geschlossenen Vollzug der Tegeler Enklave verschubt wurde.

Seitdem bin ich in der leicht schizophrenen Situation, einerseits mit den Auswirkungen des mg-Verfahrens konfrontiert zu sein, andererseits vor einem potentiellen weiteren Staatsschutzprozess der Klassenjustiz zu stehen.

Zum Programmwechsel

Das Phänomen in den BRD-Knästen ist, dass im fundamentalen Unterschied zu den 1970er bis 1990er Jahren nur noch in Ausnahmefällen Inhaftierte der nicht-migrantischen Linken einsitzen, die mit den bekannten Staatsschutzparagrafen §§ 129ff. traktiert wurden. Alle früheren Kollektivstrukturen politischer Gefangener sind Teil der Knast(kampf)geschichte in diesem Land. Ein gemeinsamer Austausch, eine gegenseitige Stärkung, aber auch (un-)produktive Kontroversen untereinander, alles das ist passé.

Eine Beschäftigung mit der Vergangenheit politischer Gefangenschaft in der BRD führt schnell zu dem Punkt, dass es sich hierbei keineswegs um eine bruchlose, beinahe heroische (Kampf-)Geschichte hinter Gittern handelt. Grundsätzlich ist klar zu haben, dass das Gefangenen-Sein die Voraussetzungen für (politische) Aktivitäten nicht günstiger gestaltet, sondern wesentlich verschlechtert. Ich habe manchmal den Eindruck gewinnen müssen, dass das nicht bei allen Solidarischen vor den Anstaltstoren so gesehen wird. Ich kann das an dieser Stelle nicht detaillierter ausführen, aber: die zehn kollektiven Hungerstreiks, die ab den 1970er Jahren von politischen Gefangenen in den BRD-Knasten ausgingen, waren rückblickend betrachtet sicherlich Marksteine des knastinternen

Aufbruchs, der eine zum Teil große Strahlkraft durch die Knastmauern hindurch entfalten konnte. Diese

Regungen in den Isolationstrakten waren indes Einzelfälle, die unter Berücksichtigung des Gesamtverlaufs der Knastzeiten nicht mehr als Momentaufnahmen waren. Überschattet werden die mitunter verhältnismäßig breit getragenen Mobilisierungen einerseits durch die Kette von persönlichpolitischen Zerwürfnissen unter den ehemals inhaftierten Genossinnen, die nicht selten in einer (Selbst-)Aufgabe endeten. Dies korrespondierte andererseits mit dem allmählichen Zerfall ihrer Organisationshintergründe in der „Außenwelt“, der Züge einer Implosion annehmen konnte.

Falls es jemals zu einer Aufarbeitung der Etappen der politischen Gefangenschaft in den BRD-Knasten kommen sollte, dann werden wir uns als radikale Linke damit zu befassen haben, dass eine spätestens ab Mitte der 1990er Jahren um sich greifende Niedergeschlagenheit zu einem stillen oder offenen Distanzieren vom vormaligen militanten oder bewaffneten Kampf führte. In der Folge äußerte sich diese Entwicklung exemplarisch u.a. in einer Aussagebereitschaft gegenüber Vertreterinnen der BAW und in dem Stellen von Gnadengesuchen an den Bundespräsidenten der BRD.

Ich mache mir, so hoffe ich, nichts vor: meine Einflussmöglichkeiten sind äußerst eng umgrenzt – im doppelten Wortsinne. Zum einen existiert kein wie auch immer gearteter Verbund unter (politischen oder rebellischen) Gefangenen, zum anderen ist das Knastregime mit seinem ausdifferenzierten Arsenal von (Zwangs-) Mitteln in der Lage, „Brutstätten“ des potentiellen Widerstehens zügig „auszuräuchern“. Auch das ist unbedingt zu realisieren, wenn man sich an eine Einschätzung der Kräfteverhältnisse machen sowie „drinnen & draußen“ Aktivitäten auslösen will. Wie dem auch sei: Die persönlich-politische Umstellung war gravierend, da ich in den späten 1980er Jahre politisch sozialisiert wurde und Zeit brauchte, um die „normative Kraft des Faktischen“ zu akzeptieren, dass ich innerhalb der bundesweiten Knacki-Population mehr oder weniger ein „Exot“ bin. Mit einem solchen „Status“ lässt es sich ja noch relativ gut leben, problematischer ist da schon die damit verbundene (politische) Isoliertheit. Eine Isoliertheit, die im „Normalvollzug“ eine ganz andere ist als zu Zeiten des Kampfes gegen die zerstörerischen Auswirkungen der Iso-Haft der früheren Gefangenenkollektive. Ich hatte für mich eine Art „Programmwechsel“ durchzumachen, den Schalter umzulegen. Die Total-Integration in den normalen Knastalltag mit seinen diversen Verrücktheiten stellt Anforderungen an einen, die kaum als „Trockenübung“ vorab simuliert werden können. Im Grunde wird man in eine unbekannte und vor allem unerfahrene Situation gestoßen; umso tiefer, wenn, wie in meinem Falle, Bilder der politischen Gefangenschaft vergangener Jahrzehnte im Kopf präsent sind, die mit der aktuellen (Lebens-)Wirklichkeit in den Kerkern nicht mehr viel gemeinsam haben.

Zum Aktivismus

Entscheidend ist, dass man als inhaftierter politischer Aktivist den Knast als „sozialen Ort“ nicht als das tiefe „schwarze Loch“ begreift, aus dem es kein Entrinnen mehr gibt.

Und was folgt daraus, dass ich mich im sog. Normalvollzug befinde? Zum einen habe ich jegliche Marotte abgelegt, als politischer Gefangener „über“ den anderen Inhaftierten zu stehen. Ich hatte mich sozusagen in meinem neuen sozialen Umfeld zu akklimatisieren. Zum anderen suche ich nach Bewegungsformen innerhalb dieser Zwangsanstalt, um meinen Aufenthalt hier „zu politisieren“. Ein Rückzug ins stille Kämmerlein käme ja einer selbst verordneten Ausgrenzung gleich. Knast als „Milieustudie“ hat durchaus seine, etwas beschönigend formuliert, faszinierenden Seiten. Der Knast ist ein hochkomplexer sozialer Organismus,



eine (brachiale) Parallelwelt, die, so mein Erleben, bis zu einem gewissen Grade unvermittelbar bleibt. Und jeder noch so verwerfliche Mikrokosmos sozialer Existenzen eröffnet Raum. Raum, der (politisch) gefüllt werden will. So auch im Knast. Die solidarische Begleitung, die ich dankenswerter Weise von verschiedener Seite „hier & dort“ erfahre, kann natürlich nicht die Interaktion unter politischen Gefangenen ersetzen. Es ist eine wichtige Erfahrung zu spüren, dass es ein „untergründiges Band“ der Solidarität unter politischen, revolutionären und rebellischen Gefangenen gibt, ohne dass ein direkter Draht herstellbar ist, der über eine postalische Kommunikation hinausgeht.

Ich bin – wie man so schön sagt – zutiefst davon überzeugt, dass wir an (unsere) Widersprüche heran müssen – schonungslos. Nur ein Beispiel: „Drinnen & draußen – ein Kampf! Knastkampf ist Klassenkampf“ – richtig, aber salopp daher gesagt. Wir haben verstärkt darauf zu achten, unsere Ausrufesätze mit Leben zu füllen. Denn nichts desillusioniert mehr, als wenn man als radikale Linke wortreiches Leergut anschleppt. Vor allem dann, wenn's sich ums Thema Knast dreht. Also weg vom Formelhaften und hin zum Umsetzbaren. Das sollte auch eine Methode sein, um die haltlosen idealistischen Flausen aus dem Kopf zu kriegen.

Klar, ich habe meinen Beitrag einzubringen. Als eingesperrtes politisches Subjekt besteht meine hauptsächliche Antriebsfeder darin, die mehrschichtigen Trennlinien aufzuweichen und das abgrenzende Mauerwerk zu überwinden. Phasenweise zumindest. Wie? Indem ich auf der Suche nach Optionen bin, um die Idee

einer Gefangenen-Organisation als Aktivist der Industriell Workers of the World (IWW) auszuloten, Kontaktstränge zu anderen politischen Gefangenen im Rahmen der roten Hilfe international (rhi) zu knüpfen und eine Politisierbarkeit des sozialen Banditentums zu behaupten. Es müssen erst wieder Basen geschaffen werden, damit die beiden Momente des „Drinnein & Draußen“ in einen sich gegenseitig befördernden Bewegungszustand kommen können.

Meine Ambitionen sind zahlreich, zahlreich sind allerdings auch die Stolpersteine, die da den Weg des Aufbruchs pflastern. Sei's drum: Als notorischer Anhänger des Linksradikalismus kennt man natürlich dieses „Spannungsverhältnis“ zu genüge ...

Zum Appell

Ohne die eigene politische Orientierung identitär groß aufladen zu wollen, ist hervorzuheben, dass an einer Positionierung als radikaler Linker nichts zu stigmatisieren ist. Eine solche Standortbestimmung ist ein Ausdruck eines klassenkämpferischen und revolutionär-antimilitaristischen Verständnisses, dass sich aus der besten aller Traditionen des proletarischen Befreiungs- und Emanzipationskampfes ableiten lässt. Die Bremer, Hamburger und Dresdner Linksradikalen vor und während des Ersten Weltkriegs, die u.a. mit den Namen Anton Pannekoek, Johann Knief, Lotte Kornfeld oder Otto Rühle verbunden sind, opponierten vehement gegen den am Horizont aufziehenden imperialistischen Krieg und gegen die Burgfriedenspolitik der Führungselite der deutschen Sozialdemokratie. Was zeichnet ein solches linksradikales Selbstverständnis aus? „Nicht Sektiererei, sondern Richtungskampf, nicht Verwischen

der Grenzen, sondern Klärung, das ist theoretisch der Sinn des Linksradikalismus“, wie es in einem Beitrag der Bremischen linksradikalen Zeitung „Arbeiterpolitik“ mitten im Ersten Weltkrieg hieß. Eine Tendenz, an die bevorzugt anzuknüpfen ist, wenn der libertäre Gehalt der kommunistischen Bewegungen herausgestrichen werden soll. Aus dieser dissidenten Strömung entwickelte sich nach dem Kriegsende ein revolutionär-unionistischer und rätekommunistischer Ansatz, der – jahrzehntelang nahezu vergessen – wieder mehr Interesse weckt. Und nur nebenbei: so wird „Traditionalismus“ auch richtig sinnfällig. Diese positive Resonanz schafft hoffentlich weiteren Rückenwind für Initiativen, die auf Klassenautonomie und Selbstorganisation der Entrechteten, Stimmlosen und Verdammten setzen.

Auf einen Punkt möchte ich zum Abschluss an dieser Stelle aufmerksam machen: In den kommenden Wochen bzw. Monaten ist damit zu rechnen, dass die politischen und revolutionären Gefangenen der unterschiedlichen Fraktionen in Griechenland in einem Knast konzentriert werden sollen. Gegen diese Zwangsverlegungen, so ist zu erwarten, wird sich über die Spektrengrenzen hinaus Protest und Widerstand regen. Achtet auf entsprechende Ankündigungen und solidarisiert Euch!

Wir hören voneinander und Glück auf!

Olli - §129-Gefangener aus dem mg-Verfahren, 3/2014

Schreibt Olli:

Oliver Rast; JVA Tegel; Seidelstraße 39; 13507 Berlin

Soligruppen:

soligruppe.blogspot.eu - solikom-olli.site36.net

Neue Prozessrunde gegen Antimilitaristen

Wer die letzten Autonomen Blättchen gelesen hat, dürfte schon mitbekommen haben, dass zwei Antimilitaristen aus Hannover der Prozess gemacht wird, weil sie 2012 drei Soldaten bei einem Propagandakonzert der Bundeswehr-Big-Band zum Husten gebracht haben sollen. In erster Instanz wurde einer deswegen zu 4 Monaten Knast, ausgesetzt auf 2 Jahre zur Bewährung, sowie 600 Euro Geldstrafe wegen „Gefährlicher Körperverletzung“ verurteilt. Der andere soll mit gleicher Begründung 120 Stunden Zwangsarbeit leisten. Gegen dieses Urteil haben beide Berufung eingelegt. Der neue Prozess findet nun am 6. Juni vor dem Landgericht Bückeburg, circa 40 Kilometer westlich von Hannover, statt. Der Beginn ist für 9 Uhr festgesetzt. Die beiden Angeklagten haben bereits mehrfach, auch vor Gericht, deutlich gemacht, dass sie sich von den Repressionsbehörden nicht einschüchtern lassen und weiterhin Widerstand gegen Militarismus leisten werden.

Alle solidarischen Menschen sind aufgerufen sich in aller Frühe auf den Weg zu machen, um die bei-

den zu unterstützen. Von Hannover aus ist Bückeburg bequem mit der S-Bahn erreichbar. Zum ersten Prozess waren 9 Zeug_innen geladen. Wenn dies auch am 6. Juni der Fall sein sollte, ist mit einer mehrstündigen Dauer zu rechnen. Also sicherheitshalber ein paar Pausenbrote einstecken!

Falls es beim Landgericht keinen Freispruch samt Kostenübernahme durch den Staat gibt, was erfahrungsgemäß unwahrscheinlich ist, kommen erhebliche Kosten auf die Antimilitaristen zu. Es gibt ein Spendenkonto, auf das Geldspenden zur Unterstützung überwiesen werden können. Auch kleinere Beträge können helfen.

Militaristen entgegenreten!

Kommt am 6. Juni zum Prozess nach Bückeburg!

Solidarische Antimilitarist_innen

Spendenkonto: Rote Hilfe OG Hannover,

Konto: 10 808 858 - BLZ: 760 100 85

IBAN: DE49 760 100 85 00 10 808 858

42 BIC: PBNKDEFF - Stichwort: Bundeswehrkonzert

Einige Gedanken zu Knästen und dazu, was wir gegen sie ausrichten können

Veränderungen und Fragezeichen

Seit wir im November 2013 die Anti-Knast-Tage in Bielefeld besucht haben ist einige Zeit vergangen. Und obwohl wir, motiviert und nachdenklich durch die Diskussionen und Vorträge, entschlossen hatten uns weiter mit dem Thema „Knast“ zu beschäftigen, hat es doch eine Weile gedauert.

Für die Organisation in den Knästen und auch für Anti-Knast-Zusammenhänge draußen ist Kommunikation über Mauern und Zäune hinweg ein wichtiger Bestandteil. Und als Menschen, die das Ende aller Knäste und der gegenwärtigen Gesellschaft wollen, sind unsere Kontakte in die Knäste auch immer mit der Frage verbunden, wie wir solidarisch gemeinsame Kämpfe führen können. Doch mit welchen Gefangenen wollen wir Kontakt haben und uns organisieren? Manche unterscheiden zwischen „politischen“ und „sozialen“ Gefangenen; andere reden von „rebellischen“ Gefangenen. Doch ist diese Unterscheidung angebracht? Sind Menschen, die aus „sozialen“ Gründen im Knast landen, z.B. weil sie „Eigentumsdelikte“ begehen, nicht auch widerständig handelnde Subjekte, die sich gegen die bestehenden Verhältnisse wenden? Warum trennen zwischen solchen, die „bewusst handeln“ und solchen, die innerhalb der Umstände, in denen zu leben sie gezwungen sind, nach Handlungsoptionen suchen?

Die Suche nach Verbündeten erweist sich sowohl für Drinnen als auch für Draußen schwierig und die Tendenz, dass die räumliche Abgrenzung von Knästen immer weiter verstärkt wird, macht die Angelegenheit zukünftig noch komplizierter. Neue Knäste werden immer häufiger in die Peripherien der Städte gebaut und damit vermeintlich „außerhalb“ der Gesellschaft. Momentan befinden sich viele der Knäste aber nach wie vor inmitten der Städte zwischen Wohnhäusern und Kiosken, zwischen Supermärkten und Schulen, inmitten der Knastgesellschaft, die aus einer Vielzahl unterschiedlicher Knäste besteht.

Hannover. Der Straße raus aus der Nordstadt folgen, über die Brücke des Nordstadt-Bahnhofs nach Hainholz. An der Schulenburg Landstraße entlang, durch das Industriegebiet – eigentlich nur einen Katzensprung entfernt: die hohen Zäune mit Nato-Stacheldraht, dahinter der Knast. Die JVA Hannover rühmt sich auf ihrer Homepage damit, dass es sich um einen der größten Knäste Deutschlands handelt, mit 821 „Plätzen“. Außerdem sei die JVA Hannover „inzwischen zur bedeutendsten Drehscheibe im nds. Strafvollzug geworden“. Mindestens drei große Busse seien von Hannover aus täglich unterwegs, um Gefangene in andere Anstalten oder zu Gerichtsterminen zu bringen. 2000 Gefangene ver-

brächten jährlich ein bis zwei Nächte in der JVA in der Schulenburg Landstraße 145. Bemüht ist die JVA auch um eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Bullen und Justiz; seit bereits 13 Jahren finden monatlich gemeinsame Fortbildungen für Bullen und Knastpersonal in diesem Knast statt. Bestandteil hiervon sind zum Beispiel detaillierte Knastführungen für Bullen oder Angebote wie „Hannover bei Nacht im Streifenwagen“ für Schließer_innen. Am 25. April 2013 inszenierte die Knastleitung eine Feier zum 50jährigen Bestehen des Knasts; der Laden läuft. Und das - zumindest nach außen hin - scheinbar reibungslos.

Break the isolation

Früher, so erzählt einer bei den Anti-Knast-Tagen, da war es noch in vielen Knästen möglich, durch die Zäune und über die Mauern zu rufen, zwischen den Gitterstäben der Fenster hindurch. Wenigstens bis die Schließer_innen kamen.

Heute sind die meisten der Knäste so gut abgesichert und abgeschirmt, dass solche Gespräche unmöglich sind. Aber: Immer noch gibt es auch die alten Knäste, deren Instandhaltung und Modernisierung keine Priorität haben; was wir uns zunutze machen können. Damit wollen wir die Widerwärtigkeit von Knästen nicht am Beispiel der vermeintlich weniger schlimmen alten Exemplare relativieren. Aber welchen Raum in unseren Köpfen und in unserem Handeln gestehen wir dem Knast und allen anderen Orten, die dafür gemacht sind, auszugrenzen, überhaupt zu? Und liegt es nur daran, dass Knäste sich verändert haben oder waren Kämpfe gegen Knäste früher präsenter in verschiedenen Kreisen einer radikalen Linken? Wenn das so war: Warum? Weil es mehr „eigene“ Gefangene und dadurch mehr Kontakte in die Knäste gab?



Bedarf es heute besonderer Umstände, um Kontakt in die Knäste aufzunehmen, die neben unseren Haustüren liegen? Wie im Sommer 2009, als es zu einem Protest einiger Gefangener im Knast in der Schulenburg Landstraße in Hannover kam. Weil es „zu wenig Aufsichtspersonal“ gab wurde der Hofgang zusätzlich verkürzt und einige Gefangene im Hof weigerten sich zurück in ihre Zellen zu gehen. Bedingt durch ein „Sommerloch“ in der Lokalpresse, blieb dieser Protest für die draußen nicht unsichtbar. Nachdem

anfänglich nur die Knastbetreiber_innen zu Wort gekommen waren, erschienen schließlich Leserbriefe Gefangener und somit gab es Namen, die nach draußen gelangten, was es einigen Menschen dort ermöglichte, Kontakt zu Menschen drinnen aufzunehmen. Im Sommer 2009 führten die „besonderen Umstände“ auch dazu, dass Menschen draußen sich mit den Gefangenen drinnen solidarisieren konnten; es wurde eine kleine unangemeldete Kundgebung vor dem Knast abgehalten, die Gefangenen drinnen begrüßt, mit der Botschaft: Ihr seid nicht allein, wir hören euch, wir unterstützen euch in euren Forderungen - und das, was wir wollen ist: Knäste zu Baulücken!

Aber sind es solche besonderen Umstände, auf die wir warten müssen, um Kontakte in die lokalen Knäste zu bekommen? Wie können wir zur Schaffung solcher Momente, in denen sich drinnen und draußen in Solidarität verbinden können, beitragen? Jedes Jahr zeigt sich an Silvester, dass die Knäste doch nicht ganz unerreichbar sind. Weltweit finden an diesem Tag Feuerwerke vor den Knästen statt. Silvester 2011 und 2012 gelang es einigen Menschen, ein Feuerwerk vor dem Frauenknast in Hildesheim zu machen und die Gefangenen vom Wall aus zu grüßen, ihnen ein frohes Neues Jahr zu wünschen. Silvester 2013 fand eine ähnliche Aktion erfolgreich vor der JVA Hannover statt und einigen drinnen war es hier möglich, die Rufe zu erwidern. Weder gab es draußen Bullen, die schnell genug zur Stelle waren, noch drinnen Wärter_innen, die diesen (wenn auch kurzen) Moment des Austauschs und Kontakts unterbinden konnten.

Eine weitere Möglichkeit der Kontaktaufnahme könnte sich aus den Besuchszeiten der Knäste, die zum Beispiel auf der Homepage der JVA zu finden sind, ergeben. Bestimmt ist es den einen oder anderen Versuch wert, mit den Angehörigen und Freund_innen derer zu sprechen, die in Knästen eingesperrt sind, um sich zu informieren was drinnen passiert und auf der Suche nach Verbündeten. Die Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme zwischen drinnen und draußen sind zwar beschränkt aber nicht unmöglich. Auch lohnt es sich die Knast-Zeitungen von Gefangenen zu lesen, die es in einigen Knästen gibt. Zwar unterliegen die meisten der Kontrolle der Knastleitung, aber ab und an kann dennoch eine kleine Anzeige aufgegeben werden, wie: „Wenn ihr Lust auf Briefkontakt, Austausch mit solidarischen Menschen draußen habt, schreibt an Zora Zellengenossin.“

Unterschiedliche Projekte, wie ABC-Berlin, versuchen zudem Kontaktadressen von Gefangenen auf ihrer Internetseite zu sammeln. Es lohnt sich einen Blick auf

diese Seite zu werfen, denn dort gibt es auch sonst noch ein paar Tipps, Tricks und Infos, wie die Kontaktaufnahme aufgebaut und aufrecht erhalten werden kann.

Hannover. Am Hauptbahnhof oder am Nordstadtbahnhof in die S-Bahn Richtung Langenhagen Flughafen. Endstation. Aussteigen, die Rolltreppe hinauf, durch das Flughafengebäude, nach draußen. Über die Straße und dann nach links, rechts um die Kurve, dort irgendwo, tatsächlich beinahe im Nichts, neben der Rollbahn des Flughafens, liegt der zweite Knast der Stadt. Hier können bis zu 148 Gefangene eingesperrt werden; es gibt einen Trakt für Abschiebehaftgefangene, die U-Haft und Zellen für Menschen, die sogenannte „Kurzstrafen“ absitzen müssen. Auch hier umgrenzen Zäune das Gelände. Aber wenigstens zum Trakt der Abschiebehaftgefangenen ist es bei geöffneten Fenstern möglich, Rufkontakt herzustellen. In der Zeit vor und nach dem Suizid eines Gefangenen im Abschiebetrakt Hannover Langenhagen am 2. Juli 2010 gab es Menschen, die Gefangene besuchten und für eine kurze Zeit drangen Informationen über das, was hinter den Mauern geschah, nach draußen. Durch die Fenster und Zäune erzählten Gefangene von den zahlreichen Miss-handlungen, die sie durch die Schließer erfuhren, und davon, wie sie mit einem Hungerstreik Widerstand leisteten. Und die draußen riefen denen drinnen Mut und Kraft zu, erzählten ihnen von einer großen Demo, die nach dem Suizid des Mitgefangenen in der Hannoveraner Innenstadt stattgefunden hatte.



Dies ist ein Aufruf zur Revolte...

Ausgrenzung ist eine Grundstruktur der Gesellschaft, in der wir leben. Im Knast kommt sie nur besonders zugespitzt und deutlich zum Ausdruck. Der Knast mag für manche konkreter Bestandteil des eigenen Lebens sein, für andere eine abstrakte Drohung - auf den Fersen ist er uns im Grunde schon allen.

Knast ist nichts, was getrennt vom Rest der Gesellschaft existiert, auch wenn alles getan wird, um diesen Eindruck zu erwecken. Die Gefangenen sind Teil der existierenden Gesellschaft, auch wenn sie unter verschärften repressiven Bedingungen zu leben gezwungen werden. Und deshalb sollte nicht vergessen werden, dass wir auch durch gemeinsame Kämpfe solidarisch miteinander sein können. Unsere Ablehnung der Arbeit draußen, unser Unmut gegenüber Hartz 4, gegenüber anderen Ausgrenzungssystemen und Repressionen, ist keinen Wimpernschlag vom Unwillen und Widerstand gegen die Zwangsarbeit in den Knästen entfernt. Vielleicht geht es vor allem darum, uns dieser engen Verbundenheit bewusst zu werden und die Stärke, die in ihr liegt, zu erkennen. Doch sollten wir draußen nichts von denen drinnen erwarten, was wir selbst nicht hinkriegen: nämlich eine

44 starke und breite Organisation und entschlossene

Kämpfe. Drinnen und draußen unterscheiden sich also letztlich gar nicht so sehr voneinander – am augenscheinlichsten ist, dass die Bedingungen drinnen härter sind.

Während die Verhältnisse draußen zumindest noch den Anschein erwecken sollen, frei zu sein – und es stellenweise tatsächlich Nischen und Entscheidungsmöglichkeiten gibt – herrscht drinnen offener und nahezu totaler Zwang. Drinnen sind die Menschen, die sich der bestehenden Ordnung auf unterschiedliche Art und Weise widersetzen. Und jede_r Bürger_in weiß, Verstöße müssen bestraft werden; auf eine Art und Weise bestraft werden, dass niemand so leicht auf den Gedanken kommt, es dem_der Delinquentin gleichzutun. Innerhalb der Strafmaßnahme wird den Betroffenen die Logik des Bestehenden mit aller Gewalt und aller Konsequenz eingepflegt. Resozialisierung nennt sich das dann. Das ist nicht viel mehr als die Eichung der Individuen auf die gesellschaftliche Ordnung mit all ihrer Härte. Draußen kommt diese Härte gewiss etwas subtiler daher, denn als sonderlich sozial lassen sich die meisten Maßnahmen nicht verkaufen. Während den Arbeitsverweigerer_innen im Knast jegliche „Freizeitaktivität“ inklusive Hofgang verwehrt wird, sind es draußen langfristig die Untersagung von Bezügen, Amtsschikanen und als Konsequenz das völlige Fehlen des lebensnotwendigen Geldes. Selbst die ach so romantische Perspektive des Drop-Outs, des Ausstiegs aus der Gesellschaft, erweist sich immer öfter als privilegierte Option.

Die Arbeit als solche funktioniert im Knast nicht anders als draußen. Menschliche Arbeit dient nur zum Teil der Schaffung von konkreten benutzbaren Produkten. Auf der anderen - in der Logik des Bestehenden wichtigeren - Seite schafft sie Mehrwert. Weder von den konkreten Produkten, noch von dem mit ihnen korrespondierenden Werten können unmittelbar jene zehren, die sie geschaffen haben. Die Produkte ihres Schaffens können sie erst mit ihren Löhnen auf dem Markt erwerben; sie bezahlen also sowohl mit ihrer Zeit, als auch ein zweites Mal mit ihrem Lohn. Der Unterschied von Draußen zu Drinnen ist nicht nur der stark eingeschränkte Markt, sind nicht nur die geringen Löhne von 1-3 Euro, sondern auch der Umstand, dass die Gefangenen die Rechnung für die Strafmaßnahme teilweise selbst durch ihre Arbeit begleichen müssen. Was bleibt? Alles – selbst die eigene Haft – gibt es nur gegen Geld. Es zeigt sich, dass die Logik des Bestehenden sich im Mikrokosmos des Knastes nur widerspiegelt. Sowohl die Maßnahmen des Knastes, als auch die verschiedenen Instrumente außerhalb dessen zielen auf den gleichen Punkt. Sie wollen eine Gesellschaft funktionierender Subjekte.

So ist die Frage nach aufständischen Momenten, nach Revolte, schließlich auch nicht so unterschiedlich. Was wir tun können ist zuallererst der Versuch, Infos zwischen draußen und drinnen zu verbreiten und die Fäden der Kommunikation nicht versanden lassen,

Kontinuitäten schaffen, wo sie uns schwer gemacht wird. Schreibwerkstätten zum Briefe schreiben an Gefangene etwa können Teil des steten Versuchs des Kontakts und der Verbindungen sein und diese zum alltäglichen Bestandteil unserer Leben und Kämpfe machen. Auch in Hannover gab es zwischen Winter 2008 und Winter 2009 den Versuch, mit dem „Baulücken - Cafe für knastlose Zustände“ Raum für kontinuierliche Auseinandersetzungen und Kontaktaufnahme zu Gefangenen zu bieten. Die Resonanz war teilweise sehr spärlich und der Versuch wurde zunächst aufgegeben. Aber lohnt es nicht oft, Dinge immer wieder aufs Neue zu versuchen? Immer wieder die Möglichkeiten des kontinuierlichen Kontakts auszuloten, um sich zu finden, zu verbünden, gefährlich zu werden...

Hannover. Auch dort, wo wir uns einen vermeintlichen „Freiraum“ geschaffen haben, in unserem eigenen „Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße“, wo wir nichts mit Ausgrenzung zu tun haben wollen, treffen wir doch wieder darauf. Was für die einen ein „Freiraum“ sein soll, ist für die anderen ein Strafraum. Denn es sind unter anderem Sozialstündler_innen, die mittlerweile nachmittags am häufigsten im UJZ angetroffen werden können, die auf der Baustelle arbeiten - dafür, dass wir ganz gemütlich unsere „linksradikale Politik“ betreiben können und alles seinen gemächlichen Gang geht. Kann dies ein „Freiraum“ sein, in dem die Zwänge der Knastgesellschaft nicht einmal temporär überwunden werden können?

Sozialstunden sind kein emanzipatorischer Ersatz für Haftstrafen, die fällig wären, wenn Geldstrafen nicht bezahlt werden können. Sie retten die Leute nicht vorm Knast und üben keine Form von Kritik an dem Umstand, dass die Betroffenen durch die Willkür der Justiz „strafällig“ gemacht werden. Und überhaupt finden wir die meisten Straftaten nicht verwerflich, viele sogar unterstützenswert. Ohne Ticket fahren? -Ja, bitte! Klauen? - Sehr gut!

Müsste es uns mit einem emanzipatorischen Anspruch und mit einer ablehnenden Haltung dieser Gesellschaft gegenüber nicht darum gehen, kriminalisierte Handlungen offensiv zu vertreten und sich mit denen zu solidarisieren, die von staatlicher Repression betroffen sind, anstatt für die Ausführung der repressiven Maßnahmen zu sorgen? Wollen wir denn in unserem „Freiraum“ vom staatlichen Strafsystem profitieren, das uns kostenlose Arbeitskräfte liefert? Sozialstunden sind nur einer der langen Arme des Knasts, der bis ins eigene Szene-Wohnzimmer reicht. Wir sollten uns viel eher auf die Suche nach Konzepten praktischer Solidarität zum Auffangen der Repression nach „Alltagskriminalität“ machen, die sich jenseits der Binsenweisheit „besser bei uns, als bei weniger korrekten Projekten“ bewegen.

**Brechen wir der Knastgesellschaft die Arme,
auf dass alle Mauern fallen!**

Freiheit für alle Gefangenen! Knäste zu Baulücken!

„Ein Traum wird Realität“? Justizneubau in Hannover

Seit Juli 2013 wird, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, hinter dem Hannoveraner Hauptbahnhof zwischen Augusten- und Hinüberstraße gebaut. Entstanden soll ein Justizzentrum, das die bisher über das Stadtgebiet verteilten Gerichte vereint. Zudem wird das Gebäude über eine Brücke mit dem Amtsgericht verbunden sein, das wiederum Übergänge zum Haus der Staatsanwaltschaft und zum Landgericht hat.

Begründet wird das Projekt durch Einsparungen, die sich durch eine gemeinsame Nutzung der Infrastruktur ergeben. Aber ist es tatsächlich die gemeinsame Nutzung von Poststelle und Kantine, die die Verantwortlichen in rhetorische Ekstase versetzt? So lobte z.B. Ex-Justizminister Busemann die Pläne als „großes, stolzes Projekt“, das in Niedersachsen seines gleichen suche. Der frühere Ministerpräsident McAllister betonte, dass dieser Neubau die „Präsenz der Justiz“ in der Landeshauptstadt deutlich mache und in der HAZ (Hannoversche Allgemeine Zeitung) ist gar von einem „Justizpalast“ die Rede.

Dieses Projekt scheint eine enorme symbolische Aufladung zu besitzen. So stammt Idee zu dem Zentrum angeblich aus den 70er Jahren, „doch es brauchte viel Zeit, bis der Traum Realität wurde.“ (HAZ) Im Juli 2015 soll der Neubau, der mit über 31 Millionen Euro veranschlagt ist, dann fertig werden. Zumindest wenn es nach den Plänen des verantwortlichen Düsseldorfer Architekturbüros HPP (Architekten Hentrich, Petschnigg und Partner) geht.

Justiz-Neubauten in diesem Umfang finden derzeit allerdings nicht nur in Hannover statt. Auch in München und Köln gibt es Großbaustellen, die zum Ziel haben die Abläufe der deutschen Justiz weiter zu optimieren, und es regt sich auch Protest dagegen. In München wurde allein durch Graffiti ein erheblicher Sachschaden verursacht. Auf die Verteilung eines Flugblattes gegen den Justizneubau folgten Hausdurchsuchungen.

Wir denken nicht, dass sich durch diese Neubauten substanziell etwas an der Praxis der Gerichte ändern wird. Eine neue Ära wird nicht anbrechen. Der „Justizpalast“ zwischen Augusten- und Hinüberstraße wird die alltägliche Praxis von Verurteilen und Strafen vielleicht tatsächlich ein wenig präsenter werden lassen in der Stadt. Vielleicht ist es auch an der Zeit, unserer grundsätzlichen Kritik an diesen Logiken zu mehr Präsenz zu verhelfen. Auch wenn wir weit entfernt sind von einem Punkt, an dem die Normalität von Gerichten und Staatsanwaltschaft gesellschaftlich in Frage gestellt wird, hält uns das nicht davon ab, es trotzdem zu tun.

Ohne ein offenes Infragestellen, eine offene Ablehnung, wird sich an den herrschenden Normalitäten nichts ändern, so viel steht fest. Zwar wissen wir, dass unsere Möglichkeiten begrenzt sind - dass die Verhältnisse jedoch so stabil sind, wie sie erscheinen mögen, zweifeln wir zumindest an. Für uns ist es entscheidend, unsere Kritik nicht nur an offensichtlichen Verschlechterungen unserer Situation ansetzen zu lassen, sondern das zu kritisieren, was vermeintlich unhinterfragbar ist. Es geht uns darum emanzipatorische Ideen zu entwickeln, die eine über den Moment hinausreichende Tragfähigkeit haben. Deshalb reicht es uns auch nicht, auf den Status quo zu bestehen und darüber zu sinnieren, ob über die Stadt verteilte Gerichte weniger schlimm wären als ein Justizzentrum. Lasst uns stattdessen experimentieren - mit und gegen unsere begrenzten Möglichkeiten!



Mieter:

Land Niedersachsen, vertreten durch das Nds. Justizministerium

Vermieterin:

FUBOS Beteiligungs GmbH, ein Unternehmen der LHI Leasing GmbH, Pullach im Isartal

Bau:

BAM Deutschland AG

Architektur:

HPP Hentrich-Petschnigg & Partner GmbH & Co. KG

Mietverwaltung:

LHI Leasing GmbH

Parkplatzbetreiber:

DB BahnPark GmbH

Finanzierendes Unternehmen:

Gothaer Asset Management AG

www.bam-deutschland.de/node/748/0/details

www.mj.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_i...

www.bam-deutschland.de/news/762

Kontaktstelle:

Niedersächsisches Justizministerium

Projekt „Justizzentrum Hannover“

Frau Daniela Roß

Am Waterlooplatz 1

30169 Hannover

Fax: (05 11) 1 20-51 70

E-Mail: Daniela.Ross@mj.niedersachsen.de

anonym

Vorwärts! Und wieder erinnern, worin unsere Stärke besteht!

Einige Ereignisse während des Jahres 2013 haben uns zu denken gegeben. Im Frühsommer fanden in der BRD und einigen Nachbarländern Razzien gegen mutmaßliche Angehörige der türkischen Revolutionären Volksbefreiungsarmee-Front (DHKP-C) statt; mehrere Aktivist_innen wurden festgenommen. In den folgenden Monaten traten in München Flüchtlinge in den Hungerstreik, um für die Anerkennung ihrer Asylanträge und gegen ihre Behandlung durch die Behörden zu protestieren. Und im November endete schließlich der Prozess gegen die frühere RZ-Aktivistin Sonja Suder mit einer Verurteilung zu einer Haftstrafe. Während des gesamten Jahres versuchten Unterstützer_innen Solidaritätskampagnen anzustoßen.

Hätte es nicht einem linken Selbstverständnis entsprochen, zu diesen Anlässen deutlich Stellung zu beziehen, zu protestieren, Demos zu veranstalten, Geld zu sammeln, staatliche Organe mit direkten Aktionen anzugreifen - mit dem Ziel konkret zu helfen, das Vorgehen der Behörden zu skandalisieren und unseren Widerstand gegen staatliche Repression und gesellschaftliche Normierung auszudrücken? Sehen wir von den Aktivitäten der unmittelbaren Unterstützer_innenkreise ab, passierte aus unserer Wahrnehmung jedoch so gut wie nichts.

Schauen wir hingegen auf die aktuellen Flora-Proteste, fällt eine außergewöhnlich breite und erfolgreiche Mobilisierung innerhalb der radikalen Linken auf. Ähnliches gilt für den breiten Widerstand gegen Zwangsräumungen in Berlin.

Wir denken, dass diese Diskrepanz symptomatisch für den derzeitigen Stand der autonomen Politzscene ist. Sie führt nach unserer Auffassung vor Augen, dass viele von uns geneigt sind, bei ihrer Soli-Arbeit einfachen Reflexen zu folgen. Wir werden dort aktiv, wo mensch meint, dass die ureigenen Belange berührt werden. Andere Kämpfe hingegen werden eher teilnahmslos beobachtet. In der verbreiteten Passivität sehen wir eher einen Ausdruck dafür, dass uns die Praxis des solidarischen Handelns in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend verloren gegangen ist. Und wir fragen uns, woran das liegen könnte?

Mit diesem Beitrag möchten wir daher eine Debatte über Solidarität in der radikalen Linken anregen. Dabei geht es uns darum, den Begriff zu schärfen und ein Verständnis für seine originär politische Dimension zu betonen. Davon erhoffen wir uns, dass die radikale Linke ihrem eigenen Handeln gegenüber langfristig wieder mehr Bewusstsein entwickelt und stärker wird. Wir sollten wieder an einen Punkt gelangen, der es uns ermöglicht, einfache Antworten abzulehnen, auf reflexhafte Distanzierungen zu verzichten und simple Gut-Böse-Unterscheidungen zu verweigern. Dazu gehört sehr viel Engagement und nicht zuletzt auch

die Bereitschaft, unsere eigenen kulturalistischen und eurozentrischen Muster zu überwinden. In einer historischen Perspektive ist Solidarität die tragende und verbindende Kraft emanzipatorischer Bestrebungen, und nach wie vor ist sie unser wichtigstes politisches Kampfmittel, das wir uns wieder aneignen müssen!

Verlust der Solidarität

Im Folgenden sollen verschiedene Aspekte benannt werden, die wir als Ursachen für die eingangs skizzierte Entwicklung sehen.

Beginnen wollen wir mit einzelnen Entwicklungen bzw. Veränderungen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene: eine zunehmende Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche, u.a. auch daraus resultierend ein verstärktes Leistungsdenken wie auch eine zunehmende Konkurrenz- und Ellenbogenmentalität, die Abwertung und Ausgrenzung von Menschen, welche die Leistungsnormen nicht erfüllen bzw. zu den Verlierer_innen in diesem „Spiel“ gehören... All dieses sind genügend Gründe, den Alltag als zunehmend repressiver zu empfinden. Und diese Veränderungen hinterlassen ihre Spuren auch im Verhalten und in den Einstellungen von Menschen in der radikalen Linken. Dieses zeigt sich z.B. in einer Mentalität, das eigene individuelle Fort- und Durchkommen vermehrt in den Lebensmittelpunkt zu stellen und somit in einer zunehmenden Anpassung an bürgerliche Normalitäten. Die Szene wird nicht als ein Raum gesehen, in dem eine gemeinsame Utopie einer herrschaftsfreien und solidarischen Gesellschaft entwickelt und gelebt wird. Ein in dieser Art und Weise gestalteter Raum müsste somit von Grund auf im Widerspruch zu den alltäglichen gesellschaftlichen Verhältnissen liegen. Und eine politische Identität, die durch eine derartige Utopie geprägt wäre, müsste auch das Infragestellen der eigenen Person bzw. der eigenen Reproduktion bürgerlicher Herrschaftsstrukturen und Machtverhältnisse beinhalten. Stattdessen wird die Szene zunehmend als eine Episode von drei bis bestenfalls fünf Jahren gesehen. Wird dann noch die eigene politische Bedeutung als eher „gering“ gesehen, kommt also eine gefühlte Defensive im Kopf wie im Herzen dazu, wird letzten Endes doch schneller zu realpolitischem Pragmatismus gegriffen statt sich an einem politischen Gegenentwurf zu orientieren.

In den letzten 10 bis 15 Jahren hat es in der radikalen Linken weitere politische Ausdifferenzierungen gegeben und daraus resultierend schärfere Trennlinien. Diese Trennlinien sollen jetzt nicht pauschal als falsch bezeichnet werden. Allerdings ist bei uns der Eindruck entstanden, dass die Betonung des Trennenden gegenüber einer Suche nach möglichen Gemeinsamkeiten überwiegt. Der (fast) ausschließliche Bezug auf den eigenen Dunstkreis ist sicherlich bequem. Mensch macht damit (zunächst) nichts falsch.

Dieser Bezug kann einer identitätsstiftenden Selbstvergewisserung dienen und augenscheinlich unerwünschte Auseinandersetzungen vermeiden helfen. Im Hinblick auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse ist er aber nicht weiterführend. Dafür wäre es eher sinnvoll, die Auseinandersetzung nach emanzipatorischen Gemeinsamkeiten zu suchen und auf dieser Grundlage gemeinsam aktiv zu werden.

Inwiefern dieser Selbstbezug zum Abschneiden von Informationen und damit auch zu einem Nichtverhalten führen kann, hat sich im Zusammenhang mit den Morden des NSU gezeigt: Nach dem neunten Mord 2006 in Kassel wurde auf einer vor diesem Hintergrund stattfindenden Demo ein Zusammenhang zwischen sämtlichen neun Morden hergestellt. Dieser Zusammenhang wurde aber nicht aus unserer Szene, also von Menschen, die nicht oder kaum von Rassismus betroffen sind, hergestellt, sondern genau aus den Communities, für die Rassismus zu den Alltagserfahrungen gehört und zu denen es aus unserer Szene heraus nur noch selten Kontakte gibt.

Solidarisches Verhalten scheint es in der radikalen Linken aktuell nur dann zu geben, wenn ein sehr hoher Grad an politischer Identifikation zugrunde liegt. Ist dieses nicht der Fall, bleiben die Reaktionen eher überschaubar oder ganz aus. So etwas wie die Möglichkeit einer kritischen Solidarität scheint heute kaum noch mitgedacht. Kritische Solidarität würde heißen, dass sich trotz politischer Unterschiede solidarisch gezeigt wird, weil z.B. ein staatlicher Angriff auch als Angriff auf sich selbst begriffen wird. Das setzt zunächst eine Auseinandersetzung über den inhaltlichen Kern der Repression voraus. Richtet sich diese Repression im Endeffekt gegen jede Form von grundlegender emanzipatorischer Veränderung (von zumindest Teilen) dieser Gesellschaft, muss sie auch als eine gegen sich selbst begriffen werden. Das heißt, dass die Angegriffenen auch ein Stück weit austauschbar sind. Wir könnten genauso gut die Nächsten sein. Unterschiedliche gesellschaftliche Positionen können allerdings zu einer unterschiedlichen Ausgestaltung von Repression führen.

Solidarisches Verhalten sollte nicht im Widerspruch zu einer kritischen Auseinandersetzung über unterschiedliche politische Konzepte und Identitäten stehen. Eine Grenze für Solidarität ist dann erreicht, wenn ein emanzipatorischer Kern nicht oder kaum noch erkennbar ist. Oder wenn an zentralen Punkten aus unserer Sicht eindeutig anti-emanzipatorische Inhalte vertreten werden.

Die eigenen Maßstäbe bzw. der eigene Bezugsrahmen kann und sollte dabei nicht unkritisch auf politische Kämpfe übertragen bzw. angewendet werden, die entweder historisch andere Rahmenbedingungen zu verzeichnen haben oder fernab unserer europäischen Wohlstandsiseln stattfinden. Damit ist aber nicht die Aufgabe der eigenen Standpunkte gemeint. Auch an dieser Stelle sollte es um die Suche

nach politischen Gemeinsamkeiten gehen. Darüber hinaus kann der emanzipatorische Gehalt von politischen Aktivitäten nur bestimmt werden, wenn diese ins Verhältnis zu den ihrem (!!!) Kontext vorliegenden politischen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Ansonsten verkommen die eigenen Maßstäbe nur noch zu einer eurozentristischen Arroganz. Dazu müsste mensch aber eine weiterführende Auseinandersetzung führen, die sich u.a. genau auf diese unterschiedlichen Rahmenbedingungen bezieht. Dass diese eben nicht oder nur selten geführt wird, hängt sicherlich nicht nur mit fehlenden Kapazitäten zusammen.

Die hier skizzierten Aspekte stellen zum Teil keine neuen Phänomene in unserer Szene dar. Sie haben aber in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Unsere Betrachtung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weitere Aspekte wie die Angst vor Repression, eine auch auf die eigene Geschichte bezogene Geschichtslosigkeit oder die Frage nach dem Vertrauen in die bzw. dem Verhältnis zur „eigenen“ Szene wären genauso Wert, näher betrachtet zu werden. Nur möchten wir an dieser Stelle zum nächsten Punkt übergehen, nämlich der Frage nach der Definition von Solidarität.

Was ist eigentlich Solidarität?

Solidarität ist für uns zunächst mal einfach nur eine Handlung, die in einem politischen Konflikt Partei ergreift, mit dem Ziel, der- oder demjenigen, deren oder dessen Partei ergriffen wird, in diesem Konflikt zu unterstützen. Dabei kann es sich um die Unterstützung von Streikenden, von Hausbesetzer_innen, von Gefangenen, von Flüchtenden, von Kriminalisierten, von um ihr Recht Kämpfenden, Erniedrigten oder in der einen oder anderen Form von Gewalt Betroffenen handeln.

Dabei ist es zum einen entscheidend, dass die Unterstützenden vorher nicht direkt an diesem Konflikt beteiligt waren, also nicht von der Repression, der Hetze, der Gewalt betroffen waren, die diejenigen erfahren, die unterstützt werden sollen. Zum anderen haben diejenigen, die Solidarität ausüben, aber erkannt, dass sie zwar nicht betroffen, aber durchaus gemeint sind. Diese Erkenntnis heißt nichts anderes, als dass es im eigenen Interesse liegt, sich in diesem Konflikt zu engagieren und daran mitzuwirken, dass er möglichst für diejenigen, mit denen sich solidarisiert wird, entschieden wird - denn damit wird er auch für eine_n selbst entschieden. Es liegt im eigenen Interesse, weil die Personen, die in diesem Konflikt angegriffen werden, die eigenen politischen Überzeugungen, Ziele oder Ideen in grundsätzlichen Punkten teilen. In dem Maße wie diese Überzeugungen, Ideen oder Ziele Teile der eigenen politischen Identität sind, zur Persönlichkeit dazu gehören, in dem Maße ist der Angriff auch ein Angriff auf eine_n selbst.

Die Grundlage für die Fähigkeit, solidarisch handeln zu können, ist die Ausbildung dieser politischen

Identität: das Durchlaufen eines Politisierungsprozesses, in dem bewusst wird, dass das eigene Leben unfrei und fremdbestimmt und davon geprägt ist, sich ständig in Konkurrenzsituationen bewähren zu müssen, immer besser, schöner, anerkannter und erfolgreicher zu sein als die anderen. Politisierung bedeutet, zu verstehen, dass diese Situation von Menschen herbeigeführt wurde und von Menschen verändert werden kann, dass nichts alternativlos ist, aber vieles so verkauft wird; und sie bedeutet das Wissen darum, dass sich die eigene Unfreiheit und die eigene Ohnmacht gegenüber dem gewaltförmigen Normalzustand nur in gemeinsamen Kämpfen beseitigen lassen, mit Menschen, die zu demselben Ergebnis gekommen sind und den Versuch gestartet haben, die Gesellschaft zu verändern.

Es geht bei Solidarität also um die Erkenntnis, dass die Probleme anderer Leute die eigenen Probleme sind, zwar nicht aktuell, aber eventuell schneller, als einem_r lieb ist; nämlich dann, wenn der Konflikt zuungunsten derjenigen entschieden wird, denen die Solidarität gilt, und wenn die Niederlage der Ausgangspunkt des nächsten Konflikts ist, in dem mensch selbst nicht mehr bloß gemeint, sondern auch direkt betroffen ist. Zu erkennen, dass die Probleme anderer Menschen auch die eigenen sein können bzw. sind, bedeutet nichts anderes, als Gemeinsamkeiten zwischen sich selbst und den anderen Menschen festzustellen, und dies, obwohl die Leute einer_m möglicherweise völlig unbekannt oder Tausende Kilometer weit weg sind, eine andere Sprache sprechen oder einfach nicht in das kategorische Raster passen, das mensch für sich in Anspruch nimmt: hetero, europäisch, westlich, aufgeklärt, tolerant, usw. usw. Lässt sich diese Nähe nicht herstellen, weil mensch der Meinung ist, das Trennende sei doch zu groß, bleiben es die Probleme anderer Leute, dann gibt es auch keinen Grund, solidarisch zu sein. Wenn aber diese Nähe hergestellt werden kann und das eigene Wohlbefinden, die eigene Zufriedenheit mit dem Wohlbefinden und der Zufriedenheit anderer Leute verknüpft wird, die mensch möglicherweise niemals kennenlernen wird, dann ist das das Resultat der Ausbildung einer politischen Identität.

Uns ist klar, dass eine solche Konzeption, die auf Gemeinsamkeiten zwischen völlig unbekannten und sich vielleicht nie begegnenden Menschen hinweist, Gefahr läuft, eine „vorgestellte Gemeinschaft“ zu entwerfen, in der Individuen nach kollektiven Imperativen handeln sollen und Konformität erzwungen wird. Aber im Unterschied zu Nationen, Europa, dem Westen und was es sonst noch so an kollektiven Identitäten gibt, die ebenfalls je für sich von den Dazugehörenden „Solidarität“ erwarten (so z.B. Schröders „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA nach 9/11), orientiert sich Solidarität nicht an den oben genannten Impera-

tiven und Konformitäten. Denn die dienen eigentlich nur dazu, dass die „vorgestellte Gemeinschaft“ in ihrer bestehenden Form stabilisiert wird, und ein Verhalten, das darauf zielt, ließe sich zutreffender mit Loyalität statt mit Solidarität bezeichnen. Verpflichtet ist Solidarität allenfalls einem universalistischen Gedanken, der von der Gleichheit aller Menschen ausgeht und auf die Freiheit aller Menschen zielt. Und da die Fähigkeit, solidarisch handeln zu können, darauf beruht, eine eigene politische Position gefunden zu haben, die auf Befreiung und Emanzipation zielt, muss die Entscheidung, solidarisch zu sein, auf einer kritischen Auseinandersetzung mit den politischen Positionen derjenigen beruhen, denen die Solidarität gilt. Kritische Solidarität heißt, die Ziele zu unterstützen, aber gleichzeitig auf politische Differenzen hinzuweisen, ohne sich zu distanzieren oder den Kampf zu diskreditieren.



Die solidarisch Handelnden haben ein spezielles Motiv, sich in den Konflikt einzumischen: Das Wissen darum, selbst gemeint zu sein, und die Entwicklung einer Betroffenheit (die eine andere ist als die derjenigen, die aktuell den Ärger haben),

gehen jeder Solidarität voraus. Darauf hinzuweisen ist wichtig, um Solidarität von anderen Unterstützungsformen zu unterscheiden, die vielleicht auch in Konflikte eingreifen und parteilich sind, die aber aus anderen Beweggründen und mit anderen Zielsetzungen geschehen. Neben der schon erwähnten Loyalität sind insbesondere caritative, aus Mitleid resultierende, paternalistische Unterstützungen zu nennen. Dabei geht es nicht darum, auf Basis eines vergleichsweise aufwendigen Politisierungsprozesses eine grundsätzliche Ähnlichkeit mit den Unterstützenden, die Gleichheit der Probleme und die Notwendigkeit ihrer Beseitigung erkannt zu haben, sondern in diesen Fällen wird von einem grundsätzlichen Unterschied zwischen den Unterstützer_innen und den zu Unterstützenden ausgegangen, der überhaupt nicht beseitigt werden soll. Im besten Fall soll nur das aktuelle Leid und Elend beseitigt werden, aus reinem Mitleid, weil das Wissen um Hungernde, Tote, Gefolterte, zu verstörend ist, um es ignorieren zu können. Im schlimmeren Falle geht es um die Aufwertung der eigenen Person, weil die scheinbar selbstlose Unterstützung von Hilfsbedürftigen gesellschaftlich hoch anerkannt ist; von Selbstlosigkeit kann aber keine Rede sein, denn in diesem Fall ist die Unterstützung nur ein Mittel, um sich selbst auf Kosten von Menschen in Notlagen zu profilieren (wobei der Nutzen dieser Hilfe gar nicht in Frage gestellt werden soll).

Solidarität unterscheidet sich davon, weil keinerlei Gegenleistung in Form von Anerkennung oder Lob für die geleistete Unterstützung erwartet wird und insofern auch keine Enttäuschung oder Ärger aufkommen kann, wenn diese Gegenleistung ausbleibt oder die Unterstützung (bzw. ihre gewählte Form) möglicher-

weise zurückgewiesen wird. Der Begriff „Selbstlosigkeit“ ist aber auch hier völlig falsch, da, wie bereits gesagt, das Motiv für das Eingreifen auch hier ein Eigeninteresse ist, aber eines, das - und das ist der entscheidende Punkt - untrennbar verknüpft ist mit der Unversehrtheit und Freiheit von Menschen, die einer_m aufgrund von Gemeinsamkeiten sehr nahe stehen.

Das solidarische Eingreifen in einen Konflikt kann in unterschiedlicher Form erfolgen. So kann eine solidarische Aktion ein Sprechakt sein (performatives Handeln), mit dem den Konfliktparteien signalisiert wird, dass sich jemand einmischt, Stellung bezieht: ein Leser_innenbrief, der gegen die Schließung eines Jugendzentrums protestiert, ein lautes Dazwischenrufen, wenn jemand von den Bullen schikaniert wird, offene Entrüstung, wenn jemand diskriminiert wird, eine öffentliche Ankündigung zu einer Soliparty oder ein Protestbrief an eine_n Gouverneur_in, der_die jemanden hinrichten will. Dieses Eingreifen geschieht zwar zunächst nur sprachlich. Aber auch dann, wenn die Gegenpartei sich sicher sein kann, dass die Solidarität über den sprachlichen Protest zunächst nicht hinausgeht, z.B. weil die Bullen so brachial vorgehen, dass sich kaum noch jemand auf die Straße traut, kann sie diese Solidarität nicht ignorieren. Denn immer dann, wenn Repression, Unterdrückung, Schikane, Diskriminierung im öffentlichen Raum stattfindet, wenn sie beobachtbar ist, gehen diejenigen, die sie ausüben, das Risiko ein, sich dafür rechtfertigen zu müssen. Eine Solidarität, die in dieser Situation auf sprachlicher Ebene eingreift, ist der eingetretene Risikofall. Das heißt, dass die Gegenpartei unter Legitimationsdruck gerät und damit rechnen muss, an Zustimmung zu verlieren. Solidarität, die sich als performatives Handeln zeigt, führt also auf der Seite der Gegner_innen, z.B. Staat, Arbeitgeber_innen oder rassistischen Bullen vor allem dazu, dass die eigenen repressiven Handlungen besser gerechtfertigt werden müssen, weil schlechte Gründe bei bisher völlig Unbeteiligten zu Glaubwürdigkeits- und Akzeptanzverlust führen könnten. In rassistischen und sexistischen Alltagssituationen ist es oftmals so, dass sich diejenigen, die ausgrenzen, erniedrigen oder verletzen, überhaupt nicht für ihr Verhalten rechtfertigen müssen, weil sie von einem rassistischen oder sexistischen Konsens der Umstehenden ausgehen können. Ein solidarisches Eingreifen sorgt in solchen Situationen dafür, dass der Konsens gesprengt, die vermeintliche Zustimmung verweigert wird und der_die Angreifer_in auch hier unter Legitimationsdruck gerät. Solidarität kann also auf der Seite der Gegner_innen dazu führen, dass die Zahl der Unterstützer_innen sinkt, Entsolidarisierung eintritt und bisher Unbeteiligte sich einmischen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass durch den solidarischen Widerspruch Autorität, insbesondere in Fällen von staatlicher und patriar-

chaler Machtausübung, insgesamt in Frage gestellt wird, was wiederum neue Konflikte und neuen Widerspruch hervorrufen könnte.

Neben Solidarität als Sprechakt gibt es natürlich auch direkte Aktionen, mit denen Menschen in politischen Konflikten unterstützt werden können, z.B. wenn Geld gesammelt und weitergeleitet wird, wenn Zentren gegen Angriffe von Staat oder Nazis verteidigt werden, wenn Protestcamps mit Material oder Essen versorgt werden. Solche Unterstützungen sollten aber möglichst als öffentliche Handlungen von Umstehenden oder von Medien wahrnehmbar sein, es sollten möglichst viele mitbekommen. Nur so kann Solidarität als politische Handlung die größte Wirkung entfalten. Denn indem sie nicht nur eine Handlung, sondern auch eine Aussage über eine_n selbst und über die eigene politische Position ist, ist sie Teil einer politischen Kommunikation. Und wenn sich diese Kommunikation nicht nur an die Unterstützenden und deren Gegner_innen, sondern auch an eine Öffentlichkeit richtet, kann sie das Ziel erreichen, den Konflikt sichtbarer zu machen und auszuweiten, ihn vielleicht erst als politischen Konflikt bekannt zu machen. Das schafft dann auch die Möglichkeit für neue Solidarisierungen. Wenn Solidarität nicht öffentlich wahrnehmbar ist, sondern eher unauffällig ausgeführt wird, fällt ein wichtiges Moment der Kommunikationswirkung weg. Unter Umständen kann es aber auch sinnvoll sein, diese Öffentlichkeit zu vermeiden, denn als Unterstützer_in nicht wahrgenommen zu werden, ist natürlich auch ein Schutz und bewahrt davor, selbst zum Ziel von Angriffen zu werden.

Solidarität Reloaded

Ein wesentlicher Punkt für eine Umorientierung ist unserer Ansicht nach eine fortgesetzte intensive Selbst-Politisierung. Viele sich selbst als radikal Linke betrachtende Menschen setzen ihre Prioritäten auf Lohn-

arbeit, Familie und Karriere. Bürgerliche „Zwänge“ werden zu wenig hinterfragt oder zu selten versucht zu durchbrechen. Doch nur wenn wir unsere eigenen Standpunkte und Selbstverständnisse dauerhaft als Gegenentwürfe zu auf Herrschaft aufbauenden Gesellschaftsmodellen, Lebensentwürfen und Deutungsmustern entwickeln, wird es uns gelingen, unser Denken zu befreien.

Hier, meinen wir, liegt die zentrale Voraussetzung für Solidarität, wie wir sie begreifen. Denn nur so kann es wirklich gelingen, den Blick auf politische Kämpfe dahingehend zu weiten, dass unsere Wahrnehmung darüber hinausgeht, das Trennende zu sehen. Wir müssen es schaffen, auf das Gemeinsame zu schauen! Das ist möglicherweise auch schmerzhaft, nicht zuletzt, weil wir selbst in eurozentrischen und bürgerlichen Mustern verhaftet sind, die wir überwinden müssen. Und anstrengend wird es allemal: Denn wieso gehen wir



schaftlicher Kämpfe Forderungen geben könnte, mit denen wir solidarisch sein sollten? Wenn uns hier auf den ersten Blick nichts ins Auge springt, müssen wir halt ein zweites oder ein drittes Mal hinschauen. Solidarität heißt schließlich nicht Verzicht auf Auseinandersetzung, auch kritische Solidarität ist möglich.

Je näher uns laufende Kämpfe sind, desto größer wird unser Interesse sein, uns einzubringen. Daher sollten wir uns die Komplexität laufender Kämpfe gedanklich und praktisch aneignen. Nur so kann Nähe entstehen und das Eigentliche erfasst werden. So unterschiedlich die Kämpfe auch jeweils sein mögen - im Vordergrund sollte die Suche nach dem Gemeinsamen stehen. Der Aufwand wird sich lohnen: Das Entwickeln und die

Praxis von Solidarität ermächtigt schließlich nicht nur diejenigen, die direkt in einem Kampf stehen. Indem wir uns Positionen erarbeiten und aktiv eingreifen, ermächtigen wir uns selbst. Damit befähigen wir uns dazu, unsere Politik auch in unserem (bürgerlichen) Umfeld zu vertreten. Und im Zweifelsfall befreien wir uns sogar von dem Wunsch, dies tun zu müssen. Nur über echte Solidarität, glauben wir, kann eine revolutionäre Linke wieder handlungs- und politikfähig werden.

In diesem Sinne: Vorwärts! Und wieder daran erinnern, worin unsere Stärke besteht!

Planet Erde Frühjahr 2014

„Privat ist nicht politisch“

Eine Veranstaltung zu Aussageverweigerung

Für den 29. Januar 2014 hatten einige Berliner Autonome, die nach Selbstauskunft „schon etwas älter sind“, zu einer Veranstaltung unter dem Titel „Anna und Arthur streiten sich: Aussageverweigerung oder Schweigepflicht?“ ins Cafe Größenwahn der K9 nach Berlin-Friedrichshain geladen. Im Ankündigungstext führten sie aus, dass die Aussageverweigerungskampagne „Anna und Arthur halten's Maul“ für sie „kein Dogma“ sei und fragten: „(Wo) sollten neue Koordinaten gesetzt werden?“ und „(...) unter welchen Umständen ist gar ein Deal mit dem Gericht denkbar?“ und weiter „Welche Rückschlüsse lassen sich in diesem Zusammenhang aus einigen RZ-Verfahren von RückkehrerInnen aus dem Exil ziehen?“

Auf dem Podium waren der Moderator, ein Vertreter des Bundesvorstandes der Roten Hilfe und ein Berliner Rechtsanwalt und im Publikum der Rückkehrer aus dem Exil T. Kram und der Ex-Gefangene aus der RAF L. Tauffer platziert.

Nach den einleitenden Worten des Moderators sprach der zur Veranstaltung eingeladene Genosse der Roten Hilfe, er formulierte u.a. Kritik an dem tendenziösen Veranstaltungstitel und begründete die Bedeutung des Prinzips der Aussageverweigerung. Anschließend sprach der Berliner Rechtsanwalt. Er zählte Beispiele verschiedener Einlassungen von Beschuldigten aus naher und ferner Vergangenheit auf. Er stellte die Einlassungen als strafmildernde Prozessstrategie im Interesse der Beschuldigten dar, die vor Gericht mit hohen Strafen zu rechnen hatten. Konsequenterweise erwähnte er, dass die Einlassungen zuweilen auf Kosten Dritter gingen. So z.B. in dem von ihm angeführten Beispiel aus dem Kaendl-Prozess (Antifa Gençlik): die Einlassungen der Angeklagten belasteten einen abgetauchten Genossen, dem damit eine Rückkehr in die BRD unmöglich gemacht wurde. Der Genosse wurde später in Kurdistan von dem türkischen Militär erschossen. Der Rechtsanwalt verschwieg auch für die Debatte aufschlussreiche Erfahrungen mit Einlassungen:

z.B. als die Anwältin der Angeklagten Ingrid Strobl 1989 in einem Verfahren gegen die RZ einen engen Freund als „Mister X“ einführte, dem sie angeblich den von ihr gekauften Wecker übergab. Diese vermutlich zunächst als trickreich angesehene Einlassung führte bei den Ermittlungsbehörden zu Spekulationen über X und belastete eine männliche Person.

Die Darstellung des Rechtsanwalts folgte offensichtlich dem Interesse, Einlassungen zu legitimieren. Zwar sind RechtsanwältInnen von ihrer Funktion her keine RevolutionärInnen, trotzdem könnte man von einem linken Anwalt erwarten, dass er die Interessen einer Bewegung und ihrer Kollektive im Auge behält und Aussagen vor Bullen und Justiz erst einmal als Distanzierung von der Bewegung bewertet, statt sie als Strategie zu rechtfertigen, weils dem individuellen Interesse eines Mandanten entspricht.

Wenn die VeranstalterInnen ein ernsthaftes Interesse an einer politischen Diskussion gehabt hätten, dann hätten sie die Fallstricke einer Einlassung bzw. eines Deals benannt und möglicherweise auf die konkreten Hintergründe und Erfahrungen verwiesen, die einmal zu der Entstehung der Formulierung „Anna und Arthur haltens Maul“ geführt hatten. Mit keinem Wort wurde jedoch auf die Gefahren oder Risiken von Einlassungen und Deals aufmerksam gemacht oder diese problematisiert.

Im Anschluss an die Podiumsbeiträge erhielt Kram vom Moderator das Wort erteilt. Er hielt den bis dahin längsten Beitrag, legte seine Beweggründe für die Rückkehr nach 19 Jahren Exil und für seine Einlassungen bei der BAW dar und erklärte sein Verhalten u.a. mit dem Ende der Geschichte der RZ.

Zu allerletzt sprach Tauffer und entlarvte mit seinem Beitrag das Veranstaltungskonzept. Er sagte, dass er nichts zu aktuellen politischen Debatten der radikalen Linken in Deutschland beitragen könne, da es nicht (mehr) seine Geschichte sei, aber zum Thema der

Veranstaltung fügte er hinzu, dass auch er eine Einlassung gemacht habe, um nach 17 Jahren aus dem Knast entlassen zu werden. Und Tafer behauptete auch, dass dies auch alle anderen Gefangenen aus der RAF mit lebenslänglichen Haftstrafen getan hätten, um den Knast verlassen zu können. Doch das von vielen Gefangenen im Zuge ihres Entlassungsgesuchs geleistete Abschwören vom bewaffneten Kampf

ist keine Einlassung vor Gericht. Es wurden keine Informationen preisgegeben. Mit seiner Behauptung stellte Tafer zudem einige Menschen in ein falsches Licht, die bewusst eine andere Haltung praktiziert haben.

T. Kram und sein Deal

T. Kram war bei den Revolutionären Zellen, ist 1987 untergetaucht und nach 19 Jahren wieder aufge-taucht. Zusammen mit einer Frau der Roten Zora hat er sich Ende 2006 „der Bundesanwaltschaft gestellt“, wie der Spiegel berichtete. Und: „Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sorgte im vergangenen Dezember [2006] dafür, dass die beiden [...] Abgetauchten gegen Auflagen Haftverschonung bekamen.“

Kram hat über einen Anwalt aus der Illegalität Verhandlungen mit der Bundesanwaltschaft (BAW) aufgenommen, um nach seiner freiwilligen Rückkehr der Untersuchungshaft zu entgehen. Mit Erfolg: Er wurde von U-Haft verschont. Als der Prozess vor dem Stuttgarter Staatsschutzsenat lief, sah die Bundesanwaltschaft seine bisherigen Aussagen für eine Bewährungsstrafe nicht als ausreichend an. So kam es zu einer Einlassung von Thomas Kram während des laufenden Prozesses, in der er u.a. Aussagen zu einem „Treffen mehrerer Revolutionärer Zellen unter Einbeziehung aktiver Militanter aus der Gründerzeit“ machte. Mit dieser Aussage bestätigte er u.a. die Behauptung des Kronzeugen Tarek Mousli aus dem Berliner RZ-Prozess 2001, dass es einen bundesweiten Austausch der RZ-Gruppen gegeben hätte. Derartige Aussagen zu Strukturen haben bei Organisationen gegen die mit dem Paragraphen §129 (a,b) ermittelt wird eine besondere Bedeutung, da sie juristisch die Konstruktion eines „gemeinschaftlichen Tatplanes“ und damit die Ermittlung und ggf. Verurteilung gegen Einzelne ohne konkreten individuellen Tatnachweis ermöglichen.

Kram hatte damals die Einschätzung: „Es wird keinen weiteren RZ-Prozess mehr geben“, womit er seine Einlassung zu legitimieren versuchte. Doch er hatte sich getäuscht. Im September 2011 wurden Sonja Suder und Christian Gauger von Frankreich an die BRD ausgeliefert. Ein Jahr später begann in Frankfurt am Main der Prozess u.a. mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der RZ gegen beide.

Nach wie vor sind nicht alle RZ-Aktionen verjährt. So hat es auch noch nach der Einlassung von Kram Zeug-ninnenvorladungen bei der BAW wg. des Mordes



an Heinz-Herbert Karry gegeben. Es ist der Staat, der entscheidet, wann die Akten geschlossen werden. Auf der Veranstaltung wurde die politische Dimension und die öffentliche Kritik an der Aussage von Kram nicht transparent gemacht. Einige entpolitisierten die Kritik sogar als „Mobbing“. So konnte das Versprechen der Einladung – eine politische Diskussion zu führen – gar nicht eingelöst werden.

Einlassungen, Deals und die Ehrlichkeit mit sich selbst Wer einen politischen Prozess führen will, wird vor Gericht auch eine politische Erklärung abgeben. Ein Deal, wie ihn beispielsweise Kram eingefädelt hat, unterscheidet sich davon. Oft werden Deals schon vor Prozessbeginn abgesprochen. Ein Deal bedingt ein Geben und Nehmen. Man sagt etwas aus, was Staatsanwaltschaft oder Gericht hören wollen, dafür gibt es eine Gegenleistung. Man muss dazu beispielsweise Strukturen verraten oder Konstrukte bestätigen. Lässt sich ein Angeklagter oder eine Angeklagte auf einen Deal ein, hat er/sie die Sache nicht mehr in der eigenen Hand. Es ist eine Illusion, wenn er/sie glaubt, die Sache noch im Griff zu haben.

Die Repressionsorgane sind auch nach Jahren dankbar, wenn sie Informationen über illegale Strukturen erhalten und ihnen damit auch die Deutungshoheit gegeben wird, als Sieger Geschichte zu schreiben. Deals werden in der Regel im Eröffnungsbeschluss des Gerichts und im Urteil bei der Strafzumessung festgehalten. Der Staat kennt den Eröffnungsbeschluss und das schriftliche Urteil von Kram. Einer politischen Diskussion würde es dienen beides öffentlich zu machen. Kram hat auf der Veranstaltung einen „sträflichen Fehler“ eingestanden, nämlich den kompletten Wortlaut seiner Einlassung nicht sofort veröffentlicht zu haben. Sein Fehler setzt sich fort, solange er Eröffnungsbeschluss und Urteil vorenthält.

Kram hat sich bewusst gegen einen politischen Prozess entschieden. Er setzte nicht auf politische Mobilisierung und Solidarität. Er hat sich vom Kollektiv(gedanken) verabschiedet und einen individuellen Weg eingeschlagen. Er wurde dabei von einigen Freunden unterstützt. Sie haben sich zumindest in diesem Punkt von der Konfrontation mit dem Staat abgewandt. Nach dem Ende des Prozesses geschah aber nicht das Naheliegende. Kram hat nämlich nicht gesagt „Ich bin Rentner. Ich will Ruhe“. Stattdessen wollte er offensichtlich seine Identität des Revolutionärs in die Gegenwart retten. Mit dieser Einstellung stellte er Antrag auf finanzielle Prozesskostenunterstützung bei der Roten Hilfe. Daraufhin wurde sein Verhalten kritisiert und ein Streit in der Roten Hilfe über die Stoßrichtung der Kampagne für Aussageverweigerung und über den Zweck der Roten-Hilfe-Unterstützungsleistung ausgelöst.

Kram hat seine Identität als Revolutionär und damit auch seine Geschichte aufgegeben. Dafür kann es Gründe geben, die uns nicht bekannt sind. Was aber reitet die Veranstalter, dieses Verhalten auf Grundlage einer unkritischen Auseinandersetzung zu erklären und zu rechtfertigen?

Entscheidungen und ihre Konsequenzen

Die RZ stehen nach wie vor im Fokus der Ermittler, die Akten sind nicht geschlossen. Insofern stimmen die auf der Veranstaltung geäußerten Einschätzungen nicht: Es ist nicht das Ende der Geschichte. Es ist nicht vorbei. Dies berührt auch Fragen einer radikalen Praxis politischer Kämpfe und wie man mit den jeweiligen Konsequenzen umgeht. Nicht jeder Mensch muss jeden denkbaren Schritt des Kampfes gehen wollen. Es gibt unterschiedliche Formen politisch aktiv zu sein und mit bewussten Entscheidungen, kann das Risiko mit Repression und Knast konfrontiert zu sein reduziert, aber auch nicht ausgeschlossen werden. Wer sich für eine politische Praxis entschieden hat, sollte sich auch mit den Konsequenzen auseinander gesetzt haben, dies gilt insbesondere für den bewaffneten Kampf, bei dem die Konsequenz Repression, Knast oder Tod sein kann. Es klingt hart, aber er/sie hat dann eine historische und praktische Verantwortung bis zum Lebensende.

Krams Konsequenz war 19 Jahre Untergrund. Er hat sich dann für seine Rückkehr entschieden. Was auf der Veranstaltung nicht gesagt wurde: Es ging bei ihm damals um maximal drei Jahre Knast.

Schlussfolgerungen

Auf der Veranstaltung wurde die Position vertreten, dass Aussagen möglich sind, wenn dem Angeklagten der Arsch auf Grundeis geht. Wiederholt kam von den Veranstaltern und aus Teilen des Publikums, der Vorschlag zum Konsens, über den die Anwesenden sich doch einig seien: „Vor Bullen und Staatsanwälten sagen wir nichts. Vor Gericht überlegen wir es uns.“ Eine Einlassung (mit dem Ziel der Strafmilderung) bedeutet immer eine Weitergabe von Informationen an die staatlichen Repressionsorgane und eine politische Niederlage, egal ob diese Aussage vor Bullen oder vor Gericht gemacht wird. Diese auf der Veranstaltung aufgemachte Unterscheidung ist unter diesem Aspekt völlig irrelevant.

Mit der Veranstaltung und ihren oben ausgeführten Statements wurde versucht, Orientierungspunkte zu verschieben und neue Maßstäbe zu setzen. Wenn Aussagen vor Gericht Gang und Gäbe werden, hat das fatale Konsequenzen. Mit Aussagen vor Gericht werden Tür und Tor auch für anderes aufgemacht: Wenn die nächste Zeugenvorladung mit Androhung von Beugehaft kommt, heißt es dann auch, dass man

doch ein bisschen aussagen dürfe, um der maximal sechsmonatigen Beugehaft zu entgehen? Dem klaren „Nein!“ der Roten Hilfe schließen wir uns an. Es geht um die Konsequenz im eigenen Handeln und um die Ehrlichkeit mit sich selbst.

Leute zu verpfeifen, Strukturen zu verraten, Konstrukte der Ermittlungsbehörden zu bestätigen, all das kann einen unabsehbaren Rattenschwanz nach sich ziehen und neue Ermittlungen und Repression lostreten. Jeder trägt Verantwortung gegenüber seiner eigenen politischen Geschichte und der Gegenwart, gegenüber GenossInnen und sich selbst. Da passt kein Bereuen „ich tu's nie wieder“! oder ein Distanzieren von militanten Aktionsformen.

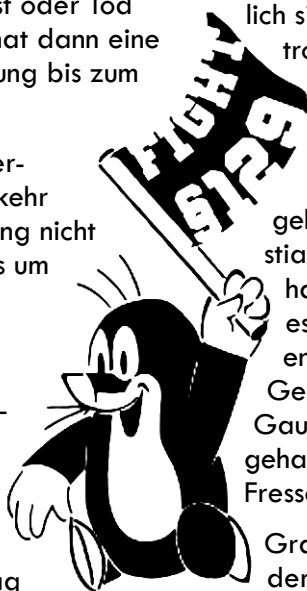
Solidarisches, revolutionäres Verhalten zeichnet sich aus durch einen Abstand zu staatlichen Organisationen, aus taktischen Gründen, aber auch aufgrund der Geschichte und Funktion staatlicher Behörden. Ergebnis einer konsequenten Haltung ist Aussageverweigerung. Wenn die politische Haltung schwindet, dann kommt es zu Aussagen.

Der Repression begegnet man mit Solidarität. Natürlich sind auch wir dabei gefragt. Wir dürfen die Betroffenen nicht allein lassen und müssen jedes mal überlegen, wie die Leute, die von Knast oder Beugehaft bedroht sind, unterstützt werden können. Dass das auch bei einer Anklage wegen Jahrzehnte zurückliegender Anschläge der RZ geht, hat der Prozess gegen Sonja Suder und Christian Gauger in Frankfurt am Main bewiesen. Beide hatten doch einiges zu befürchten, immerhin gab es eine Mordanklage. In der Solidaritätsarbeit engagierten sich alte Antiimps genauso wie junge GenossInnen, gerade weil Sonja Suder und Christian Gauger sowie Sibylle S., die dafür fünf Monate Beugehaft kassiert und abgesessen hat, konsequent die Fresse gehalten haben.

Gravierend ist es, wenn Grundsätze wie das Prinzip der Aussageverweigerung in Frage gestellt werden, um einen Freund vor politischer Kritik in Schutz zu nehmen.

Der politische Skandal der Berliner Veranstaltung ist zudem, dass Institutionen wie der Berliner Ermittlungsschuss (EA) und die Zeitung „Interim“ die Veranstaltungsankündigung kritik- und kommentarlos online gestellt bzw. abgedruckt haben. Beide haben damit die Versuche einer Koordinatenverschiebung mitgetragen. Von einem EA erwarten wir die Aussage: „Schnauze halten!“

„Anna und Arthur halten's Maul“ halten wir für ein zeitloses Prinzip und verbindliche Richtlinie. Die Koordinaten sind und bleiben klar gesteckt: keine Aussagen bei Bullen, Staatsanwaltschaft und Gericht. Aus einem einfachen Grund: Aussageverweigerung ist der beste Schutz. Für andere und für sich selbst. Es gibt keine Alternative für eine revolutionäre Linke.



HALIM DENER

gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen.

Kommt zur bundesweiten Demonstration - 21.06.2014, 14.00 Uhr - Hannover, Steintor

Vor 20 Jahren wurde Halim Dener von einem deutschen Polizisten in Hannover erschossen.

Wir erinnern an die Ereignisse der Jahre 1993/94 und stellen sie in einen Kontext mit der heutigen Situation in Kurdistan und der BRD.

gefoltert.

Der 16-jährige Kurde Halim Dener musste 1994 vor der Verfolgung durch den Staat Türkei aus seiner Heimat fliehen. Damals zerstörte das türkische Militär 4.000 Dörfer – so auch Halims Dorf in der Nähe von Çewlik (türk.: Bingöl). 17.000 „Tote unbekannter Täter“, Verschwundene und Folter waren die gängige Praxis von Polizei, Geheimdienst und Paramilitärs. Halim selbst wurde nach einer Festnahme von der türkischen Polizei eine Woche lang verhört und gefoltert. Aktuell wird über einen Friedensprozess debattiert, doch hat sich die Situation kurdischer Jugendlicher in türkischen Gefängnissen nicht grundlegend geändert: Gewalt, Folter und sexuelle Übergriffe stehen nach wie vor auf der Tagesordnung. Und auch auf der Straße werden weiterhin Jugendliche in Auseinandersetzungen mit der Polizei getötet. In den deutschen Medien wird der Kurdistan-Konflikt weitgehend verschwiegen. Die BRD ist jedoch durch die Bekämpfung der kurdischen Bewegung sowie Waffenlieferungen und militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO-Partnerschaft selbst aktiver Teil des Kurdistan-Konflikts.*



Kampagne

Halim Dener
gefoltert.geflüchtet.verboten.erschossen.

30. Juni 1994

geflüchtet.

Halim flüchtete vor Krieg und Verfolgung unter falschem Namen, um seine Familie in der Heimat nicht zu gefährden. Als minderjähriger, unbegleiteter Flüchtling kam er in die BRD. Hier war nach öffentlicher rassistischer Hetze und Pogromen an Flüchtlingen und Migrant*innen 1993 das Grundrecht auf Asyl durch Änderung des Grundgesetzes faktisch abgeschafft worden. Infolgedessen sank die Quote der Anerkennung auf Asyl von damals bereits geringen 4,3% auf 0,8% im Jahr 2006.

Heute fliehen Menschen aus den Konfliktzonen, wie z.B. Syrien oder Libyen, um in Europa ihr Leben in Sicherheit weiterführen zu können. Darunter sind viele Minderjährige, die teilweise ohne Familienanschluss die gefährliche Flucht auf sich nehmen. Flüchtlingen und Migrant*innen schlägt immer wieder, auch von Seiten der Behörden, blanker Rassismus entgegen.*

verboten.

Im November 1993 wurde nach einer beispiellosen Hetzkampagne gegen die kurdische Bevölkerung in der BRD die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und alle ihr nahestehenden Organisationen als „Terrororganisation“ verboten. Es folgte eine Welle von Durchsuchungen und Verhaftungen. Durch öffentliche Hetze gegen Kurd*innen wurde ein Klima von Hass und Angst geschaffen, das von einer simplen Gleichung bestimmt war: „Kurd*innen = PKK = Terrorist*innen“. Das Verbot hat nach wie vor Bestand und findet rege Anwendung. So trifft die Repression kurdische Kulturvereine und öffentliche Strukturen der kurdischen Bewegung, insbesondere aber kurdische Jugendliche und Aktivist*innen, die sie sich mit der Bewegung identifizieren und politisch engagieren.

erschossen.

Auch in der BRD setzte sich Halim für die kurdische Bewegung ein. So plakatierte er wenige Wochen nach seiner Flucht in Hannover Plakate mit dem Emblem der ERNK, des (damaligen) politischen Arms der PKK. Dabei wurde Halim in der Nacht vom 30.06.1994 von SEK-Polizisten in Zivil überrascht und bei der Festnahme aus kürzester Entfernung in den Rücken geschossen. An dieser Schussverletzung starb Halim wenig später. Der Polizist wurde von seinen Kolleg*innen gedeckt, sodass die Tat nie angemessen aufgeklärt werden konnte. In einem drei Jahre dauernden, zweifelhaften Prozess wurde er schließlich freigesprochen. Diese Tötung durch Polizist*innen ist kein Einzelfall; Christy Schwundek, Oury Jalloh oder Achidi John sind weitere bekannte Opfer. Auch Polizeigewalt, die gedeckt und vertuscht wird, sowie Kontrollen nach dem racial profiling sind an der Tagesordnung. Halim Dener repräsentiert in seiner Person viele verschiedene Kämpfe, die hier in der BRD und auf der Welt geführt werden – der Kurdistan-Konflikt, die Frage von Krieg und Flucht, Repression linker Ideen und Organisationen sowie (rassistische) Polizeigewalt.

Halims Geschichte und Tod sind kein Einzelfall!
Deshalb fordern wir...

Schluss der militärischen Zusammenarbeit der BRD mit der Türkei!

Ende des Exports deutscher Waffen!

Bleiberecht für Alle!

Weg mit dem PKK-Verbot!

Lückenlose Aufklärung rassistischer Polizeigewalt!

Kampagne Halim Dener - halimdener.blogspot.eu

Kartoffeln zu Brei!

Oder: Bismarck ist kein Mineralwasser!

„Wir müssen eine militante Praxis entwickeln, die dem Wissen und der geschichtlichen Erfahrung gerecht wird, dass rassistisches und völkisches Handeln aus der Mitte dieser Gesellschaft kommt, dass es seine legale Mitte in den staatlichen Institutionen, in den demokratischen Parteien, in den Polizei- und Justizapparaten, in den medizinischen und kulturellen Denkfabriken hat (von Eugenik angefangen bis hin zu den Theoretiker[_innen] der kulturellen Differenz...)“

-autonome l.u.p.u.s. Gruppe im Juni 1993

Bald ist es wieder mal soweit: Deutschland feiert sich und seine Einheit. Dieses mal soll das Spektakel in Hannover stattfinden. Auf uns kommt eine Zeit zu, in der die Inszenierung der BRD als Erfolgsgarant_in und Fels in der Krisenbrandung ganz besonders hoch im Kurs steht. Grund zum Feiern ist den stolzen deutschen Demokrat_innen zuweilen auch die Geschichte ihres Landes. Den einen gilt diese - doch so ganz und gar nicht erfreuliche - Geschichte im Konkreten tatsächlich als Grund zum Feiern und den anderen ist sie ein Anlass zu betonen, dass sie im Laufe der Zeit doch so viel dazugelernt haben. Deutschland hat sich ihrer Meinung nach ganz gut gemacht; auch der erste Deutsche vom Dienst Joachim Gauck meint, es sei ein „[...] gutes Deutschland - das Beste, was wir jemals hatten.“

Der Ausnahmezustand im Normalvollzug

Doch Deutschland treibt uns nicht nur die Galle in den Rachen wenn es feiert. Jeder einzelne Moment seines Bestehens ist zu viel. Da jedoch im Oktober jeden Jahres der schwarz-rot-goldene Mob seine Fahnen schwenkt und die Fanfaren bläst, bieten uns diese Feierlichkeiten eine gute Angriffsfläche. Nur allzu gern wird der Alltag zu diesem Anlass einfach weggespült. Doch auf genau diesen zielt unsere Kritik; den widerwärtigen all-alltäglichen Normalvollzug. Im Alltag werden die meisten der Privilegierten selten mit der Gewalt des Nationalstaats konfrontiert. In wenigen Fällen treten sie in einen Dialog mit den auf unterschiedliche Art Benachteiligten. Sowohl dies, als auch die eigene Betroffenheit von und die Mitwirkung an den Verhältnissen gilt es in den Fokus zu rücken.

Nationen...(nicht) nur kranke Gedanken

Nationen sind Konstrukte, doch können wir nicht allein bei dieser Feststellung stehen bleiben. Denn diese Phantasiegebilde ziehen ganz handfeste Konsequenzen nach sich. Die argumentative Grundlage der Nation ist nichts anderes als vermeintlich gemeinsame Werte, Geschichte oder Sprache. Wir sagen hingegen: Wir haben nichts gemeinsam! Die meisten der In-sass_innen von Nationalstaaten kennen einander nicht ein mal. Nationen und ihre Verteidiger_innen schließen ein und aus. Weder das eine, noch das andere ist

Grund zur Freude. Die Ausgeschlossenen verrecken an den Mauern der Festung Europa und schaffen sie es doch über diese hinaus, neiden ihnen die Eingeschlossenen ihre vermeintlichen und doch nicht existenten Privilegien. So werden beispielsweise die schäbigen und viel zu kleinen Unterkünfte für Geflüchtete im geifernden Volksmund zu „Hotels“, in denen die „Eindringlinge“ auch noch umsonst wohnen dürfen. Die Eingeschlossenen haben den mehrheitsgesellschaftlichen Normen und den kapitalistischen Imperativen zu genügen und dementsprechend zu funktionieren. Jedes Individuum wird an den Maßstäben seiner Verwertbarkeit gemessen und der Gesellschaft verpflichtet. Vor diesem Hintergrund wird auch die patriarchale Konstitution von Nationen deutlich. Nationen grenzen sich nicht nur nach Außen ab, sondern stellen auch nach Innen gewisse Anforderungen und sind dementsprechend strukturiert. So fußen sie ganz grundlegend auf der Trennung von Produktion und Reproduktion. Die als produktiv gewertete Lohnarbeit wird quasi religiös aufgeladen. Das „Arbeit haben“ gilt als eines der höchsten Ziele, als wäre es so etwas wie die religiöse Erleuchtung. Doch um Arbeit leisten zu können, braucht es auch Zeit und Aufwand, die Arbeitskraft wiederherzustellen. Dies geschieht zumeist im „Privaten“; oft im Bezugsraum von Liebesbeziehungen oder Ehen. Der dort geleistete Aufwand wird gratis geleistet. Die patriarchale Assoziierung von Frauen* mit diesem Reproduktionsbereich ist die Schnittstelle von Kapital und Patriarchat und der Grund, warum sie so gut zusammen funktionieren.



Ei, ei, ei was seh ich da - ein verliebtes Ehepaar: Staat und Nation

Auch die kapitalistisch bedingte Vereinzelung der Menschen tritt durch das gemeinsame Aufgehen im Begriff der Nation in den Hintergrund. Um diese Einsamkeit zu verdrängen, fällt den Verteidiger_innen der Nation nichts Besseres ein, als sich selbst und alle anderen als eingeschlossen Definierten unter das Dach des Volkskörpers zu stellen. Genau hier kommt der Staat ins Spiel. Er tritt auf als der politische Verwalter der kapitalistischen Nation. Dabei unterstützt er mit der Absicht der Identitätsstiftung die vielzählige Mythen, die sich rund um das Territorium der jeweiligen Nation und seine Bewohner_innen ranken. Der von

den Individuen gewollte Volkskörper ist nicht allein ein ethnisch definierter Zusammenschluss. Er ist zudem ein Begriff für die staatlich geforderte Unterordnung der Privatinteressen unter das Gemeinwohl zur Gewährleistung nationalen Erfolgs. Fügen sich die Individuen dieser Unterordnung nicht freiwillig, tritt die Gewaltförmigkeit selbiger nur offener zutage. Dies gilt jedoch für die Individuen in unterschiedlichem Maße und hängt eng mit ihrer sozialen und wirtschaftlichen Position sowie der ihnen zuteil werdenden Macht zusammen. Ein kleiner Anteil individueller Bereicherung wird ihnen allerdings zugestanden und genau dieser Anteil ist es, der in ihnen den Wunsch weckt und stärkt, Nationalstaatsbürger_in zu sein. Sie flehen den Staat an, ihr Privateigentum zu sichern und ihnen zu helfen, dieses gegen alle anderen, die sich ebenfalls ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum sichern wollen, zu verteidigen.



Ich, Du, Er_Sie, WIR!

Doch das Individuum gibt seine Identität nicht völlig in die Hände des nationalen Zwangskollektivs. Wie auch ein Individuum verschiedene Identitäten in sich vereinigt, fügt sich auch die kollektive Gesamtidentität eines Individuums aus verschiedenen Zugehörigkeiten zusammen. Meist lassen sich diese Identitäten jedoch nicht frei wählen. So auch die Staatszugehörigkeit. Doch gerade diese statische Verfasstheit verspricht dem Individuum einen gewissen Nutzen. Auch wenn alles zusammenbricht, ist es immer noch Staatsbürger_in. Der Rückzug auf diese Identität treibt ganz fatale Blüten. Der Nationalstaat wird zur individuellen Projektionsfläche für den Wunsch, innerhalb der kapitalistischen Konkurrenz zu bestehen. Der Wunsch, alle nationalen Mitkonkurrent_innen zu besiegen, wird mit der Zeit als unerfüllbar erkannt. Um der Ohnmacht zu entgehen, wird der Mantel des nationalen Wir-Gefühls über nahezu alle Widersprüche gelegt. Daraus wird letztlich der Wunsch, dass die eigene Nation Siegerin der Staatenkonkurrenz werden soll. Ganz besonders enthusiastische Nationalist_innen entwickeln gar den Wunsch, die Nation solle über die ganze Welt herrschen. So wird letztlich positiv auf die Nation Bezug genommen und sie wird sogar als fortschrittlich verstanden. Dabei passiert jedoch nichts anderes, als dass sich die Nation als Hafen der aufgeklärten bürgerlichen Gesellschaft vorgestellt wird.

Das Land der Richter und Henker

Unsere grundlegende Feindschaft gegenüber Nationen soll jedoch nicht ignorieren, dass es eine besonders widerliche Form des Nationalismus' gibt: Den Völkischen! Eine solche Unterteilung halten wir unter den gegebenen Umständen für äußerst relevant, sie darf jedoch keine selektive Entkräftigung antinationaler Kritik bedeuten. Schauen wir uns ein mal an,

welches Land sich hier selbst feiert. Es ist das Land, welches sich nur allzu gern zum „Land der Dichter und Denker“ stilisiert. Das Land, in dem „ganz normale Deutsche“ den Umschwung der Aufklärung in handfeste Barbarei wahr machten. Dass die Shoah in Deutschland umgesetzt wurde, steht für uns in einem bestimmten Kontext. Der industrielle Massenmord an Jüdinnen_Juden lässt sich auf Deutschland und die Zeit des Nationalsozialismus eingrenzen, nicht jedoch der dahinter stehende Vernichtungsgedanke. Die Deutschen verwirklichten nicht nur die Shoah, sondern auch Porajmos, den Mord an Homosexuellen, Menschen mit Behinderung sowie anderen „Volksschädlingen“. Dies lässt sich somit als das besonders widerwärtige Deutsche charakterisieren. Die Idee der Nation ist erst wenige hundert Jahre alt und entwickelte sich mit der Etablierung des industriellen Kapitalismus. Anfangs galt sie als fortschrittliches Konzept. Die als

Folge der französischen Revolution entwickelte Volkssouveränität wurde der absolutistischen Herrschaft gegenübergestellt. Diese „Selbstbestimmung der Völker“ ist Dreh- und Angelpunkt der positiven Bewertung solch so genannter republikanischer Nationen. Entfernt man sich nun wieder ein Stück von der Romantisierung der Nation als politische Kraft der Bürger_innen, kann die staatliche Wirkungsweise betrachtet werden. Um den kapitalistischen Laden am Laufen zu halten, war es zunächst notwendig, Herrschaft unsichtbarer und weniger greifbar als im Absolutismus zu gestalten. Republikanische Nationen bauten als erste so ausgiebig auf die Internalisierung herrschaftlicher Ideale durch die Bürger_innen. Wenn sich diese Variante allerdings als nicht mehr zweckdienlich oder nicht mehr haltbar erweist, treten völkische Argumentationsmuster in den Vordergrund. Zur Nation gehören fortan nicht mehr die, die sich etwa der Verfassung verpflichten, sondern jene, die „reinen Blutes“ sind.

Eine solche Blut- und Bodenideologie stand in Deutschland ganz am Anfang der Nationenbildung. Sie ist auch ein Ausgangspunkt dafür, dass es die Deutschen waren, die ihre Souveränität durch die Shoah ausdrückten. Die industrielle Vernichtung der Jüdinnen galt ihnen als Mittel, eine abstrakte Herrschaft an einigen bestimmten Individuen festzumachen und sich ihrer so entledigen zu können. Sie verknüpften dies mit der territorialen Ausweitung der Nation. Sowohl die Versuche, Herrschaft bestimmten Personengruppen zu zuschreiben, um sich selbst eine „weiße Weste“ überstreifen zu können, als auch das deutsche Großmachtbestreben - vertreten durch Vertriebenenverbände - leben nach wie vor fort. Das „reine Blut“ ist die nötige Voraussetzung zur Teilhabe an der Nation. Meist bezieht sich der_die postnazistische Deutsche jedoch nicht mehr auf das Blut, sondern

auf kulturelle Unvereinbarkeiten. Wer in Deutschland leben will, muss sich auch deutsch verhalten. Das drückt sich nicht nur durch die ewig nostalgische Berufung auf die auch so hehren preußischen Tugenden und den Korpsgeist aus. Dieses „deutsch sein“ beginnt schon bei Äußerlichkeiten - Tag für Tag. Und weil es so viel Mühe kostet, sich Sorgen um die Stabilität des Volkskörpers zu machen, scheinen die Mitglieder des selbigen immer wieder zu vergessen, dass die Zugehörigkeit zu diesem wirklich kein schöner Umstand ist. Doch für diese Auseinandersetzung bleibt zwischen Lohnarbeit und Schimpfen auf die „Fremden“ wirklich keine Zeit. Die nationale Identität im allgemeinen und die deutsche im Besonderen grenzt sich jedoch nicht nur nach Außen ab, sondern hat auch nach innen gerichtete Anforderungen.

..und Action!

All jenen, die von diesen Um- und Zuständen zum Feiern motiviert werden, wollen wir kräftig in die Suppe spucken. Wir rufen alle Gegner_innen der bestehenden Gesamtscheiße zu einem autonomen Block auf der Bündnisdemonstration gegen die Feierlichkeiten auf. Einerseits können wir uns mittels Demonstrationen, Veranstaltungen vielfältigen Aktionen den dritten Oktober als politische Bühne aneignen und nutzen um eben jenen Normalvollzug des unerträglichen Ganzen zu thematisieren und zu kritisieren. Andererseits können wir eine größere Mobilisierung als eine Gelegenheit für direkte und militante Aktionen nutzen um unserer Abscheu einen für uns angemessenen Ausdruck zu verleihen. Wenn sich die Herrschaft auch durch alle Individuen zieht, sie niemandes Schuld und die Schuld aller gleichermaßen ist, so hat auch die Verwaltung und Verteidigung des Bestehenden Namen und Adressen. Seien es die zahlreichen Kameras im und um das Stadtgebiet, die eine umfangreiche Überwachung und die Durchsetzung der Europäischen Sicherheitspolitik gewährleisten. Sicherheit im Sinne kapitalistischer Eigentumslogik. Sei es die Ausländer_innenbehörde, die ein zentrales Organ für die alltägliche Repression gegen Refugees darstellt, und ein annähernd gutes Leben für viele Menschen verunmöglicht. Seien es Burschenschaften, die – gerade an diesem Tag – besonders exzessiv durch ihr sexistisches und nationalistisches Bewusstsein die Aufrechterhaltung patriarchaler und nationaler Machtstrukturen feiern. Sei es die Bundesagentur für Arbeit, die ganz basal und auf sozialchauvinistische Art und Weise Armut verwaltet und für eine der direktesten Zwänge kapitalistischer Marktlogik steht: Der Verwertung von Individuen durch Verkauf ihrer Arbeitskraft; ist dies nicht möglich, soll diese halt unentgeltlich gemacht und aufgewertet werden. Oder seien es natürlich die Bullen und ihre Dienstgebäude und -fahrzeuge, die als Hüter_innen dieser kapitalistischen Ordnung und als ausführendes Repressionsorgan immer unsere Gegner_innen sind. Um nur einige Widerwärtigkeiten zu nennen, die uns mal mehr mal weniger, in Gänze aber tagtäglich das Leben schwer machen, auch wenn wir es nicht immer

direkt zu spüren bekommen. Diese Orte und ihre symbolische Macht anzugreifen ist eines unserer Ziele. Uns soll es nicht reichen unsere Wut – und von der haben wir reichlich – bloß verbal auf die Straße zu tragen. Unserer Kreativität soll dabei keine Grenzen gesetzt werden, weder durch uns noch durch andere. Wir selbst bestimmen die Mittel, mit denen wir dieser Gesellschaft entgegentreten. Schreiten wir gemeinsam in Richtung einer freien Assoziation freier Individuen in einer Welt ohne Herrschaft und Unterdrückung.

Wir haben versucht, in diesem Aufruf möglichst viele Facetten von Nationalismus und nationaler Vergesellschaftung zu berücksichtigen. Allerdings weist er auch teils gravierende Lücken auf. So bliebe allein über die patriarchalen Aspekte von Nationen viel, viel mehr zu sagen. Auch historische Aspekte wie der erste Weltkrieg oder die Zusammenführung von BRD und DDR und somit die Entstehung einer neuen Nation in jüngster Vergangenheit sowie deren Folgen in Form von Pogromen hätten betrachtet werden können. Auch die aktuelle Tagespolitik hätte Erwähnung finden können. Was bedeutet beispielsweise die Diskussionen um doppelte Staatsbürger_innenschaften für eine Analyse des Nationalismus? Grundsätzlich ließe sich feststellen, dass eine solche „Doppelmitgliedschaft“ nicht problemlos mit dem Konstrukt der Nation vereinbar ist. Denn haben Menschen zwei Staatsbürger_innenschaften, heißt das für die Individuen, dass sie sich nicht mit Leib und Leben einer Nation verpflichten müssen. Geht beispielsweise Deutschland den Bach runter, kann sich das Individuum in die zweite Nation retten. Ein Deutscher würde sagen: „So gehts ja nicht!“ Generell müsste viel mehr gesagt werden über die dynamische Anpassung und Vereinnahmung von Staat, Nation und Kapital. Wir haben diese Punkte nicht in voller Länge und Tiefe aufgenommen, weil wir in diesem Aufruf keine geschlossene Analyse liefern wollen und an einigen Punkten auch nicht können. Wir hoffen, dass unsere Worte einige Argumente gegen Deutschland liefern, aber auch zum Weiterdenken anregen und dazu führen, dass wir uns am 3. Oktober auf der Straße sehen.

Dieser Aufruf soll keine Gegenmobilisierung zu den Bündnisaktionen sein, sondern diese ergänzen. Wir denken, dass am 3. Oktober viel Raum für militante Aktionen gegeben ist.

Zusätzliche Infos, Aktionskarten, Zielbeschreibungen findet ihr bald unter:

schlandunter.blogspot.de

Einige



Kommt zu den Squatting Days

27. - 31.8.2014 in Hamburg!

Vom 27. bis 31. August werden wir gemeinsam Hausbesetzungen zum Thema machen. Lasst uns Erfahrungen austauschen, diskutieren, um die Häuser ziehen und Aktionen starten.

Die Gründe für Besetzungen sind zahlreich und unterschiedlich: Um unbezahlbaren und steigenden Mieten etwas entgegenzusetzen, einen drohenden Abriss zu verhindern, aus der Notwendigkeit für neue, selbstverwaltete und unkommerzielle Räume, zum Wohnen, für Atelierräume, Werkstätten, Kulturzentren und vieles, vieles mehr.

Die Häuser um uns herum stehen leer

Viele Menschen schlafen auf Straßen, in Parks, unter Brücken, in Wohnzimmern bei Freund_innen, in Turnhallen, in Flüchtlings- und Notunterkünften und in viel zu teuren WG-Zimmern. Mieten steigen, ganze Viertel werden umstrukturiert, alternative Orte sind bedroht, und teils trotz Widerstands leider verloren.

Gründe, in leere Häuser einzuziehen oder nicht aus unseren Wohnungen auszuziehen haben wir genug. Leerstand wieder mit Leben zu füllen, sich Räume anzueignen und zu nutzen bietet außerdem die Möglichkeit, das eigene Leben selbstbestimmt(er) zu organisieren und zu leben. Besetzte Häuser können Orte für Utopien sein, können Raum bieten für selbstgestaltetes Wohnen und für die Arbeit von Initiativen und Gruppen, für gemeinsames Ausprobieren und Finden bisher unbekannter Probleme und Lösungswege...



Aktivist_innen verstehen Besetzungen nicht selten als Angriffe auf die herrschenden Verhältnisse, als Symbol gegen kapitalistische Wohnungspolitik und verbinden den Kampf um Häuser mit dem Kampf um ein besseres Leben.

Wie erhöhen wir unsere Chancen auf erfolgreiche Besetzungen? Was sind die Schwierigkeiten, die uns hindern uns die Häuser zu nehmen? Und wie kommen wir zu einer Praxis, die unsere Vorstellungen Realität werden lässt? Wenn wir gemeinsame Interessen finden und aus Erfahrungen lernen, können wir viele Fehler vermeiden, uns gegenseitig unterstützen und

inspirieren. Zusammen können wir uns unseren Ängsten stellen, uns gemeinsam wehren gegen Kriminalisierung und Repression.

In Bewegung kommen

Bei all unseren Unterschieden und Widersprüchen was unsere Kämpfe angeht, unsere Art zu leben, zu diskutieren und zu streiten, wird der Kongress eine Chance sein, all diese gemeinsam zu nutzen. Es gibt genug zu lernen, zu diskutieren, zu hinterfragen. Und viel zu erleben.

Beim Stöbern in Kongressberichten vergangener Jahrzehnte, beim Bücher lesen und Filme gucken, in Gesprächen mit Aktivist_innen aus unterschiedlichen Kontexten, zeigt sich die Breite der Hausbesetzungsbewegung. Wir freuen uns darauf, uns mit allen Interessierten theoretisch wie praktisch mit dem Themenkomplex auseinanderzusetzen. Grenzüberschreitendes Verhalten in Formen wie Rassismus, Sexismus, Homophobie und Antisemitismus steht in unserem Verständnis einer konstruktiven Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen klar entgegen und soll hier keinen Raum finden. Wir wünschen uns, in einem solidarischen Miteinander verschiedene Strategien und Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.

Lasst uns städteübergreifend vernetzen und gemeinsam in Bewegung kommen. Am Samstag, den 30. August 2014 findet ein Aktionstag statt, in Hamburg und überall da, wo ihr was startet.

Legt los!

Hiermit rufen wir dazu auf, schon jetzt mit inhaltlichen Debatten zu beginnen. Wir sind gespannt auf Texte, Berichte, auf Fragen, Diskussionsbeiträge von euch, euren Gruppen und Projekten. Schreibt sie auf, macht Videos oder Radiobeiträge, schickt sie an uns und / oder veröffentlicht sie auf in dymedia und über andere Kanäle. Nutzt die Zeit der Squatting Days in Hamburg, um eigene Inputs vorzustellen, Workshops zumachen, Wissen zu verbreiten.

Egal ob ihr in Squats wohnt oder wohntet, ob ihr Erfahrungen mit Besetzungen gemacht habt, ob ihr gerne in Leerständen oder auf Freiflächen feiert oder von Räumung bedroht seid, ob ihr euch gegen Zwangsräumungen einsetzt, ob ihr gerade auf Wohnungssuche seid oder ob ihr erst beginnt, euch für Leerstände und ihre Nutzungsmöglichkeiten zu interessieren,

Kommt nach Hamburg!

Schickt Beiträge usw. an:

squattingdays@riseup.net

(pgp-Key gibts auf Anfrage und auf der Homepage)

Beruf und Bewegung

Der Skandal um Aufheben...

Vor drei Jahren kam es zu einem kleinen Skandal, als die griechische Gruppe tptg mit einem offenen Brief bekannt machte, dass der Mitbegründer von Aufheben, John Drury, im Rahmen seiner akademischen Laufbahn in Crowd Control u.a. Workshops für Polizei und Militär leitet und bei ihnen als »Ideengeber« gilt. Er selber forscht über Massenpanik und Rettungsmaßnahmen. Zusammen mit seinen engsten Kollegen Stott und Reicher hat er das Elaborated Social Identity Model (esim) ausgearbeitet. Der Sozialpsychologe Stott gilt als einer der weltweit führenden Experten für Proteste und gewaltsame Aufstände.

Laut esim verhält sich ein »Mob« nach bestimmten Mustern: Personen in einer Menschengruppe haben individuelle Gedanken und Emotionen; wenn die Menge aber undifferenziert von der Polizei angegriffen wird, solidarisiert sie sich und setzt sich gemeinsam zur Wehr. Deshalb rät esim, die Polizei solle mehrstufig agieren und gezielt die »Einzeltäter« aus der Menge herausgreifen. Mit solchen Methoden koordinierte Stott beispielsweise die Sicherheitsvorkehrungen für die Fußball-EM 2012 in Polen und der Ukraine (ausführlich in den beiden offenen Briefen von tptg).¹

Aufheben ist eine Gruppe aus Brighton, die eine der wenigen kollektiv produzierten Zeitschriften der radikalen Linken im englischsprachigen Raum herausgibt. Meist behandeln sie in langen Artikeln fundamentale Fragen (was war die Sowjetunion, Dekadenztheorie, »Green New Capitalism« u. a.). Sie beschäftigten sich oft mit ähnlichen Themen wie wir (Theorie der Ökonomie, Kritik am autonomist marxism von Negri u. a., Auseinandersetzung mit Beverly Silver). Wir haben einige Texte von ihnen übersetzt (Intifada des 21. Jahrhunderts, Kritik an den Commons-Thesen von Massimo de Angelis, Dole Autonomy) und haben sie an einigen Punkten auch kritisiert (siehe z. B. Wildcat 89: »Die Ökonomie, Ricardianer unter sich«). Zu Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld haben sie ähnliche Positionen wie wir. Ende der 1990er Jahre hatten wir sogar kurzzeitig eine engere politische Zusammenarbeit mit ihnen und anderen Gruppen in Europa angestoßen, was dann aber scheiterte.

Uns hat die Enthüllung deshalb geschockt – was allerdings noch kein Grund wäre, in der Wildcat darüber zu schreiben. Aber der Verlauf der Debatte in der linkskommunistischen Szene Europas hat uns zunächst sprachlos gemacht. Die allermeisten winkten ab (»let's move on«) oder griffen diejenigen an, die die skandalösen Tatsachen öffentlich gemacht hatten.

Die heutigen Bewegungen machen wieder einen öffentlichen Raum auf, um über »Allgemeininteressen« zu debattieren. Aber dass sie ihre eigene soziale Situa-

¹ Die beiden offenen Briefe der griechischen Gruppe tptg, die den Skandal auslösten, finden sich auf ihrer Website: www.tapaidiatistgalarias.org

tion nicht kritisieren, sondern eher ideologisieren (»wir sind alle prekär«), macht sie zahnlos. Das hat damit zu tun, dass alle diese Bewegungen »zwei Seelen« haben: Ein Teil ist jung und verfügt über hohe formale Qualifikationen, der andere Teil ist formal wenig qualifiziert und tendenziell von der Entwicklung »abgehängt«. In der Krise sind bei der individuellen »Berufswahl« und bei dem, was ich auf Arbeit zu schlucken bereit bin, alle Dämme gebrochen: Aus der Entgarantierung der Arbeitsverhältnisse folgt das viel größere Interesse am Beruf(lichen Fortkommen). Oft klammern sich Leute dann an Jobs, obwohl sie ihnen zuwider sind.

»Solange unsere bestnotierte Jugend in bestbezahlten Jobs der Finanzindustrie ihre Chancen sieht«, brauchen wir keine Revolution zu fürchten, hatte die Financial Times Deutschland Anfang 2012 kommentiert – gleichzeitig aber darauf hingewiesen, dass sinkende Gehälter »glatt dazu führen (könnten), dass sich Investmentbanker zukünftig auch ohne Entlassung freiwillig einer sinnvolleren Aufgabe widmen. Unter den Harvard-Absolventen hat die Wall Street jedenfalls 2011 bereits an Zugkraft verloren.«

Vielleicht führen auch die Enthüllungen über die Rolle des Verfassungsschutzes rund um den nsu und die Debatten, die durch Snowdens nsa-leaks angestoßen wurden, bis in die Hacker-Szene hinein zu einem Umdenken. Zumindest werden solche Karrieren jetzt öffentlich skandalisiert:

Die Occupy Wall Street-Aktivistin Justine Tunney, eine der prominenteren Personen im Zuccotti Park, die unter anderem die Website »OccupyWallSt.org« unter dem Slogan »The only solution is World Revolution« aufsetzte, nahm nach dem Ende der Bewegung einen Job als Softwareentwicklerin bei Google an und behauptet nun Sachen wie »Ich glaube, was Google tut, macht die Welt zu einem besseren Ort«. Kritik an der Rolle von Google bei Überwachungsmaßnahmen begegnet sie mit dem Satz: »Es erstaunt mich immer wieder, wie weit Leute die Realität verdrehen, um eine Firma zu denunzieren, die alles kostenlos anbietet.« Sie äußert sich nun auch politisch gegen die Bewegung und behauptet, diese hätte sich nie gegen die Macht der Großunternehmen gewendet. Auf Twitter wettet sie gegen Sozialhilfe – diesbezüglich musste sie wohl nicht einmal ihre Meinung ändern. Und ihr Vorschlag, Leute fürs Demonstrieren zu bezahlen, findet durchaus Unterstützung, etwa bei Micah White, einer ehemaligen Redakteurin von AdBusters, die jetzt bei einer social movement consulting-Firma arbeitet.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Kryptografie ist genauso wenig »neutral« wie crowd control. Und wer seine soziologischen Thesen auf Verfassungsschutzpodien vorträgt, braucht anderen nicht mit dem »Anna und Arthur haltens Maul«-Gestus zu kommen.

Paradoxerweise herrscht aber in Teilen der radikalen Linken genau diese Doppelmoral, weil die eigene Lohnarbeit nicht thematisiert wird. Die »Gegnerschaft« zum Staat wird dann zur Ideologie/Geste – höchstens mal auf ner Demo »praktisch«.

Die Bewegungen erhalten nur Schubkraft, wenn sie das »Private« öffentlich machen. Ein wichtiger Schritt ist es, in der politischen Gruppe das Verdienen und das Ausgeben von Geld gemeinsam zu diskutieren. Aber auch mit dem Einverständnis der Gruppe können bestimmte Grenzen nicht überschritten werden. Zusammenarbeit mit Nato, Polizei und Geheimdiensten gehört sicher dazu. Eine breite, öffentliche Debatte tut deshalb not. Diese wird so ziemlich alle Fragen anschnitten – von der eigenen Reproduktion, über Organisation, revolutionäre Moral, bis zur Frage, was »Revolution« eigentlich ist. Deshalb wollen wir eine kleine Artikelserie starten, um Euch LeserInnen zu animieren, an der Debatte teilzunehmen: Welche Rolle spiele ich selber in der kapitalistischen Arbeitsteilung? Was sind meine Kosten für eine berufliche Karriere? Kann ich mich auf dem Arbeitsmarkt auch anders als individuell bewegen? Das folgende soll als Einstieg dienen.

... die Pfütze eines Eisbergs

Aufheben war durch die Enthüllung doppelt getroffen. Neben der Zuarbeit für Repressionsorgane war jd beim kooperativen und freundlichen Umgang mit reformistischen Kollegen ertappt worden – für weit geringere reformistische Affinitäten hatte Aufheben andere Linke immer scharf gezeißelt. Aufheben reagierte sofort – sie mussten offensichtlich nicht lange nachdenken und auch keine ihrer theoretischen und politischen Annahmen ändern. Sie sahen keinerlei Problem darin, dass ihr Genosse seine Karriere in einer »sicherheitsstaatsaffinen Wissenschaft« (Hartmut Rübner) betrieb. Stattdessen erklärten sie ihren KritikerInnen generös, wie »Akademie« funktioniert: »Im »Blaulicht-Milieu« arbeitet man eng zusammen, und über Notfälle redet man sowohl mit Bullen als auch mit anderen Menschen. Seine Universität förderte das, und es hätte eigenartig ausgesehen, wenn er sich geweigert hätte, mit Bullen zu reden. Deshalb nahm er das als kleinen Preis für den übergreifenden Job seiner Untersuchungsarbeit in Kauf.« Frecherweise rückten sie ihre Kritiker in die Nähe von Polizeistaatsmaßnahmen, weil diese den Namen des Kollektivmitglieds öffentlich gemacht hatten.

(Wir haben uns trotzdem entschlossen, den Namen ebenfalls zu benutzen, wenn John Drury seinen »Blaulicht-Kollegen« gegenüber kein Geheimnis aus seiner politischen Herkunft macht, dann kann die linke Szene über seine akademischen Erfolge Bescheid wissen.)² In der darauf folgenden Auseinandersetzung wurde jd aber auch von Personen verteidigt, die mit Aufheben politisch über Kreuz liegen. Hier gibt es tiefere Gemeinsamkeiten unter »radikalen Linken«, die sich für

radikal halten, aber inzwischen explizit die Entpolitisierung der eigenen Reproduktion vertreten: Wie ich meine Brötchen verdiene, wofür ich »mein« Geld ausbe – das geht keinen was an! Scharfe ideologische Auseinandersetzungen gegeneinander zu führen, ist das eine, gleiche soziale Verhaltensweisen das andere. Erst kommt das Fressen, dann die Moral.

Linke, die sich keine Revolution mehr vorstellen können, suchen in der Lohnarbeit materielle Absicherung und soziale Anerkennung – wie soll es auch anders gehen im Kapitalismus?

Wenn Gewerkschaften und Stiftungen mit Jobs, Stipendien und Forschungsaufträgen winken

»Dass das Hemd näher ist als die Jacke... gehört zu den ... Lernzielen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.« (Klaus Viehmann, 2002)

Problematischerweise ist die linke Szene selber zu einem undurchschaubaren Mix aus politischen Projekten und Einkommensquellen geworden. Selbstständige machen Auftragsarbeiten für linke Verlage; linke Zeitschriften bieten bezahlte Jobs; viele dieser Jobs kriegt man nur über seine politischen Connections... Das geht inzwischen bis zu freiberuflichen AktivistInnen, die gegen Bezahlung gegen Atomkraft, Banken oder Gentechnik protestieren; bezahlt von Leuten, die für eigenes Engagement zu wenig Zeit haben. Wenn das eigene politische Engagement mit dem Geld Verdienen schwimmt, lässt sich nicht mehr erkennen, was die Leute selber denken – und was sie aus beruflichen Gründen vertreten.

In Großbritannien heißen solche Tätigkeiten *movement jobs*, dort gibt es diese Entwicklung schon länger und sie ist weiter verbreitet; viele radikale Linke arbeiten als Organizer für Gewerkschaften oder als DozentIn an der Uni. Ein Genosse aus London schreibt: »Wenn ich zu einem Treffen zur Unterstützung von Putzfrauen(gehe, sind mindestens die Hälfte der Leute dort, weil sie entweder gerade als Freelancer einen Artikel zum Thema schreiben oder weil sie an einer Doktorarbeit über »Migration als Beziehungsarbeit« sitzen – oder sie haben einen Job bei der Gewerkschaft und müssen sich deshalb drum kümmern. Danach in der Kneipe ist dauernd diese Schizophrenie spürbar (»weißt Du, ich schreibe über die Sache gerade einen Artikel für den Guardian, dadurch hab ich dann Zeit, um was Richtiges für Zeitschriften der Bewegung zu schreiben«, usw.)«.

Seit den Hartz-Gesetzen hat die brd-Linke hier stark aufgeholt, seit dem Ausbruch der globalen Krise boomen solche Jobverhältnisse geradezu. Auch hier dürfte inzwischen die Hälfte der ehemals radikalen Linken von Parteistiftungen (v.a. der Rosa-Luxemburg-Stiftung der PdL) abhängen, oder »Trainings gegen Rassismus« an Schulen machen, »menschenrechtsorientierte Kinder- und Jugendarbeit«, usw.

Die vielen ehemaligen Linksradikalen, die als

² englisches Wikipedia zu John Drury

sind ein Beispiel dafür, dass solche Jobs für die Mehrheit keinen sozialen Aufstieg bringen. Darauf sind wir bereits in den Wildcats 78 und 80 ausführlich eingegangen. Verwiesen sei zusätzlich auf den 2011 erschienenen Aufsatz von Berger/Meyer, Linkes Co-Management – Kritische Bemerkungen zu Ideologie und Praxis gewerkschaftlichen Organizing im Sammelband Organisation und Kritik.³ Am Beispiel der ehemals linksradikalen Flüchtlingsaktivistin F. B. verweisen Berger/Meyer auf die Kosten einer solchen Berufswahl: Diese Lead-Organizerin wurde »von ihrem Arbeitgeber ver.di zunächst ausgerechnet in der Security-Branche« eingesetzt. (Fußnote auf S. 261). Und obwohl es bei dieser ver.di-Kampagne selbstverständlich weder um »eine emanzipatorische Infragestellung der Selbstschutzinteressen von Privateigentümern und staatlichen Instanzen« noch »um die Organisation jener Ein- und Ausgeschlossenen, die von den Wachmannschaften kontrolliert und in Schach gehalten werden« (S. 270) ging, ließ sich B. damals in Mitbestimmung 12/2007 zitieren mit: »Gewerkschaft muss Spaß machen«. Berger/Meyer sehen ganz richtig »die Gefahr, dass Kampagnen für die »Organisation der Unorganisierten« sich letztlich als Vehikel für die Karriereaspirationen linker Organizer entpuppen.« (S. 265) Was kein Widerspruch ist, denn »die explizite Selbstverortung als Think Tank der Gewerkschaftsvorstände könnte eine akademische Variante jener »Selbstorganisation der Prekären« sein«, von der in einer bestimmten Linken so viel die Rede ist. (S. 248)

Nicht nur Gewerkschaften und Unternehmen sind an den Managementfähigkeiten von AktivistInnen interessiert; die Herkunft aus der Linken und Kontakte zu sozialen Bewegungen können für bestimmte Jobs eine Zusatz-Qualifikation sein. Deshalb hatte Dr. Jd kein Problem damit, seinen politischen Werdegang in einem Wissenschaftsmagazin darzulegen:⁴

Unter der Überschrift »Was die kritische Psychologie für die »antikapitalistische Bewegung« (nicht) tun kann« schrieb Drury: »Kritische Psychologen ... haben anscheinend das Beste aus zwei Welten: wir können einige unserer Bedürfnisse als kritische Menschen befriedigen (und unserem Gewissen treu bleiben), und zur selben Zeit unseren Lebensunterhalt als Psychologen verdienen – und vielleicht kommt sogar eine ordentliche Karriere dabei heraus«.

Die »Professionalisierung unserer Medienarbeit«, Kampagnenarbeit und das ganze sozialpädagogische Zivilgesellschaftsgefasel sind die andere Seite der Medaille solcher Karrieren – irgendwo muss das antrainierte Wissen ja hin! Eine »Castor Schottern«-Kampagne wäre das optimale Betätigungsfeld für Jd!

³ Bruch, Schaffar, Scheffele (Hrsg.): Organisation und Kritik; Westfälisches Dampfboot 2011; der Text Linkes Co-Management findet sich auch online auf Labournet (PDF)

⁴ »What critical psychology can('t) do for the »anti-capitalist movement« erschien im Annual Review of Critical Psychology 3

»Professionalisierung« von was?

Die linke Bewegung zahlt insgesamt einen hohen Preis für solche individuellen Karrieren, die negativen Rückwirkungen auf ihr »soziopolitisches Gefüge« sind schwerwiegend. Die krasse Zunahme sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft betrifft auch die Linke; hier dürfte die Einkommensschere in den letzten Jahren sogar stärker auseinander gegangen sein. Individuelle Karrieren einerseits, zunehmender Druck und Vereinzelung andererseits treiben weitere Leute dazu, individuell ihren Arsch ins Trockene zu bringen. Die re-

alpolitische Wende in der radikalen Linken wurde in der ersten Hälfte der 90er Jahre von Leuten mit intellektuellem und letztlich sozialem Eigeninteresse am (verbesserten) Fortbestand der gesellschaftlichen Arbeitsteilung durchgesetzt



(z.B. propagierte Joachim Hirsch in »Der nationale Wettbewerbsstaat« 1995, »revolutionäre Politik ist unmöglich«). Heute laufen linke Kongresse wie Uni-Seminare ab, linke Sprache und akademischer Jargon sind ununterscheidbar geworden. Und Leute wie Roland Roth arbeiten mit Verfassungsschützern zusammen – dazu ausführlich das Buch »Gegnerbestimmung«.

Während sich immer mehr Menschen vom Staat abwenden (siehe z.B. die Wahlbeteiligung), ist die ehemals radikale Linke in den letzten Jahren auf ihn zugegangen, und war an vielen Punkten nicht mehr von staatlichen Institutionen zu unterscheiden. Die Linke kennt ihre Feinde nicht mehr; die Sicherheitsbehörden werden in der brd immer mächtiger, v.a. der Verfassungsschutz – und ehemals radikale Linke setzen sich mit ihm aufs Podium oder lassen sich ihre antirassistischen Broschüren von ihm finanzieren – selbst noch nach dem Auffliegen des nsu!

Es wäre eine eigene Untersuchung wert, wie viele ehemalige linke AktivistInnen im Auftrag von europäischen und us-amerikanischen Stiftungen weltweit daran mitarbeiten, dass Aufstandsbewegungen wie die in Ägypten nicht aus dem Ruder laufen, sich zivilgesellschaftlich/demokratisch orientieren und nicht an sozialen Konflikten radikalisieren.

Und eine historische Analyse darüber, wie der Niedergang von Bewegungen zu Institutionalisierung führt, diese aber schon während der Bewegung in »Professionalisierungstendenzen« angelegt war, könnte uns bei der notwendigen Debatte weiterhelfen; z. B. wäre ein Vergleich der Zusammensetzung der Ersten und Zweiten Internationale sehr interessant (handwerkliche Arbeiterclubs versus Führerschaft von Ingenieuren und Anwälten, die bessere staatliche Planung zum Ziel erklärten).

Die Annahme, man könne mit Arbeit innerhalb von Institutionen materiell was abziehen (Geld, Ressourcen) und müsse wenig dafür geben, ist genauso falsch wie die ebenfalls von Aufheben vertretene Meinung, das sei nötig zur revolutionären Theorieproduktion. »Es ist eine Tatsache, dass ein großer Teil der marxistischen Theorieproduktion in letzter Zeit unter den großzügigen Flügeln des akademischen Betriebs ausgebrütet wurde. Schließlich ist eine akademische Karriere für einen jungen radikalen Studenten, der in Kämpfe verwickelt war und an den Kommunismus glaubt, ideal – sie gibt dir die Möglichkeit, das System zu attackieren und vom System dafür noch bezahlt zu werden.« Dabei ist sich Aufheben des problematischen Verhältnisses zwischen »revolutionärer Theorie« und Akademiebetrieb durchaus bewusst: »Aber diese Trennung menschlicher Aktivität ... hat notwendigerweise konkrete Folgen. Indem sie der akademischen Forschung untergeordnet wird, wird der Denkprozess selbst zur Tätigkeit von Spezialisten im Rahmen akademischer Erfordernisse und Parameter. Wie aufrichtig die Gefühle des Autors auch sein mögen, dieser konkrete Zweck wird unvermeidlich Form und Inhalt seines Werks beeinflussen.« (Aufheben zur Staatsableitungsdebatte). Aber sie stellen das Problem so (»dass wir zur ausgebeuteten Klasse gehören, lässt uns weniger Zeit für die Theorieproduktion als jene haben, die zur Bourgeoisie gehören«), dass sie die (damals noch nicht bekannt gewordene) Entscheidung von jd affirmieren. Ihre Sichtweise vor und nach seinem Auffliegen ist kohärent – das ist das wirklich Beunruhigende und zwingt zu neuem Nachdenken über linkskommunistische Theorieproduktion der letzten Jahre.

Gruppen wie Aufheben haben das zynische Kommentieren linker Realpolitik mit ihren professionalisierten Kampagnen zu ihrem Daseinszweck gemacht. Darüber hinaus beherrscht gerade Aufheben virtuos die messerscharfe Kritik aus dem off an allen kollektiven Versuchen, ohne jemals einen Blick auf sich selbst werfen zu müssen. Ihre Kritik vereinzelt und spaltet – ganz ähnlich wie laut esim eine erfolgreiche Polizeistrategie auszusehen hat.

(Mit dem Wissen von heute erscheint ihre Kritik an der CallCenter-Untersuchung von kolinko – Untersuchung sei ein »funktionalistisches Verhältnis zwischen Militanten und Arbeitern« – in der sie sich selbst als kritische Boheme-Denker darstellten, die weder militant sind (»intervenieren« wollen), noch »Arbeiterseint« als einen potentiellen Ausgangspunkt für politisches Handeln sehen, als geradezu allegorisch.)

»alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.« (Karl Marx)

Sergio Bologna sagte einmal, wenn man den revolutionären Gehalt der Bewegungen 1968 ff. in einem Satz zusammenfassen wolle, so wäre das ihre Kritik am Beruf, an der kapitalistischen Arbeitsteilung. Den Leuten in den Bewegungen Ende der 60er/Anfang 70er war klar, dass sie im revolutionären Prozess sich selber ändern und ihre soziale Position kritisieren mussten. Sie konnten nicht einfach von ihren »Interessen« ausgehen. Stattdessen unterzogen sie die gesamte kapitalistische Arbeitsteilung (Wissenschaft, Schule, Fabrik, Familie, Knast...) einer radikalen Kritik.

Dieser revolutionäre Impetus ist heute verloren gegangen – aber es ist keine Frage, dass er in revolutionären Bewegungen wieder wachsen wird.

Heute belächelt man diejenigen, die damals »in die Betriebe« gegangen sind... – die weithin gepflegte Lüge, alle revolutionären Studenten hätten nach ein paar Wochen die Fabrik wieder verlassen und Karriere gemacht, zeigt aber, dass diese Vergangenheit immer noch Ansprüche aufwirft, die bekämpft werden müssen, wenn man seinen Frieden mit den Verhältnissen machen will.

(Übrigens hat die Idee, in Großbetrieben zu arbeiten, aus heutiger Sicht noch einen ganz anderen Charme, wo die Jobs immer vereinzelter werden. An der Uni, in Firmen für Web design und dergleichen hat man meist nur sehr wenige KollegInnen; oder arbeitet gleich ganz allein als Ich-ag oder in anderen Formen von (Schein-)Selbständigkeit, beim Doktorarbeiten schreiben usw. In solchen Jobs ist es verdammt schwer bis unmöglich, was Gemeinsames auf die Reihe zu kriegen.)

Die Ehrfurcht vor Spezialisten innerhalb der Bewegungen (Theorieexperten, Organizern, Rechtsanwälten) hängt auch mit »technischen« Veränderungen zusammen. Mit verstärkter Polarisierung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und verschärfter Kontrolle wächst die Schere zwischen der Intelligenz des kollektiven Arbeiters (als antagonistischem Subjekt) und dem Spezialwissen. Ein Kollektiv von MechanikerInnen konnte die Arbeit des Ingenieurs nachvollziehen und weiterentwickeln (oft hatte der Ingenieur auch nur ihre »Erfindungen« enteignet). Heute sind wir oft mit Streiks migrantischer ArbeiterInnen konfrontiert, die keine Produktionsmacht mehr ausspielen können, weil die Maschinenführer und Techniker den Betrieb auch ohne sie weiterlaufen lassen können. Gewerkschaftliches Organizing spricht genau solche »Führungsfiguren«, Filialleiterinnen usw. an. »Organizer (setzen) unabhängig von der politischen Einstellung gleich auf die »Alphatier« im Kollegenkreis und stärken damit

dessen interne Hierarchien und Ausgrenzungspraktiken.« (Berger/Meyer a.a.O. S. 268) Emanzipatorische Bewegungen müssen solche Hierarchien angreifen und umzudrehen versuchen.

Kritik an der kapitalistischen Arbeitsteilung muss auch Kritik an den Inhalten der kapitalistischen Wissenschaft sein; nicht nur an Geisteswissenschaften, sondern auch an Natur- und Ingenieurwissenschaften. Sie muss aufzeigen, wo die »Götter mit und ohne Krawatte« ihr Wissen nicht abgetrennt von der gesellschaftlichen Kooperation entwickeln können, wo es Ideologie (Gentechnik) ist, wo gefährlich (Atomtechnologie), wo einfach gegen uns gerichtet (Militär, Bullen, Geheimdienste). Es war wichtig, dass tptg in ihrem Offenen Brief auch die Fachrichtung Crowd Control nicht in einer akademischen Gegen-Expertise, sondern als politische Gruppe inhaltlich kritisierten.

Macht Schluss mit den Prekariats-Ideologien! Niemand hat versprochen, dass im Kapitalismus alle eine ihrer Qualifikation entsprechende Anstellung/Bezahlung kriegen! Erfüllung im Beruf zu finden, war schon immer ein Privileg der Mittelschichten. Wer einen garantierten und seinem Studienabschluss entsprech-

enden Arbeitsplatz als sein spezielles individuelles Recht betrachtet, anstatt die kapitalistische Tretmühle hinter solchen Versprechen und solchen Spaltungen zu kritisieren, affirmiert die kapitalistische Konkurrenz. Anstatt ihre mangelnden beruflichen Perspektiven zu bejammern, sollten die »überqualifizierten Prekären« lieber den Kapitalismus kritisieren!

Man kann nicht ganz normal seine berufliche Karriere betreiben und nebenbei »revolutionär sein«. Wir brauchen eigene Strukturen als materielle Alternative zum »Beruf«, wgs, Kollektive und Zentren, die uns ein anderes arbeiten gehen möglich machen: einen Scheißjob zu schmeißen; zu einem Billiglohn zu arbeiten, weil es politisch interessant ist; oder mal gemeinsam einen Betrieb aufzumischen. Anstelle von »Professionalisierung« und Realpolitik müssen wir die Bewegung über einen kontinuierlichen internationalen Austausch nach vorne bringen.

Profis verpisst Euch! Jede_r kann alles (lernen).

Der Artikel erschien in der wildcat 96, Frühjahr 2014

www.wildcat-www.de

Prozess gegen Antifaschisten aus Hannover in Berlin reloaded

Im Autonomen Blättchen #15 wurde schon einmal über den Prozess gegen einen Antifaschisten aus Hannover berichtet. Nun kam es am 18.02.2014 zum zweiten Prozesstag vor dem Amtsgericht Tiergarten in Berlin. Dem Genossen wird vorgeworfen, eine Flasche auf eingesetzte Bullen während der Silvio Meier Demo im November 2012 geworfen zu haben. Der Prozess wurde am ersten Verhandlungstag vertagt, da ein Video der BFE-Einheit als Beweismittel angefordert wurde.

Im Vorfeld wurde der neue Verhandlungstermin öffentlich gemacht, was zur Folge hatte, dass der Verhandlungssaal einen Tag vorher geändert wurde. Am Prozesstag wurden die Unterstützer*innen zu einem separaten Eingang geschickt, wo sie alle einzeln durchsucht wurden und ihre Personalien abgeben mussten. Der gesamte Prozess wurde von drei Zivis beobachtet, zwei im Saal und einer im Gebäude.

Als Hauptbelastungszeuge trat ein Bulle auf, der als Zivi innerhalb der Demo eingesetzt war und laut eigener Aussage in der selben Kette mit unserem Genossen ging. Dort will er auch den Flaschenwurf direkt gesehen haben. Anschließend gab er an, unseren Genossen bis zur Festnahme nicht mehr aus den Augen verloren zu haben. Zusammen mit dem Zivi wurde nun das angebliche Beweisvideo angesehen. Auf dem extra angeforderten Video, was zur Vertagung des Prozesses führte, war unser Genosse zu keinem Zeitpunkt zu sehen. Der Bulle trat während seiner Aussage verkleidet mit Minipli-Perücke und angeklebtem

Schnurri auf. In Berlin treten Zivis in Prozessen häufiger so auf, um auch zukünftig innerhalb von Demos eingesetzt werden zu können.

Anschließend sagten zwei BFE-Bullen, die unseren Genossen festnahmen, aus. Sie konnten keine Angaben zum Tatvorwurf machen. Während ihrer Aussagen widersprachen sich die beiden und machten andere Angaben als der Zivibulle. Beide beriefen sich mehrfach darauf, dass sie zu bestimmten Fragen, wie nach dem Funkverkehr oder der Beschreibung der Person, aus taktischen Gründen keine Angaben machen müssen. Dies zog sich durch ihre gesamten Aussagen.

Beweisanträge, die der Rechtsanwalt gestellt hat, wurden ausnahmslos von der Richterin abgelehnt. Unser Genosse wurde trotz widersprüchlicher Aussagen der Bullen und keinerlei Beweisbilder einzig und allein aufgrund der Aussage des Zivis von der Richterin zu 180 Tagessätzen á 12,- Euro (2160,- Euro) verurteilt.

Wir werden uns durch die Repression des Staates in unserem Handeln nicht einschränken oder einschüchtern lassen, sondern weiterhin gegen Rassismus und Faschismus auf die Straße gehen. Repression soll uns voneinander trennen und vereinzeln, aber wir lassen uns nicht spalten! An dieser Stelle nochmal vielen Dank an alle Genoss*innen, die bereits Kohle gespendet oder Solipartys organisiert haben.

Solidarität ist eine Waffe!

Siempre Antifascista!

Soli

Dokumentation:

Angriff auf BVG-Zentrale

20.03.2014

BVG-Zentrale in Mitte attackiert! Gegen 2 Uhr warfen Unbekannte zahlreiche Steine auf die BVG-Zentrale in der Holmarkstraße. Diverse Scheiben und Hausverkleidungen gingen dabei zu Bruch. Zudem hinterließen die Täter "Kränenfüße" auf der Straße, die Reifen beschädigen können. Damit sollte wohl der Polizei eine mögliche Verfolgung erschwert werden. Eine im selben Haus befindliche Bank-Filiale wurde ebenfalls beschädigt.

???

Es gibt eine Erklärung:

"Heute Nacht haben wir der zentralen Geschäftsstelle der Berliner-Verkehrsgesellschaft (BVG) einen Besuch abgestattet. Mit Pflastersteinen wurden zahlreiche Scheiben zerstört und zudem der von erwischten Schwarzfahrer_innen zu nutzende Eingang mit reichlich Farbe eingedeckt. Gegen zu eilig anrückende Schweine hatten wir uns zuvor mit Kränenfüßen abgesichert."

Mit unserer Aktion richten wir uns gegen eine Ordnung, in der aus dem Zwang zur und dem Bedürfnis nach Mobilität Kapital geschlagen wird und all jene, die sich dieser Verwertung entziehen, die repressive Keule erfahren.

In Metropolregionen wie Berlin ist der öffentliche Nahverkehr keine Dienstleistung unter vielen, sondern eines der essentialsten Zahnräder der kapitalistischen Stadt. Täglich nutzen Hunderttausende die Busse und (Straßen)Bahnen von BVG und Berliner S-Bahn. Wir sind auf sie angewiesen wenn wir zu unserem Arbeitsplatz, Arzt, Amt oder der Maßnahme des Jobcenters müssen. Ohne Nahverkehr wäre der städtische Normalbetrieb schon lange nicht mehr denkbar. Doch immer mehr Menschen in Berlin und anderswo können sich diese Art der Fortbewegung nicht mehr leisten oder müssen dank regelmäßiger Fahrpreiserhöhungen einen wachsenden Teil ihres Lohns dafür aufwenden, überhaupt erstmal zu Arbeit zu kommen. Schwarzfahren wird damit unweigerlich zum Massenphänomen: In Berlin wurden letztes Jahr nach Angaben von BVG und S-Bahn über 550.000 mal Menschen

ohne Ticket erwisch:

Wo aber die Zahl derer steigt, für die das Fahren ohne Ticket aus ökonomischen Zwängen heraus zum Alltag wird, da geraten auch immer mehr Menschen ohne es zu beabsichtigen in Konflikt mit der bestehenden Ordnung und ihrem Verwalter, dem Staat. Die für die Aufrechterhaltung der Verwertung nötige Kriminalisierung von Schwarzfahrer_innen führt mittlerweile dazu, dass in manchen Knästen ein Drittel der Gefangenen aufgrund von "Beforderungserschleichung" einsitzt. Die Brüche mit dem Bestehenden, die dadurch bereits heute verursacht werden und die sich in Zukunft noch vermehren dürfen, sollten nicht unterschätzt und verstärkt zum Gegenstand emanzipatorischer Politik gemacht werden.

Mit Abscheu blicken wir auf die zahllosen Übergriffe von Kontrolleur_innen und Securities auf Menschen ohne Ticket; von denen nur die wenigsten überhaupt an die Öffentlichkeit gelangen. Zurzeit sind 192 Kontrollletts bei BVG und S-Bahn beschäftigt, bald wird diese Zahl auf 220 erhöht, 100 davon externe Angestellte der WISAG. Weitere 215 Securities sind zusätzlich in Zügen und auf Bahnhöfen unterwegs und dürfen auch nach Tickets fragen. Ob bei BVG oder S-Bahn; der autoritäre Charakter dieser Mochtgegnern ist für jede*n ersichtlich, der/die bereits einmal mit ansehen musste, mit welcher Freude und Selbstverständlichkeit sie Menschen erniedrigen und bedrohen, die ihnen in die Fänge geraten. Und wenn sich doch einmal geweint wird, rufen sie ihre insgeheimen Vorbilder und können sich dann kurz so fühlen als hätten sie die Aufnahmeprüfung der Bullen damals doch bestanden. Wir erinnern hier, stellvertretend für alle

Übergriffe, an den 17.01.2014, als eine Gruppe von Papierlosen und O-Platz-Aktivist_innen von mehreren Dutzend Bullen und BVG-Securities am Hermannplatz und später auf der Wache misshandelt wurden weil ihr Ticket erst 5 Minuten später gültig gewesen wäre.

Praktische Solidarität mit den Betroffenen der Kontrollletts und ihrer Allmachtsphantasien ist nicht nur dringend geboten, sondern ermöglicht den Erwischten in den meisten Fällen ein Verlassen der Situation ohne Bußgeld und Personalienabgabe. Auch wenn es ein Irrglaube ist, dass sie Menschen nicht festhalten dürfen (fahren ohne Ticket wird als Straftat verfolgt), erfordert ein Einschreiten keineswegs körperliche Gewalt.

Dennoch freuen wir uns natürlich über jeden Kontrollletti, der auch körperlich in seine Schranken verwiesen wird und ganz besonders über die Anschläge auf die WISAG in Berlin und Frankfurt letzte Woche. Zu den Machenschaften dieses Unternehmens, das auch die Securities und Kontrollletts der BVG stellt, haben die Genos_innen in ihren Erklärungen bereits Stellung bezogen.

Im Vorfeld der Anti-Repressionsdemo am Samstag, den 22.3., möchten wir an dieser Stelle auch noch einmal auf die Rolle aufmerksam machen, die die BVG bei der Normalisierung von Kameraüberwachung in unserem Alltag spielt: Jede Straßenbahn, jeder

scheiss BVG

Linienbus und jede U-Bahn Berlins sind von der BVG mit Kameras ausgerüstet. Jeder U-Bahnhof wird überwacht, eine wachsende Zahl davon bereits mit hochauflösenden Kameras. Die Bilder werden gespeichert und die Bullen haben ungehinderten Zugriff. An manchen Orten, wie beispielsweise dem Kottbusser Tor, sitzt ein Beamter der Berliner Polizei permanent hinter den Kameras der BVG. Wie sehr dieser Umstand von großen Teilen der Bevölkerung bereits akzeptiert wird, ist erschreckend.

Von Repression betroffen ist nicht nur (und auch nicht an erster Stelle) politischer Aktivismus, sondern es sind insbesondere all jene, die unabsichtlich aber doch gezwungenermaßen mit der kapitalistischen Ordnung in Konflikt geraten. Auch um dies vor Samstag noch einmal zu verdeutlichen, haben unsere Steine die BVG getroffen."

aktionsgruppe "Thassiss Kanakoutis"

Eingeworfene Scheiben wegen der täglichen Gewalt gegen die Bevölkerung

